



Die Israelitische Kultusgemeinde Wien ist selbstverständlich auch in den Auswanderungsdienst gestellt worden. Warum soll sie nicht endlich auch einmal zu etwas nütze sein?



Sachlich, aber korrekt werden die einzelnen Gesuche von den deutschen Beamten erledigt. Die bombastischen Säle des Rothschild-Palastes bilden ein merkwürdiges Rahmen für das dort herrschende Leben

ORTE DER TÄTER

DER NS-TERROR IN DEN „ARISIERTEN“ WIENER ROTHSCHILD-PALAIS

Autorin: Gabriele Anderl

Redaktion: Doris Hecht-Aichholzer

Projektleitung: Sabine Lichtenberger

BAND 15

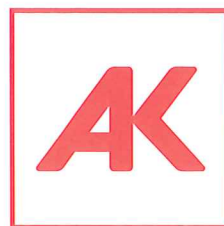
der Schriftenreihe

des Instituts zur Erforschung

der Geschichte

der Gewerkschaften und Arbeiterkammern

Aktualisierte und erweiterte Neuauflage



ORTE DER TÄTER

DER NS-TERROR IN DEN „ARISIERTEN“ WIENER ROTHSCHILD-PALAIS

Autorin: Gabriele Anderl

Redaktion: Doris Hecht-Aichholzer

Projektleitung: Sabine Lichtenberger

BAND 15
der Schriftenreihe
des Instituts zur Erforschung der Geschichte
der Gewerkschaften und Arbeiterkammern

Aktualisierte und erweiterte Neuauflage

Herausgeber, Verleger: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien,
1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Druck: Kopierdienst der AK Wien, TDS (Umschlag)

Layout: Brigitte Pellar

Titel: Entwurf Brigitte Pellar unter Verwendung von Fotos aus dem „Völkischen Beobachter“ v. 20.11. 1938

Projektleitung und Lektorat: Institut zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern

ISBN 978-3-7063-0344-6

Wien, 2007

VORWORT ZUR ZWEITEN AUFLAGE

In den 1950er Jahren kaufte die Arbeiterkammer die beiden stark zerstörten Rothschild-Palais im Wiener Belvedere-Viertel, die ihren ursprünglichen Besitzern nach der rechtswidrigen Enteignung der jüdischen Bankiers- und Industriellenfamilie durch die Nationalsozialisten in der Zweiten Republik zurückgegeben worden waren. Auf dem Grund des Palais Alphonse Rothschild in der Theresianumgasse entstand zunächst das Franz-Domes-Lehrlingsheim und dann das AK-Bildungszentrum, an Stelle des Palais Louis Rothschild in der Prinz-Eugen-Straße wurde das Hauptgebäude der AK Wien errichtet. Alleine die Tatsache der „Arisierung“ der beiden Palais 1938 hätte ausgereicht, eine besondere Verpflichtung zur Erinnerung an das Unrecht zu konstituieren, das Österreicherinnen und Österreichern auch und nicht zuletzt durch Österreicherinnen und Österreich angetan wurde.

Die Geschichte dieser Orte ist aber über das individuelle Unrecht, das geschah, hinaus belastet: Hier befand sich, gesteuert durch den Sicherheitsdienst der SS, der Logistik- und Organisationsapparat des nationalsozialistischen Terrors für das Gebiet der heutigen Republik Österreich und hier – in der Prinz-Eugen-Straße – befand sich auch Adolf Eichmanns „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“, hier wurde die Maschinerie zur Vertreibung und Vernichtung der österreichischen Jüdinnen und Juden in Betrieb gesetzt.

Wenn fast 70 Jahre später an diesen Orten Menschen mit Problemen, Menschen in Not konkret geholfen wird, wie es durch das Beratungsservice der AK tagtäglich geschieht, dann ist das gut und richtig, - nicht nur weil es unser Auftrag ist, sondern auch weil es einen Kontrapunkt zur menschenverachtenden Brutalität setzt, die für Jahre an diesem Ort herrschte. Wenn viele junge, aber auch ältere Menschen heute die AK-Bibliothek nutzen, um sich selbstständig Wissen anzueignen und eine Meinung zu bilden, so setzt das auch einen Kontrapunkt zu Zeiten, in denen das Weitererzählen eines Flüsterwitzes schon lebensbedrohlich sein konnte. Aber das alles, so notwendig und wichtig es ist, erspart nicht die Auseinandersetzung mit dem, was geschah.

Das Erinnern, das bewusst machen dessen, was geschah, ist eine demokratiepolitische und gleichermaßen eine menschliche und moralische Verpflichtung – gegenüber den Opfern der nationalsozialistischen Gewalt Herrschaft und gegenüber zukünftigen Generationen. Die Arbeiterkammer in Wien stellte sich dieser Verpflichtung früher als viele andere Institutionen und Organisationen in Österreich. Im AK-Gebäude in der Prinz-Eugen-Straße wurde 1965, wenige Jahre nach seiner Inbetriebnahme, die Ausstellung „Niemals vergessen!“ gezeigt, eine Dokumentation über die Entstehung der Konzentrationslager und die Vorgänge in den Vernichtungslagern Auschwitz und Birkenau, die in Frankfurt anlässlich des Auschwitz-Prozesses entwickelt worden war. Aus dieser Initiative von AK und ÖGB entstand eine eigene Wanderausstellung, die in alle Bundesländer ging und besonders auch die NS-Verbrechen in Österreich einbezog.

Bewusst machen heißt Verdrängtes freilegen und öffentlich machen. Deshalb war auch die Arbeit der Historikerkommission der Republik Österreich so unverzichtbar, die auf dem Stand neuester Forschungsergebnisse Verdrängtes und Verdrängungsprozesse beim Namen nannte. Für die AK Wien war das der Anstoß, sich neuerlich und verstärkt der Geschichte ihrer Standorte zu stellen. Sie konnte Frau Gabriele Anderl, die Mitarbeiterin der Historikerkommission gewesen ist, dafür gewinnen, den NS-Terrorapparat und seine Aktivitäten in den „arisierten“ Rothschild-Palais so wissenschaftlich aktuell darzustellen, wie es auf Grund der Quellenlage bisher überhaupt möglich ist. Ihre Arbeit lag erstmals 2005 gedruckt vor und kann jetzt in einer aktualisierten und erweiterten Auflage präsentiert werden. Ihre Forschungsarbeit erlaubte es der AK auch, eine neue, bessere Gedenktafel am AK-Bildungszentrum in der Theresianumgasse anzubringen, – an der Fassade und damit ganz bewusst im öffentlichen Raum.

Damit darf und soll natürlich kein Schlusspunkt gesetzt sein. Initiativen gegen das Vergessen sind immer notwendig – durch das Bekanntmachen von Forschungsergebnissen ebenso wie durch öffentliche Information.

Wien, im Juni 2007

Herbert Tumpel
Präsident der Kammer für
Arbeiter und Angestellte für Wien

Werner Muhm
Direktor der Kammer für
Arbeiter und Angestellte für Wien

DIE "ARISIERUNG" DER ROTHSCILD-PALAIS IN WIEN

DIE "WIENER ROTHSCILDS" UND IHRE WOHSITZE

Die Familie Rothschild

Die Familie Rothschild zählt zu den berühmtesten jüdischen Familien. Mitglieder dieser Familie waren im 19. Jahrhundert zu den größten und mächtigsten Privatbankiers aufgestiegen, die es bis zu diesem Zeitpunkt gegeben hatte. Durch Theaterstücke und Karikaturen ist dieser Aufstieg zur Legende geworden. Als Jüdinnen und Juden, die einen hohen wirtschaftlichen und politischen Einfluss erlangt hatten, wurden die Rothschilds zur besonders beliebten Zielscheibe antisemitischer Propaganda.

Der in Frankfurt geborene Salomon Mayer Rothschild (1774-1855) eröffnete 1816 die Bankfiliale „S. M. v. Rothschild“ in Wien und begründete damit den Wiener Zweig der Familie, der vier Generationen lang eine führende Rolle im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben dieser Stadt einnehmen sollte. Seine Enkel Albert und Nathaniel ließen sich in Wien prächtige Palais errichten.

Das Palais Prinz-Eugen Straße – Louis Rothschild

Das Palais auf dem Grundstück der Prinz-Eugen-Straße 20-22, Ecke Plösslgasse 2 wurde zwischen 1879 und 1884 für Baron Albert von Rothschild (1844-1911) errichtet. In seinem Auftrag schuf der französische Architekt Hippolyte Alexandre Destailleur eine Palastanlage im Louis-seize-Stil, die durch ihren festungsartigen Charakter auch Alberts Sicherheitsbedürfnis entsprach.

Baron Albert von Rothschild hatte seit 1874 die Führung der Rothschild-Bank sowie die Kontrolle der Österreichischen Creditanstalt übernommen. Er war eine Schlüsselfigur des Finanzwesens in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie.

Nach dem Tod Baron Alberts 1911 avancierte dessen Sohn Louis (1882-1955) zum Leiter des Wiener Bankhauses S. M. Rothschild und zum Hausherrn des Palais. Später übersiedelte Louis in ein kleines (heute noch erhaltenes) Palais in der Plösslgasse 5 - 7; der Prunkbau in der Prinz-Eugen-Straße blieb bis 1938 gleichsam „eingemottet“.

Das Palais Theresianumgasse – Alphonse Rothschild

Auf dem Grundstück Theresianumgasse – Argentinierstraße – Plösslgasse - Schmöllergasse, ganz in der Nähe seines Bruders, ließ sich auch Baron Nathaniel von Rothschild ein Palais bauen. Von den zahlreichen Palais, die in der Gründerzeit – vornehmlich in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts - im so genannten Belvedereviertel (in der Gegend um die Prinz-Eugen- und die Argentinierstraße) errichtet worden waren, dürfte seines das prächtigste gewesen sein. Es war in den Jahren 1871 bis 1878 nach den Plänen des Pariser Architekten Jean Girette im Stil des Neobarock erbaut worden. Die der heutigen Argentinierstraße zugewandte Seite beherbergte die besonders wertvollen Kunstsammlungen des Hausherrn, so auch den großen, durch zwei Stockwerke reichenden „Renaissancesaal“. An diesen Trakt schloss sich in der Theresianumgasse das zwei Stock hohe Wohngebäude an.

Nathaniel Rothschild hatte sich als Förderer von Kunst und Wissenschaft, aber auch durch große Stiftungen für wohltätige Zwecke einen Namen gemacht. Da Nathaniel Rothschild unverheiratet war und kinderlos starb, zog nach seinem Tod im Jahr 1905 der Sohn seines Bruders Albert, Baron Alphonse Rothschild (1878-1942), mit seiner Frau Clarice und seinen Kindern in die Theresianumgasse ein.

MITGLIEDER DES ÖSTERREICHISCHEN ZWEIGES DER FAMILIE ROTHSCHILD

NATHANIEL V. ROTHSCHILD (1836-1905), Bruder Alberts v. R.

Nathaniel zeigte wenig Interesse am Bankgeschäft, betätigte sich als Kunstsammler und Reiseschriftsteller und gründete eine Stiftung für Nervenranke und stellte dafür 20 Millionen Kronen zur Verfügung. Er ließ das Palais Theresianumgasse 16-18 bauen. Nathaniel war unverheiratet und starb kinderlos.

ALBERT V. ROTHSCHILD (1844-1911), Bruder Nathaniels v. R.,
verheiratet mit **CAROLINE BETTINA DE ROTHSCHILD** (1858-1892).

Albert übernahm 1874 die Führung der Rothschild-Bank sowie die Kontrolle der Österreichischen Creditanstalt. Da er zusätzlich auch noch Generalrat der Österreichisch-ungarischen Bank war, wird er als Schlüsselfigur des Finanzwesens bezeichnet. Aufgrund der Verdienste um die wirtschaftliche Erschließung Ungarns wurde die jüdische Familie hoffähig – eine außerordentliche Auszeichnung. Albert nannte eine bedeutende Kunstsammlung sein eigen. Er ließ das Palais in der Prinz-Eugen-Straße 20-22 bauen.

LOUIS V. ROTHSCHILD (1882-1955), Sohn Alberts v. R., Bruder von Alphonse und Eugene v. R.,
verheiratet mit **HILDEGARD JOHANNA AUERSPERG** (1895-1981).

Louis übernahm die Präsidentschaft der Österreichischen Creditanstalt, an der die Familie mit 30 Prozent beteiligt war. Auf Drängen des Staates übernahm die Bank die fast bankrotte Bodencreditanstalt und geriet dadurch im Zuge der Weltwirtschaftskrise in arge Bedrängnis. Der Zusammenbruch der Creditanstalt 1931 wirkte sich in ganz Europa aus und löste ein Bankensterben aus. Nur durch ein Eingreifen der Pariser und Londoner Rothschild-Banken konnte ein Zusammenbruch der Wiener Rothschildbank verhindert werden. Doch nur wenige Jahre später kam das endgültige Ende: 1938 wurde Louis vom nationalsozialistischen Regime verhaftet und ein Jahr in Haft gehalten. Er durfte das Land erst verlassen, nachdem das gesamte Rothschildische Vermögen in Österreich dem nationalsozialistischen Regime überantwortet worden war. Die riesigen Kunstsammlungen (tausende Objekte) wurden ebenso beschlagnahmt. Damit endete die Präsenz der Rothschilds auf österreichischem Boden. Der kinderlose Louis ging ins Exil in die USA.

ALPHONSE VON ROTHSCHILD (1878-1942), Sohn von Alberts v. R., Bruder von Louis und Eugene v. R.,
verheiratet mit **CLARICE SEBAG-MONTEFIORE** (1894-1967).

Alphonse war Philologe und besaß eine philatelistische Sammlung von Weltruf. Er wohnte im Palais seines Onkels in der Theresianumgasse. Da er sich zur Zeit des „Anschlusses“ in London befand konnte er über die Schweiz, Frankreich und Großbritannien in die USA flüchten, wo er 1942 starb. Er führte gemeinsam mit seinem Bruder Eugene Verhandlungen mit den NS-Vertretern über die Ausreise des dritten Bruders Louis, den diese gefangen genommen hatten.

BETTINA VON ROTHSCHILD (geb. 1924), Tochter von Alphonse,
verheiratet mit **Matthew JAMES LOORAM** (1921-2004).

Bettina heiratete den US-Diplomaten Looram und kehrte 1974 nach Österreich auf Schloss Langau zurück. 1999 erhielt sie einen Teil der im Zweiten Weltkrieg geraubten Kunstwerke zurück. Sie ließ die Werke im Juli 1999 bei Christie's versteigern und erzielte dabei einen unerwartet hohen Erlös.

EUGÈNE VON ROTHSCHILD (1884-1976), Sohn Alberts v. R., Bruder von Louise und Alphonse v. R.,
verheiratet mit **KITTY V. SCHÖNBORN-BUCHHEIM** (1885-1946) und mit **JEANNE STUART** (1908-2003).

Er lebte als Privatier überwiegend in Paris, später auf Long Island/ USA und ab Ende der 1950er Jahre in Monte Carlo. Er und sein Bruder Alphonse verhandelten mit den NS-Vertretern über die Freilassung ihres Bruders Louis.

VERTREIBUNG UND RAUB DURCH DAS NATIONALSOZIALISTISCHE REGIME

Die verschiedenen Liegenschaften von Louis und Alphonse Rothschild, darunter auch jene in der Prinz-Eugen-Straße und der Theresianumgasse, waren schon kurz nach dem „Anschluss“ auf Antrag der Geheimen Staatspolizei (Gestapo), Staatspolizeileitstelle Wien, zu Gunsten des Deutschen Reiches eingezogen worden. Damit galten alle Rechte der bisherigen Eigentümer an diesen Vermögenswerten als erloschen.

Die Gestapo ließ bereits am 14. März 1938 die beiden Rothschild-Palais in Wien versiegeln, vor allem wegen der „Sicherstellung“ der dort befindlichen Kunstgegenstände. Schließlich wurden die Kunstsammlungen der Rothschild-Brüder zu einem wesentlichen Teil in das vermutlich im Sommer 1938 für die Lagerung beschlagnahmter Kunstwerke eingerichtete „Zentraldepot“ in der Neuen Burg verbracht. Der Abtransport durch die Gestapo, bei dem das Kunsthistorische Museum eifrig mithalf, nahm Wochen in Anspruch.

Alphonse Rothschild: rechtzeitig entkommen

Alphonse und Clarice Rothschild, die das Palais in der Theresianumgasse bewohnten, befanden sich zur Zeit des „Anschlusses“ in London. Über die Schweiz, Frankreich und Großbritannien gelangte die Familie 1942 in die USA, wo Alphonse noch im selben Jahr starb. Seine Tochter Bettina (geboren 1924), die den US-Diplomaten Mathew James Loomer geheiratet hatte, kehrte 1974 aus den USA nach Österreich zurück.

Louis Rothschild: ein Jahr in Gestapo-Haft

Louis Rothschild, der Hausherr des Palais in der Prinz-Eugen-Straße, befand sich im März 1938 in Wien. Er gehörte zu den ersten, die die Nationalsozialisten verhaften ließen. Bereits am 13. März, also nur einen Tag nachdem deutsche Truppen in Österreich einmarschiert waren, an jenem Tag, an dem der „Anschluss“ mit dem Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vollzogen wurde, wurde Louis am Flughafen Aspern verhaftet. Er wurde im ehemaligen Hotel „Metropole“, das nun Sitz der Gestapo war, festgehalten. Heinrich Himmler reiste persönlich nach Wien, um dem prominenten Häftling für das Versprechen der Freiheit so viel wie möglich an Besitz abzupressen.

Zwischen Oktober 1938 und Mai 1939 fanden Verhandlungen mit dem in Frankreich ansässigen Bruder Eugène sowie Alphonse Rothschild auf der einen und dem Reichstreuhänder für die Rothschild'schen Vermögen, Dr. Walter Britsch, auf der anderen Seite statt. In einem Vermerk aus der Behörde des Reichsministers der Finanzen in Berlin vom 4. Mai 1939 wurde betreffend der Rothschild-Besitzungen in Wien festgehalten:

„Bei der Vereinigung Österreichs mit dem Reich ist das Vermögen der Wiener Rothschilds beschlagnahmt worden.

(...) Sobald die endgültigen Vereinbarungen mit den Rothschilds abgeschlossen sein werden, soll Louis Rothschild aus der Schutzhaft entlassen werden. Der endgültige Abschluss und die Entlassung von Louis Rothschild sollen möglichst bis zum 8. Mai geschehen. (...) Die Auseinandersetzung mit der Familie Rothschild hat im Wesentlichen folgenden Inhalt:

1. Die Brüder Rothschild verzichten auf ihr Inlandsvermögen.
2. Sie verbringen unter Beteiligung ihres Bruders Eugène Rothschild weiteres Vermögen in das Inland.
3. Das Reich erhebt keine weiteren Ansprüche, insbesondere keine Steueransprüche, an die Rothschilds.“

Da die Enteignung des Rothschild'schen Inlandsvermögens de facto bereits in den ersten Monaten nach der Okkupation Österreichs erfolgt war, konnte es für das Deutsche Reich also nur noch darum gehen, Zugriff auf das Auslandsvermögen der Wiener Rothschilds – vor allem jenes von Eugène - zu erlangen. Die Hoffnung, Louis' Enthaftung zu erwirken, war für die in Freiheit befindlichen Rothschild-Brüder das einzige Motiv, sich auf Verhandlungen mit den Nationalsozialisten einzulassen. Am 8. Mai 1939 wurde eine notarielle Vereinbarung zwischen Eugène, Louis und Alphonse Rothschild auf der einen und dem Reichstreuhänder Britsch auf der anderen Seite unterzeichnet, und Louis durfte nach über einem Jahr in Haft ausreisen.

DER NATIONALSOZIALISTISCHE TERRORAPPARAT

DIE GEHEIME STAATSPOLIZEI (Gestapo)

Die Geheime Staatspolizei war 1933 als politische Polizei des nationalsozialistischen Regimes entstanden und seit 1936 reichseinheitlich organisiert gewesen.

Die Sicherheitspolizei (Sipo) galt ab 1936 als Dachorganisation für die Gestapo mit der Grenzpolizei sowie der Kriminalpolizei. Die so genannte Ordnungspolizei hingegen bestand aus der uniformierten Schutzpolizei, der Gendarmerie und der Gemeindepolizei.

Im Herbst 1939 wurde die Gestapo in das neu geschaffene Reichssicherheitshauptamt der SS (RSHA) als dessen wichtiges Amt IV eingegliedert.

Die Tätigkeit der Gestapo war durch äußerste Brutalität gekennzeichnet, der von ihr ausgeübte Terror steigerte sich nach Beginn des Zweiten Weltkriegs noch weiter. Sie hatte das Recht, Menschen in Konzentrationslager einzuweisen und besaß Weisungsrecht gegenüber der Ordnungspolizei. Zur Erzielung von Geständnissen wurden Häftlinge systematisch gefoltert; unzählige starben oder begingen Selbstmord. Die Gestapo wurde zum Inbegriff nationalsozialistischen Terrors.

Im Prozess vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg (1945-46) wurde sie als "verbrecherische Organisation" eingestuft.

DER SICHERHEITSDIENST (SD)

Im Gefüge des NS-Terrorapparates hatte der Sicherheitsdienst (SD) der Schutzstaffel (SS) eine besondere Funktion. Er war gleichzeitig innen- und außenpolitischer Geheimdienst und ein Apparat zur Bespitzelung sowohl der Bevölkerung als auch der eigenen Partei, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), der Wehrmacht und verschiedener NS-Institutionen. Er unterstand dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, und wurde bis 1942 von Reinhard Heydrich, anschließend vom Österreicher Ernst Kaltenbrunner geleitet. Ein Netz von "Vertrauensleuten" (V-Leuten, Informanten) sorgte für den Nachrichtenfluss zur SD-Zentrale. Dort wurden in regelmäßigen Abständen Lageberichte, die so genannten „Meldungen aus dem Reich“, zusammengestellt, in denen die Parteiführung relativ offen über die innenpolitische Lage, insbesondere über die Stimmung in der Bevölkerung, unterrichtet wurde.

Bei der Okkupationspolitik in Europa spielte der SD eine entscheidende Rolle. Bekannt ist zum Beispiel der fingierte Angriff auf den Sender Gleiwitz, durch den der SD im Zusammenspiel mit der Gestapo Hitler den gewünschten Vorwand für den Überfall auf Polen lieferte. Am 27. September 1939 wurde der SD mit der Sicherheitspolizei in dem neu errichteten RSHA zu einer mächtigen Behörde unter der Leitung Heydrichs zusammengefasst.

DIE NATIONALSOZIALISTISCHEN TERRORORGANISATIONEN

GESTAPO

Abkürzung für Geheime Staatspolizei. Die Gestapo hatte während der NS-Zeit 1933-1945 die Machtbefugnis, ohne gerichtliche Kontrolle Hausdurchsuchungen durchzuführen, Menschen zu verhaften und sie in Konzentrationslager (KZ) einzuweisen, sie zu foltern und sogar zu ermorden. 1934 gelang es dem Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, Chef der politischen Polizeien in allen Ländern des Deutschen Reiches zu werden. Die Zentrale der preußischen Gestapo war das Geheime Staatspolizeiamt (Gestapa) in Berlin, Prinz-Albrecht-Straße 8. Himmler ernannte Reinhard Heydrich zum Chef dieses Amtes, das für alle Gestapo-Ämter – auch für die der anderen Länder – verbindliche Anordnungen treffen konnte. In einem 1936 in Kraft getretenen Gesetz hieß es: „Die Geheime Staatspolizei hat die Aufgabe, alle staatsgefährlichen Bestrebungen im gesamten Staatsgebiet zu erforschen und zu bekämpfen, das Ergebnis der Erhebungen zu sammeln und auszuwerten (...)“. Diesen Auftrag erfüllte die Gestapo unter der Maßgabe, dass sie „unabhängig von jeder Bindung jedes zur Erreichung des notwendigen Zweckes geeignete Mittel“ anzuwenden habe. Das wichtigste Terrormittel zur Erreichung ihrer Ziele war die „Schutzhaft“: Die Gestapo verhaftete Menschen nach eigenem Gutdünken, es gab für die Betroffenen keine rechtliche Möglichkeit, sich zu wehren.

Mitte 1936 wurde der Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, von Adolf Hitler zum Chef der gesamten deutschen Polizei ernannt. Dadurch wurde die staatliche Polizei der SS – einer Gliederung der NSDAP – unterstellt. Alle leitenden Stellen der Polizeiorgane wurden mit SS-Führern besetzt. Der Polizeiapparat wurde neu organisiert. Die Gestapo – einschließlich der Grenzpolizei – wurde mit der Kriminalpolizei unter der Bezeichnung Sicherheitspolizei zusammengefasst. 1939 wurden die Sicherheitspolizei und der SD, der Sicherheitsdienst der SS, im Reichssicherheitshauptamt der SS (RSHA) vereinigt.

Im Krieg stellte die Gestapo Beamte für die Einsatzgruppen der SS zur Verfügung, die mordend den deutschen Truppen in den besetzten Gebieten folgten, außerdem waren Kommandos der Gestapo für die Deportation von Jüdinnen und Juden aus den eroberten Ländern in die Vernichtungslager zuständig.

Im Nürnberger Prozess 1945/46 wurde die Gestapo zur verbrecherischen Organisation erklärt.

NSDAP

Abkürzung für Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Von 1920 bis 1945 bestehende, extrem nationalistische und rassistische, vor allem antisemitische Partei in Deutschland, wo sie zwischen Juli 1933 und der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 die einzige zugelassene Partei war. Nach 1933 diente die NSDAP vornehmlich als Werkzeug für die Erhaltung und Ausübung der Macht der Nationalsozialisten. Sie sah sich als organisatorische Form der von Adolf Hitler geschaffenen nationalsozialistischen Bewegung und war ganz auf die Person Hitlers als „Führer“ ausgerichtet. Nach der Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 wurde die NSDAP aufgelöst und im Herbst desselben Jahres mit allen ihren Gliederungen und ihr angeschlossenen Verbänden von den alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkriegs verboten.

SA

Abkürzung für Sturmabteilung. Sie war eine seit 1921 aus Freiwilligen gebildete militärisch organisierte und uniformierte Kampf- und Schutztruppe der NSDAP und spielte eine wesentliche Rolle im Kampf der NSDAP um die Erringung der Macht in Deutschland. Die Uniform der SA-Männer war braun, um den Ärmel wurde eine Hakenkreuzbinde getragen. Von Anfang an wurde die SA nicht nur zum Schutz der eigenen Parteiversammlungen benutzt, sondern auch, um Versammlungen anderer Parteien zu stören bzw. zu sprengen. Außerdem hatte die SA die Aufgabe, mit nächtlichen Plakatklebeaktionen, Appellen und Aufmärschen und durch Schlägereien mit politisch Andersdenkenden Aufsehen zu erregen. Nach der na-

DIE NATIONALSOZIALISTISCHEN TERRORORGANISATIONEN

SA - FORTSETZUNG

nationalsozialistischen Machtübernahme am 30. Jänner 1933 erhielt ein Teil der SA den Auftrag zur Verfolgung politischer Gegnerinnen und Gegner und zur Durchführung von Terroraktionen gegen Jüdinnen und Juden. Zu den Gegnerinnen und Gegnern zählten vor allem Kommunistinnen und Kommunisten, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie christlich-demokratische Politikerinnen und Politiker. Die Machtansprüche des Stabchefs der SA, Ernst Röhm, führten zu Auseinandersetzungen innerhalb der NSDAP: Die SA war damals mit über 2 Millionen Mitgliedern die größte Gliederung der NSDAP. Am 1. Juli 1934 ließ Adolf Hitler Ernst Röhm und weitere hohe SA-Führer unter dem Vorwand ermorden, sie hätten einen Putsch vorbereitet. Die Mordaktionen wurden von der SS durchgeführt, die nach dem so genannten Röhm-Putsch aus der SA herausgelöst und zu einer selbständigen Organisation erklärt wurde. Nach 1934 spielte die SA, die ein wichtiges Instrument bei der Zerschlagung der Demokratie in Deutschland gewesen war, keine besondere politische Rolle mehr.

SD

Abkürzung für Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS. Der SD unterstand dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, und wurde bis 1942 von Reinhard Heydrich, ab Jänner 1943 vom Österreicher Ernst Kaltenbrunner geleitet. Zu den Aufgaben des SD gehörten die Beobachtung politischer Gegnerinnen und Gegner und die Beschaffung politischer Nachrichten aus dem In- und Ausland. Der SD wurde 1931 zunächst als parteiinterner Geheimdienst von der SS eingerichtet. Seine Aufgabe war die Überwachung gegnerischer Parteien und Organisationen sowie die Ausforschung möglicher Gegenströmungen in der eigenen Partei, der NSDAP. Mitte 1937 wurde durch eine Anordnung Heydrichs eine Teilung der Aufgaben von Gestapo und SD festgelegt, zugleich aber auch die notwendige Zusammenarbeit etwa bei der Bekämpfung staatsfeindlicher Gruppen und der Jüdinnen und Juden angeordnet. Heydrich war seit 1936 sowohl Chef der Sicherheitspolizei, zu der die Gestapo gehörte, als auch Chef des SD. Im Inland wurden vom SD aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens Berichte über die Wirkung der von der Partei und der Regierung verfügten Maßnahmen auf die Bevölkerung gesammelt. Im Herbst 1939 wurden der SD und die Sicherheitspolizei in dem neuen RSHA zu einer mächtigen Behörde zusammengefasst. Der jeweilige Leiter des RSHA – Heydrich und später Kaltenbrunner – unterstand seinerseits Heinrich Himmler, der wiederum nur Adolf Hitler verantwortlich war.

SS

Abkürzung für Schutzstaffel. Sie wurde 1925 zum persönlichen Schutz des Führers der NSDAP, Adolf Hitler, gegründet. In ihren Anfängen war sie eine Unterorganisation der SA, der Sturmabteilung der NSDAP. Seit 1929 war Heinrich Himmler Führer der SS, sein Titel war Reichsführer-SS. 1934, nach dem so genannten Röhm-Putsch, wurde die SA entmachtet und die SS von Adolf Hitler zur selbständigen Organisation erklärt. Himmler war seitdem nur noch Adolf Hitler persönlich und unmittelbar verantwortlich. 1936 wurde dem Reichsführer-SS die gesamte deutsche Polizei unterstellt. Sein Titel war nunmehr Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern. Damit wurde eine Parteiorganisation – die SS – mit einer staatlichen Organisation – der Polizei – verbunden. Die Polizeiorganisation wurde durch die Bildung der Hauptämter Ordnungspolizei und Sicherheitspolizei (bestehend aus der Geheimen Staatspolizei und der Kriminalpolizei) dem Organisationsschema der SS angepasst. Durch die Himmler übertragene Machtfülle wurde die SS zur mächtigsten Organisation im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich. Zu ihrer weit verzweigten Organisation gehörten ein eigener Geheimdienst, der SD, das gesamte Konzentrationslagersystem mit Bewachung, Verwaltung und der wirtschaftlichen Ausbeutung der Häftlingsarbeit, eigene Wirtschaftsunternehmen, eigene Forschungsinstitute für kriegsbedingte Zweckforschung im Rahmen der Gesellschaft „Ahnenerbe“ sowie eine eigene bewaffnete Truppe, die Waffen-SS. Die SS als Elitetruppe sollte jeden Befehl des „Führers“ bedingungslos befolgen und

DIE NATIONALSOZIALISTISCHEN TERRORORGANISATIONEN

SS - FORTSETZUNG

nur aus den „blutsmäßig besten Deutschen“ bestehen. Basis für diese Forderung war die Ideologie, dass es eine hochwertige „nordische Rasse“ im Gegensatz zu „rassisch“ minderwertigen Völkern gebe, zu denen vor allem die Jüdinnen und Juden gezählt wurden. Im Juni 1933 wurde innerhalb der SS eine neue bewaffnete Einheit zum persönlichen Schutz Adolf Hitlers geschaffen, die „Leibstandarte Adolf Hitler“. Eine weitere bewaffnete Sondereinheit waren die 1933 für die Konzentrationslager aufgestellten SS-Wachverbände, die später den Namen SS-Totenkopfverbände erhielten. Die Uniformen der Allgemeinen SS waren schwarz mit Hoheitszeichen und Totenkopf an der Mütze, den SS-Runen am Kragenspiegel und der schwarz umrandeten Hakenkreuzbinde um den Arm.

Ende September 1939, vier Wochen nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Polen, wurde die staatliche Sicherheitspolizei mit dem von der Partei finanzierten Sicherheitsdienst der SS, dem SD, im Reichssicherheitshauptamt zusammengefasst. Das RSHA wurde das gefährlichste Werkzeug des nationalsozialistischen Terrors. Zu den Machtbefugnissen dieses Amtes gehörte die Verhängung der so genannten Schutzhaft. Dies bedeutete im NS-Staat die Einweisung in ein Konzentrationslager ohne Gerichtsverfahren und ohne Berufungsmöglichkeit für die Opfer.

Nach Kriegsbeginn am 1. September 1939 wurde das Konzentrationslagersystem, das ausschließlich der SS unterstand, mit allen Mitteln ausgebaut. Die Arbeitskraft der Millionen - großteils jüdischen – Häftlinge, die infolge der Eroberung immer neuer Gebiete in den Herrschaftsbereich der Nationalsozialisten gelangten, nutzte die SS auch zum Ausbau eigener Wirtschaftsunternehmen. Die Häftlinge zahlreicher Konzentrationslager wurden unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit verpflichtet, wobei ein großer Teil von ihnen den Tod fand. Die Konzentrationslager wurden wie die 1940 zu einem Konzern zusammenge-schlossenen Wirtschaftsunternehmen der SS dem Wirtschaftsverwaltungshauptamt unterstellt.

Die SS war das ausführende Organ bei dem von den Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten begangenen Völkermord: Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD folgten seit 1939 mordend den in Polen und in der Sowjetunion einmarschierenden Truppen der Wehrmacht; Millionen Jüdinnen und Juden wurden Opfer der von der SS ausgeführten „Endlösung der Judenfrage“.

Die SS, einschließlich der Waffen-SS, der SS-Totenkopfverbände und des SD, wurde im Nürnberger Prozess zur verbrecherischen Organisation erklärt.

RSHA

Abkürzung für Reichssicherheitshauptamt. Das RSHA wurde Ende September 1939 durch einen Erlass Heinrich Himmlers eingerichtet. Im RSHA waren Einrichtungen sowohl des Staates als auch der Partei, der NSDAP, zusammengefasst: aus dem staatlichen Bereich die Sicherheitspolizei, zu der die Geheime Staatspolizei (Gestapo), die Grenz- und die Kriminalpolizei gehörten, aus dem Bereich der Partei der Sicherheitsdienst (SD). Im RSHA erhielten diese Organisationen eine gemeinsame Zentrale unter der mit nahezu unbegrenzten Vollmachten ausgestatteten Führung der SS. Dem RSHA unterstanden die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD sowie die Staatspolizei- und Kriminalpolizei(Leit)Stellen und die SD-(Leit-)Stellen im gesamten Reichsgebiet. An die Weisungen des RSHA gebunden waren die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in den besetzten Gebieten.

Das RSHA war 1940 in sieben Ämter unterteilt. Das Amt IV (Geheime Staatspolizei) war zuständig für die Verfolgung all jener, die als Gegner des Nationalsozialismus galten. Das Amt konnte ohne Gerichtsbeschluss jederzeit über jede Bürgerin und jeden Bürger die Schutzhaft, also die Einweisung in ein Konzentrationslager, verfügen. Zum Amt IV gehörte auch das von Adolf Eichmann geleitete Referat IV D 4 (später IV B 4), von dem aus dann die Transporte in die Vernichtungslager organisiert und koordiniert wurden.

DER NS-TERRORAPPARAT IM EHEMALIGEN ÖSTERREICH

DIE GESTAPO 1938 - 1945

Auch im annektierten Österreich wurde die Gestapo, die bereits im März 1938 ihre Tätigkeit aufnahm, zum wichtigsten Instrument des NS-Terrors.

Heinrich Himmler - als Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern der Hauptverantwortliche für den NS-Terror - war mit einem Stab ausgewählter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Sicherheitsdienst und Gestapo schon vor Tagesanbruch des 12. März 1938 in Wien gelandet.

Bereits die erste Verhaftungswelle im März und April 1938 betraf zwischen 50.000 und 76.000 Menschen - vor allem Funktionärinnen und Funktionäre des „Ständestaates“, Kommunistinnen und Kommunisten, Sozialistinnen und Sozialisten, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, bekannte NS-Gegnerinnen und -Gegner sowie prominente Jüdinnen und Juden, unter ihnen Louis Rothschild. Allein von den 22.000 Neuzugängen im Konzentrationslager Dachau 1938 waren mehr als die Hälfte Österreicherinnen und Österreicher.

Die österreichische Polizei wurde, nach einer ersten „Säuberung“ von Jüdinnen und Juden und NS-Gegnerinnen und -Gegnern, in die Sicherheitspolizei integriert und auf den „Führer“ Adolf Hitler vereidigt. In einem in der SS-Zeitung „Schwarzer Korps“ veröffentlichten Artikel des Chefs der Sicherheitspolizei schrieb Reinhard Heydrich am 21. April 1938 über Aufbau und Entwicklung der Sicherheitspolizei in Österreich:

„Es gilt nun auch für Österreich besonders auf dem Aufgabengebiet der Polizei der Wille des Führers: Unerbittliches Bekämpfen aller politischen, geistigen und kriminellen Gegner deutschen Volkstums, gütiges immerhelfendes Behüten aller aufrechten deutschen Menschen.[...] In diesem Sinne haben nun die deutsche Sicherheitspolizei (Geheime Staatspolizei und Kriminalpolizei) und der Sicherheitsdienst (SD) der SS die Überführung, Organisation und Erziehung der Organe der bisherigen österreichischen Polizei übernommen.“

Auch in den meisten anderen Bundesländern wurden Staatspolizeistellen errichtet, die die gesamten politisch-polizeilichen Aufgaben der bisherigen Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit und der Polizeidirektionen bzw. Polizeikommissariate übernahmen.

DER SICHERHEITSDIENST

Nach der Besetzung Österreichs wurde dort systematisch ein SD-Apparat mit haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie zahlreichen so genannten „V-Männern“ (Spitzeln, Informanten) aufgebaut. Die verschiedenen Sicherheitsdienststellen verfassten Tätigkeits-, Lage- und Stimmungsberichte, die zum Großteil jedoch sehr allgemein gehalten waren und zumeist nicht die Zielgerichtetheit und terroristische Konsequenz der Gestapoberichte aufwiesen.

Gleich nach dem „Anschluss“ hatte ein eignes „Auswertungskommando Österreich“ damit begonnen, Archivalien und sonstige Unterlagen von ideologischen und politischen Gegnerinnen und Gegner, vor allem auch von jüdischen Organisationen und Freimaurern, zu beschlagnahmen und systematisch auszuwerten sowie neue Akten über belastete Personen anzulegen. Anhand mitgebrachter Listen wurden vor allem jüdische Funktionärinnen und Funktionäre verhaftet.

Ein zentraler Tätigkeitsbereich des SD in Österreich war - wie zuvor in Berlin - das Sammeln von Informationen zum Thema „Judentum“, etwa auch in der Tschechoslowakei. Verzeichnisse der jüdischen Tempel und Bethäuser in Österreich mit Namen und Adressen der Vorstandsmitglieder wurden erstellt, verschiedene jüdische und zionistische Organisationen beschrieben, Verzeichnisse auch fremdsprachiger Bücher über Jüdinnen und Juden und von jüdischen Schriftstellerinnen und Schriftstellern angelegt.

Während die SD-Abschnitte im annektierten Österreich ihrerseits regelmäßige Berichte nach Berlin sandten, wurden sie umgekehrt von der vorgesetzten Behörde in Berlin laufend mit Informationen versorgt, etwa mit „Informationsberichten zur Judenfrage“ oder mit Unterlagen zum „Vermögen der katholischen Kirche in der Ostmark“.

DAS WIENER BELVEDERE-VIERTEL: EIN ZENTRUM DES NS-TERRORAPPARATS

Im vierten Wiener Gemeindebezirk befand sich während der NS-Zeit eine auffallende Anhäufung von Gebäuden des Partei- und Staatsapparates: Das Areal in der Theresianumgasse 16-18 diente als Dienststz des Inspektors der Sicherheitspolizei und des SD in Wien und als Standort für den SD-Oberabschnitt Donau bzw. den SD-Leitabschnitt Wien. In unmittelbarer Nachbarschaft, in der Prinz-Eugen-Straße 20-22, befand sich ab Ende August 1938 die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“. Dass gerade der Sicherheitsdienst und Eichmanns „Zentralstelle“ in repräsentative Bauten der Familie Rothschild einzogen, war eine symbolträchtige Wahl, galt doch die Familie Rothschild in der antisemitischen Propaganda der Nationalsozialisten als Prototyp des „internationalen Finanzjudentums“.

In dem – nicht aus ehemaligem Rothschild-Besitz stammenden - Gebäude in der Prinz-Eugen-Straße 36 hatte seit April 1943 die SA-Zentrale ihren Sitz. Das Gebäude in der Schmöllergasse 3 fungierte als Dienstwohngebäude des Höheren SS- und Polizeiführers (HSSPF). Der Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Wien nutzte noch mehrere andere – zum Teil aus Rothschild-Eigentum stammende – ab 1938 im Reichseigentum stehende Liegenschaften in dem Viertel mietfrei für seine Zwecke, wobei er lediglich für die Instandhaltungskosten und die laufenden Abgaben aufzukommen hatte. Die galt auch für das Haus Plösslgasse 13 (vormals Alphonse Rothschild) sowie das zweistöckige Gebäude in der Theresianumgasse 14, das vom Sicherheitsdienst als Kasino und für Unterkunftszwecke verwendet wurde: Im ersten und zweiten Stock befand sich eine SS-Führerkaserne, im Hochparterre waren die Vortrags- und die Speiseräume der Gemeinschaftsküche untergebracht.

Durch diese Häufung von Gebäuden der Sicherheitspolizei ergab sich ein mehr oder weniger geschlossener Komplex, der sich mit dem „Prinz-Albrecht-Gelände“ in Berlin vergleichen lässt. Nur eine Terrororganisation „fehlte“ in diesem Komplex: die Geheime Staatspolizei (Gestapo) hatte ihren Sitz im ehemaligen Hotel Metropole im ersten Wiener Gemeindebezirk am Morzinplatz 4, also fernab des hier beschriebenen Gebietes.

KONZENTRIERTER TERROR AM BERLINER PRINZ-ALBRECHT-GELÄNDE

In Berlin gab es eine große Konzentration der gefürchtetsten Terrorinstitutionen des Dritten Reiches auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“: Dort waren auf engstem Raum das Geheime Staatspolizeiamt, der Sitz des Reichsführers-SS, seines Persönlichen Stabes und weiterer SS-Führungsämter, der Sicherheitsdienst (SD) der SS und ab 1939 auch die Zentrale des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) untergebracht.

Obwohl es noch viele andere Orte gab, an denen nationalsozialistische Verbrechen geplant und in die Tat umgesetzt wurden, kann man das „Prinz-Albrecht-Gelände“ als das eigentliche Regierungsviertel des NS-Staates bezeichnen.

Es war ein Ort der Schreibtischtäter, der Planung und Verwaltung des Terrors und der Vernichtung. Doch in der Prinz-Albrecht-Straße 8 wurde auch unmittelbar physische Gewalt ausgeübt. Das Haus war unter den politischen Gegnerinnen und Gegnern des Nationalsozialismus die „gefürchtetste Adresse“ in Berlin. Im „Hausgefängnis“ der Gestapo waren Angehörige des Widerstandes Tage, manchmal Monate eingesperrt, hier wurde bei Verhören brutal gefoltert.

Der Vergleich zeigt, dass sowohl im Belvedere-Viertel in Wien als auch am „Prinz-Albrecht-Gelände“ in Berlin zentrale Einrichtungen des nationalsozialistischen Verfolgungs- und Terrorapparates konzentriert waren. An beiden Orten wurden Verbrechen organisiert, verwaltet und koordiniert. In Berlin wurde am „Prinz-Albrecht-Gelände“ im Gestapogefängnis auch gefoltert und gemordet, in Wien geschah dies an einem anderen Ort, im ehemaligen Hotel Metropole, bei der Gestapo in der Staatspolizeileitstelle Wien am Morzinplatz im ersten Wiener Gemeindebezirk.

Das Rothschild-Palais in der Theresianumgasse als Sitz des SD

In Wien diente das ehemalige Rothschild-Palais in der Theresianumgasse 16-18 als Standort für den SD-Oberabschnitt Donau und den SD-Leitabschnitt Wien sowie als Dienstsitz für den Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Wien.

Inspekteur war zuerst Walter Stahlecker, später der aus Bayern stammende Franz-Josef Huber, der zugleich von März 1938 bis Dezember 1944 Leiter der Staatspolizeileitstelle Wien und damit auch der oberste Chef der Wiener Gestapo war.

Es sind (nach gegenwärtigem Forschungsstand) kaum Akten erhalten, die Aufschluss über die genauen Geschäftsvorgänge im Dienstgebäude Theresianumgasse 16-18 geben würden; ebenso besitzen wir keinen Dienstverteilungsplan dieser Stelle. Auch über die Identität der – zahlreichen – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes in Wien und deren Zuträgerinnen und Zuträger („V-Männer“) sind nur sehr lückenhafte Informationen vorhanden. Zwar tauchen in Akten und auf Karteikarten (etwa einer im Wiener Stadt- und Landesarchiv erhaltenen „SS-Kartei“) immer wieder Namen und Unterschriften von SS-Männern auf, die dem SD-Oberabschnitt Donau bzw. dem SD-Leitabschnitt Wien zugeteilt gewesen sind, doch liegen über die Tätigkeitsgebiete und den Werdegang dieses Personals bislang keinerlei systematische Untersuchungen vor.

Sicher ist jedoch, dass auch die SD-Abschnitte im ehemaligen Österreich analog den Untergliederungen des SD-Hauptamtes beziehungsweise des RSHA in verschiedene Referate bzw. Abteilungen mit unterschiedlichen Zuständigkeitsbereichen unterteilt gewesen sind. Erhalten sind auch die so genannten „Lageberichte“ des Sicherheitsdienstes, in denen regelmäßig die Stimmung in der Bevölkerung beschrieben wurde.

Informationen aus Akten der ehemaligen DDR

Einige fragmentarische Informationen über die Tätigkeitsgebiete des Wiener SD lassen sich verschiedenen erst seit einigen Jahren zugänglichen Dokumenten aus der ehemaligen DDR entnehmen. Sie stammen aus dem SD- und Gestapo-Bestand im „NS-Archiv“ des vormaligen Ministeriums für Staatssicherheit und werden in Dahlwitz-Hoppegarten aufbewahrt, wo sich heute ein Zweigarchiv des Bundesarchivs befindet.

In diesem Bestand finden sich unter anderem diverse Rundschreiben, Verordnungen, Aktenvermerke, Berichte und Sammlungen von Zeitungsausschnitten des SD-Leitabschnitts Wien sowie Schriftwechsel zwischen diesem und dem SD-Hauptamt bzw. dem RSHA in Berlin als vorgesetzter Stelle, mit Parteistellen, verschiedenen anderen SD-Abschnitten in Österreich, der Gestapo sowie etwa auch privaten Unternehmen und jüdischen Privatpersonen. Wie aus diesen Unterlagen hervorgeht, beschäftigte sich der Sicherheitsdienst in Wien mit unterschiedlichsten Themenbereichen: Es ging um die Versorgungslage der Bevölkerung ebenso wie um Fragen des Außenhandels und wirtschaftspolitische Fragen Deutschlands oder etwa Kroatiens, um die Lage auf dem deutschen Immobilienmarkt oder die Situation deutscher Getreidefirmen in Rumänien. Auch Belange der österreichischen Universitäten (etwa das Verhältnis zwischen Hochschulen und Partei, die Frage der Zulassung von „Mischlingen“ zum Hochschulstudium, die Besetzung von Hochschulstellen, Erntedienst der österreichischen Studierenden etc.) und Vorgänge im Bereich der Kirchen beschäftigten den Sicherheitsdienst. Statistiken wurden erarbeitet, Preisvergleiche mit dem „Altreich“ angestellt, „Missstände in der Wirtschaftsorganisation Österreichs“ und „Fragen der Kriegswirtschaft“ untersucht.

Theresianumgasse – Prinz-Eugen-Straße:

Der Sicherheitsdienst und die antijüdische Politik im annektierten Österreich

Im annektierten Österreich, der damaligen „Ostmark“, spielte der Sicherheitsdienst vor allem bei der Judenverfolgung eine entscheidende Rolle. Adolf Eichmann war nach dem „Anschluss“ als „Judenreferent“ des Sicherheitsdienstes nach Wien geschickt worden und baute dort ab August 1938 die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ auf. Später wurde er im Rahmen der „Endlösungspolitik“ zum Hauptorganisator der Deportationen aus ganz Europa und war damit maßgeblich für die systematische Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden verantwortlich.

Das nationalsozialistische Regime hatte seit seiner Machtübernahme in Deutschland 1933 die systematische Entrechtung der Jüdinnen und Juden vorangetrieben. Jüdische Geschäfte waren boykottiert, die Jüdinnen und Juden aus dem öffentlichen Dienst verdrängt und ab 1935 durch die Nürnberger Rassegesetze ihrer staatsbürgerlichen Rechte beraubt worden.

Die Entfernung der jüdischen Bevölkerung aus dem „Deutschen Reich“ hatte von Anfang an zu den Zielen der nationalsozialistischen Machthaber gehört. Die Grundlinien der in Österreich nach dem März 1938 betriebenen Politik der forcierten Auswanderung waren schon vor dem März 1938 in Deutschland festgelegt worden – vor allem innerhalb des SD. Nach dem „Anschluss“ wurden sie in die Praxis umgesetzt.

POLITIK DER VERTREIBUNG

BÜROKRATISCHE HINDERNISSE FÜR DIE AUSWANDERUNG

Die jüdische Auswanderung, de facto eine organisierte Vertreibung, wurde zwar sofort nach dem „Anschluss“ Österreichs forciert, doch traten bei der tatsächlichen Abwicklung immense Schwierigkeiten auf. Eine Vielzahl verschiedener Behörden war in die Ausstellung der erforderlichen Dokumente involviert, so dass die für den Erhalt eines Reisepasses notwendigen Amtswege mitunter viele Wochen in Anspruch nahmen. Vor den jeweiligen Behörden, beispielsweise beim Passamt für Jüdinnen und Juden in der Wehrgasse 1, im fünften Wiener Gemeindebezirk, an das sich Jüdinnen und Juden bis zur Gründung der Zentralstelle ausschließlich wenden mussten, bildeten sich lange Warteschlangen. Oft war ein wichtiges Dokument wieder abgelaufen, ehe die restlichen Papiere beschafft werden konnten.

Adolf Eichmann, der in der Abteilung II 112 des SD-Hauptamts in Berlin für die zionistischen Organisationen zuständig gewesen war und systematisch Informationen über diese gesammelt hatte, war die Aufgabe übertragen worden, in Wien eine lokale Zweigstelle des „SD-Judenreferats“ II 112 (und damit dessen erste Außenstelle) aufzubauen. Die Lage in Wien war in den Wochen nach dem „Anschluss“ von Ausschreitungen und Exzessen gekennzeichnet. In dieser Situation eines gewalttätigen Antisemitismus von unten und eines noch unschlüssigen Zugriffs von oben sowie eines anfänglichen Kompetenzchaos bemühte sich Eichmann zielstrebig, möglichst viele Bereiche der antijüdischen Politik in seiner Dienststelle zu zentralisieren. Er wusste seine Talente und die Situation mit Erfolg für sein Fortkommen zu nutzen.

INSTRUMENTALISIERUNG DER JÜDISCHEN ORGANISATIONEN

Ein Hauptelement der antijüdischen Politik vor allem des SD war die Instrumentalisierung der jüdischen Organisationen. Eichmann hatte die Führung der jüdischen Gemeinde und der jüdischen Organisationen vollständig reorganisiert und zentralisiert und sie ganz in den Dienst der erzwungenen Auswanderung gestellt. Damit gelang es ihm erstmals, die vom Sicherheitsdienst in Deutschland bereits lange vor 1938 angestrebte totale Kontrolle über die jüdischen Organisationen in die Tat umzusetzen.

Bereits am 5. Mai 1938 konnte Eichmann seinem damaligen Vorgesetzten im SD-Hauptamt in Berlin, Herbert Hagen, selbstbewusst von seinen „Erfolgen“ berichten.

JÜDISCHE ORGANISATIONEN

IKG

Abkürzung für Israelitische Kultusgemeinde. Die Israelitische Kultusgemeinde Wien zählte 1938, zur Zeit des „Anschlusses“, rund 167.000 Mitglieder, die Gesamtzahl der IKG-Mitglieder in ganz Österreich betrug knapp 182.000. Vor der Shoah (hebräisch für Zerstörung, Katastrophe, die Bezeichnung für den Völkermord an den Juden) zählten die damals mehr als 30 jüdischen Gemeinden Österreichs zu den geistigen Zentren des europäischen Judentums. 1938 wurde die IKG Wien zunächst geschlossen und im Mai unter der Oberaufsicht des SD-Mannes Adolf Eichmann wiedereröffnet. Sie war von nun an vollständig der Kontrolle durch NS-Stellen, vor allem durch den SD, unterworfen und wurde im Rahmen von dessen Vertreibungsprogramm zwangsweise in eine fast ausschließlich auf die administrative und organisatorische Vorbereitung der Auswanderung sowie die Fürsorge für die Zurückbleibenden ausgerichtete Institution umgewandelt. Während die Kultusgemeinden in den Bundesländern nach 1938 rasch aufgelöst wurden, blieb die IKG Wien bis Herbst 1942 bestehen und behielt ihren Status als öffentlich-rechtliche Körperschaft. Im Herbst 1942 wurde sie aufgelöst und durch den »Ältestenrat der Juden in Wien« ersetzt, dem von da an auch alle Nichtglaubensjuden, die gemäß den Nürnberger Rassegesetzen als „jüdisch“ galten, anzugehören hatten.

Als Folge der Vertreibung und Ermordung der meisten ihrer vormaligen Mitglieder zählte die IKG Wien unmittelbar nach dem Krieg nur noch wenige hundert, in den ersten Nachkriegsjahren wenige tausend Mitglieder. Neben der IKG Wien bestehen heute noch sehr kleine Gemeinden in Innsbruck, Salzburg, Linz, Graz und Baden bei Wien. Nur dank der jüdischen Zuwanderung aus Osteuropa, vor allem auch aus der ehemaligen Sowjetunion, stieg die Mitgliederzahl in den letzten Jahrzehnten wieder an. Heute zählt die IKG Wien knapp 7.000 Mitglieder.

Aufgabe der Kultusgemeinde ist es, für die religiösen Bedürfnisse ihrer Mitglieder zu sorgen und die für diesen Zweck notwendigen Institutionen zu schaffen, Rabbiner zu bestellen, Religionsunterricht zu erteilen, jüdische Friedhöfe und soziale und medizinische Fürsorgeeinrichtungen sowie Einrichtungen des Bildungswesens wie Kindergärten, Schulen, Berufsausbildungen und Erwachsenenbildungseinrichtungen zu betreiben.

JOINT

Kurzbezeichnung für American Jewish Joint Distribution Committee (AJDC). Diese 1914 in den USA gegründete Hilfsorganisation unterstützt bedürftige Juden weltweit. Die antijüdischen Maßnahmen und Gesetze der nationalsozialistischen Herrschaft führten bereits in den ersten Jahren nach deren Machtergreifung in Deutschland zur Verarmung von Teilen der jüdischen Bevölkerung. Die Unterstützung von Jüdinnen und Juden in vom nationalsozialistischen Regime beherrschten Ländern, unter anderem auch in Österreich, wurde für den Joint in den folgenden Jahren zur zentralen Aufgabe. Der Joint trug auch wesentlich zur Finanzierung der jüdischen Auswanderung aus den Gebieten des „Deutschen Reiches“ bei. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand die Rehabilitierung und Auswanderung der jüdischen „Displaced Persons“ (Heimatlosen) in den europäischen Flüchtlingslagern im Mittelpunkt seiner Tätigkeiten. Nach 1948 wurde der Joint einer der Hauptfinanziers der jüdischen Massenauswanderungen aus Osteuropa und den arabischen Staaten.

COUNCIL FOR GERMAN JEWRY

Britisch-jüdische Organisation, die 1936 mit dem Ziel gegründet wurde, deutschen Jüdinnen und Juden bei der koordinierten Auswanderung aus Deutschland zu helfen. Annähernd 100.000 Jüdinnen und Juden konnten vor Beginn des Zweiten Weltkriegs zur Flucht verholfen werden. Nach dem Krieg führten die Bedürfnisse der „Displaced Persons“ und Flüchtlinge zu einer Reorganisation und einer Namensänderung in "Central British Fund for Relief and Rehabilitation". Diese Organisation existiert bis heute.

Adolf Eichmann am 5. Mai 1938:

„Ich habe sie [die jüdischen Funktionäre] hier vollständig in der Hand, sie trauen sich hier keinen Schritt ohne vorherige Rücksprache bei mir zu machen. So ist es auch in Ordnung, wegen der besseren Kontrollmöglichkeit.“

Der 32-jährige Eichmann konnte anordnen, Razzien durchzuführen, die inhaftierten Persönlichkeiten jüdischer Organisationen zu verhören, sie in Gefängnisse und Konzentrationslager zu sperren und zur Vertreibung ihrer Glaubensgenossinnen und -genossen einzusetzen. „Jedenfalls habe ich die Herrschaften auf Trab gebracht, was Du mir glauben kannst“, hieß es in einem anderen Schreiben Eichmanns an Hagen.

Die „Köpfung“ der jüdischen Gemeinde und deren gewaltsame Umstrukturierung und Zentralisierung bildeten die Grundlage für alle weiteren Verfolgungsmaßnahmen des Sicherheitsdienstes und schließlich der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“. Die neu strukturierte jüdische Gemeinde in Wien wurde zum Prototyp einer jüdischen Administration unter nationalsozialistischer Herrschaft, zum Vorlaufmodell der späteren „Judenräte“. Nicht die SS oder die Gestapo, sondern die jüdische Gemeindeführung sollte die diskriminierenden Gesetze und Erlasse unter den Gemeindemitgliedern bekannt machen, die Registrierung der Jüdinnen und Juden vornehmen und ab Sommer 1938 Karteien erstellen, um zunächst die Auswanderung, dann die Verpflegung mittels eigener für Jüdinnen und Juden ausgegebener Lebensmittelmarken und schließlich – wie sie selbst zu spät erkannte – die Deportation zu den Vernichtungsstätten zu ermöglichen. Sie sollte die Absonderung der jüdischen Bevölkerung in eigenen „Judenhäusern“ sowie die Konzentrierung in bestimmten Stadtvierteln (vor allem in der Leopoldstadt) ebenso gewährleisten wie die 1941 eingeführte Kennzeichnung mit dem gelben Stern. Sie sollte die Menschen, die vor der Deportation standen, bis zuletzt betreuen und die im Zuge der Deportationen geschaffenen Sammellager betreiben.

Auf diese Weise wurde das Vertrauen der Opfer in die eigenen Institutionen missbraucht und gebrochen, um jegliches Aufbegehren gegen die Verbrechen zu verhindern.

Nach 1945 wurden gegen jüdische Funktionäre, die unter Zwang mit den NS-Behörden zusammengearbeitet hatten, um zu überleben, in einigen Fällen sogar Volksgerichtsverfahren eingeleitet.

„Nicht der Wunsch, selbst zu überleben, war für die Gemeindeleitung entscheidend, sondern die anfängliche Hoffnung, im Handel mit der SS Juden und Jüdinnen durch Auswanderung zu retten. Später ging es darum, die totale Vernichtung aufzuhalten; und am Ende nur noch darum, die Qualen lindern zu helfen“,

schreibt Doron Rabinovici. Die jüdischen Funktionäre waren, wie er es nennt, „Instanzen der Ohnmacht“.

Veränderte Aufgaben für die Israelitische Kultusgemeinde

Nach der Wiedereröffnung der nach dem „Anschluss“ geschlossenen Israelitischen Kultusgemeinde Wien im Mai 1938 wurde ihr ursprünglicher Aufgabenkreis wesentlich erweitert, besonders im Hinblick auf die Organisation der Auswanderung, wobei eine ganze Reihe neuer Ämter geschaffen wurde. Die Gemeinde erlebte einen tief greifenden Funktionswandel: Hatten sich ihre Aufgaben bis zum „Anschluss“ auf religiöse, soziale und kulturelle Angelegenheiten konzentriert, so wurde sie nun immer ausschließlicher zu einer Institution zur Organisation der Auswanderung und einer Fürsorgeeinrichtung. Die vehement betriebene Ausschaltung der Jüdinnen und Juden aus dem Erwerbs- und Wirtschaftsleben hatte eine rapide Verarmung der jüdischen Bevölkerung zur Folge gehabt, sodass diese großteils nicht mehr im Stande war, sich selbst zu erhalten.

Nunmehrige Hauptaufgabe der Kultusgemeinde: Die Organisation der Auswanderung

Die Beschaffung der für die erzwungene Auswanderung notwendigen Devisen gehörte nach der Wiedereröffnung der Israelitischen Kultusgemeinde zu den zentralen Aufgaben der leitenden Funktionäre. Diese sollten in Verhandlungen mit den großen jüdischen Hilfskomitees im Ausland die entsprechenden Mittel beschaffen. Die wichtigsten Geldgeber waren schließlich das „American Jewish Joint Distribution Committee“ (kurz „Joint“) und der britische „Council for German Jewry“.

Es waren aber nicht die leitenden Funktionäre der Wiener jüdischen Gemeinde, die über die konkrete Verteilung der aus dem Ausland eingehenden Hilfgelder entschieden. Vielmehr legten die SD-Mitarbeiter Adolf Eichmann und Herbert Hagen gemeinsam mit Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums und der Devisenstelle Wien in langen Verhandlungen die Grundlinie fest. Dies geschah bereits in der Zeit zwischen dem „Anschluss“ und der Gründung der „Zentralstelle“. Die auf diese Weise eingenommenen Devisen durften allerdings auf Wunsch der ausländischen Geldgeber nicht der Reichsbank zufließen; die Valuta blieb im Ausland. Zudem mussten – abweichend von dem bis dahin in Deutschland üblichen Verfahren – für diese Devisen keine Zuschläge an den Staat bezahlt werden.

Deviseneinnahmen und ihre Verwendung

Die Israelitische Kultusgemeinde verkaufte die Devisen an die jüdischen Auswanderinnen und Auswanderer, wobei diese im Gegenzug Reichsmarkbeträge erlegen mussten. Dabei gab es keine fixen Umrechnungskurse, sondern eine Staffelung: Der zu erlegende Gegenwert war von den Vermögensverhältnissen der jeweiligen Person abhängig. Dieses System der Umschichtung machte es möglich, dass Mittellosen, die über eine Einreisemöglichkeit verfügten, die Lande- und Reisegelder kostenlos zur Verfügung gestellt werden konnten.

Verschiedene Einwanderungsländer verlangten als Voraussetzung für die Immigration so genannte „Lande- oder Vorzeigegelder“, die garantieren sollten, dass die Neuzuwanderer nicht dem Staat zur Last fielen. Die britische Mandatsregierung in Palästina vergab im Rahmen ihrer restriktiven Einwanderungsbestimmungen unter anderem so genannte „Kapitalistenzertifikate“, für die ein „Vorzeigegeld“ in der Höhe von 1.000 Palästina-Pfund erlegt werden musste.

Zunächst verkaufte die Israelitische Kultusgemeinde die ihr zur Verfügung stehenden Devisen ausschließlich für Landegelder und so genannte „Kapitalistenzertifikate“ für Palästina; nach Kriegsbeginn mussten auch die Reisekosten in Devisen bezahlt werden. Aus der beim Devisenverkauf erwirtschafteten Gewinnspanne finanzierte die Israelitische Kultusgemeinde neben Reisekostenzuschüssen ihre laufenden Ausgaben, vor allem auf dem Fürsorgesektor. Laut Aufstellungen der Israelitischen Kultusgemeinde belief sich der Gesamtbetrag der zwischen 13. März 1938 und 31. Oktober 1941 von jüdischen Organisationen und Verwandten für die Auswanderung aus der „Ostmark“ zur Verfügung gestellten Devisen auf mindestens 4,2 Millionen US-Dollar.

ZENTRALISIERUNG DER AUSWANDERUNGSPROZEDUREN IN DER PRINZ-EUGEN-STRASSE

Überlegungen, wie die jüdische Auswanderung vereinfacht, zentralisiert und damit beschleunigt werden könnte, wurden in den Monaten vor der Gründung der „Zentralstelle“ von verschiedenen Seiten – sowohl jüdischen als auch nichtjüdischen Einzelpersonen und Organisationen – vorgebracht.

Eine Zentralisierung der Auswanderungsbelange lag schon angesichts der beschriebenen Schwierigkeiten „in der Luft“. Hinzu kam, dass Adolf Eichmann mit Vorliebe jüdische Funktionäre beauftragte, Pläne für die Organisation und Zentralisierung der vom Sicherheitsdienst gewünschten jüdischen Auswanderung vorzulegen. Die Einrichtung der „Zentralstelle“ kann deshalb wohl nicht ausschließlich als originäre Idee Eichmanns betrachtet werden, auch wenn dieser immer wieder diesen Eindruck zu erwecken suchte. In der „Zentralstelle“ wurden jedoch die verschiedenen vorliegenden Konzepte auf perfekte und für die weiteren Entwicklungen entscheidende Weise zusammengeführt.

In seinem Verhör in Jerusalem 1960 gab Eichmann zu Protokoll:

„[Ich] stellte (...) mir ein laufendes Band vor, vorne kommen das erste Dokument und die anderen Papiere drauf und rückwärts müsste dann der Reisepass abfallen. Meinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Regierungsdirektor Dr. Stahlecker, habe ich dann vorgeschlagen, dass er beim Reichskommissar Bürckel einen Erlass bewirkt, demzufolge eine „Zentralstelle für jüdische Aus-

wanderung“ in Wien errichtet wird, zu der die (...) behördlichen Instanzen – Polizeipräsidium, Finanzministerium, Staatspolizei, Devisenstelle, kurz alle Stellen, - ihre Beamten entsenden mussten. Die saßen nun nebeneinander an diesem langen laufenden Band, unter Aufsicht eines Angehörigen des SD, Oberabschnitt Wien, der ich war. (...) Am laufenden Band saß auch die Israelitische Kultusgemeinde mit sechs bis vierzehn Mann, je nachdem, wie stark der Parteieinverkehr war.“

NS-Blatt „Völkischer Beobachter“ vom 20. November 1938, Seite 1



Die Israelitische Kultusgemeinde Wien ist selbstverständlich auch in den Auswanderungsdienst gestellt worden. Warum soll sie nicht endlich auch einmal zu etwas nütze sein?

Aufnahme: Elaba

ISRAELITISCHE KULTUSGEMEINDE WIEN

An die Juden in Wien!

Die in Wien wohnenden Juden sind im Begriffe in die Ferne zu ziehen, um in anderen Ländern neue Arbeitsmöglichkeit zu suchen. Viele Mitglieder der Wiener Kultusgemeinde sind heute nicht mehr in unserer Mitte; täglich werden weitere Haushalte aufgelöst, um am Ziele der Wanderung wieder errichtet zu werden.

Jene, die bereits in der glücklichen Lage sind, das Ziel ihrer Wanderung zu kennen und aus eigener Kraft zu erreichen, mögen nun an die Unzähligen denken, die bis zu ihrer Ausreise in banger Erwartung leben, an all' diejenigen, die nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Mehr als 15.000 Juden müssen täglich von der Kultusgemeinde ausgespeist werden; viele Tausende erhalten von ihr die nötigen Mittel, um sich bis zum Zeitpunkt ihrer Auswanderung ein Obdach zu sichern. Mehr als 4.000 Juden konnten mit Hilfe der Kultusgemeinde alle Schwierigkeiten überwinden und ihre Wanderung antreten.

Jeder, der von uns scheidet, möge an die noch hier verbleibenden Schicksalsgenossen denken. Bei der Auflösung des bisherigen Besitzes werden viele Wanderer die Möglichkeit haben, einen Teil jener Werte, die für den Aufbau einer neuen Existenz nicht in Betracht kommen, zur Unterstützung ihrer notleidenden Brüder zu verwenden, um auch ihnen eine Auswanderungsmöglichkeit zu schaffen.

Die Kultusgemeinde ist das Sinnbild jener Schicksalsgemeinschaft, die alle Juden in Wien umfaßt. Diese Bande können auch durch Auswanderung und räumliche Entfernung nicht zerstört werden. Nach Jahrzehnten der Zusammenarbeit und inniger Verbundenheit ergeht nun ein letzter Ruf an die auswandernden Brüder:

**Erfüllet eine heilige Pflicht und scheidet mit dem
Bewusstsein, Eueren Beitrag für die Juden in
Wien geleistet zu haben!**

Wien, im August 1938.

Der Amtsdirektor:

Dr. Löwenherz

Leiter der
Israelitischen Kultusgemeinde
Wien

DIE ZENTRALSTELLE FÜR JÜDISCHE AUSWANDERUNG

VORGESCHICHTE IN BERLIN

Wie neuere Forschungen belegen, hatte der Sicherheitsdienst in Berlin, genauer die Abteilung II 112 im SD-Hauptamt, bereits vor 1938 nach Wegen gesucht, einerseits die jüdische Auswanderung zu forcieren, gleichzeitig aber den Abfluss jüdischen Kapitals aus Deutschland zu unterbinden. Besonderes Augenmerk richtete der Sicherheitsdienst auf die Vertreibung der mittellosen Jüdinnen und Juden. Um diese Ziele trotz der im Rahmen des Vierjahresplans von Deutschland verhängten Devisenbeschränkungen realisieren zu können, wurde schon damals der Plan entworfen, die ausländischen jüdischen Hilfsorganisationen in großem Maßstab in die Finanzierung der Auswanderung einzubinden. Diese Überlegungen wurden zu den Kernelementen des Vertreibungsprogramms, wie es dann nach dem „Anschluss“ im okkupierten Österreich unter der Regie Adolf Eichmanns erstmals in die Praxis umgesetzt werden sollte.

DAS ZIEL : EIN „JUDENFREIES“ ÖSTERREICH

Ziel der „Zentralstelle“ sollte es sein, die bis dahin bei der Auswanderung entstandenen „unliebsamen Störungen und Verzögerungen“ zu beseitigen und dadurch die jüdische Auswanderung zu fördern und zu beschleunigen. Sie sollte für die Beschaffung von Einreisemöglichkeiten und der für die Auswanderung notwendigen Devisen ebenso zuständig sein wie für die Überwachung der jüdischen und anderer mit der Auswanderung befasster Organisationen. Auch die so genannte „Berufsumschichtung“ - die Umschulung tausender Juden von „freien“ und kaufmännischen auf handwerkliche und landwirtschaftliche Berufe -, durch die die Einwanderung in andere Länder erleichtert werden sollte, zählte, zumindest theoretisch, zu den Aufgabengebieten der „Zentralstelle“.

In Wirklichkeit gehörte nicht zuletzt der Bereich der so genannten „Berufsumschichtung“ zu jenen Aufgaben, deren administrative und organisatorische Bewältigung praktisch ausschließlich den jüdischen Organisationen übertragen wurde. In der Folge entstand ein breites Angebot an verschiedensten Umschulungskursen. Bereits vor 1938 hatten zionistische Organisationen auch in Österreich so genannte „Hachschara“-Lager betrieben, in denen jüdische „Pioniere“ auf landwirtschaftliche Berufe umgeschult und ideologisch auf ein künftiges Leben in Kollektivsiedlungen (Kibbuzim) im damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina vorbereitet werden sollten. Im Zuge der Vorbereitungsmaßnahmen für die Auswanderung wurde ab 1938 auch das Netz der „Hachschara“-Lager systematisch ausgebaut. Vor allem in Niederösterreich entstand eine Reihe von landwirtschaftlichen Umschulungslagern, die zwar von den jüdischen Organisationen aufgebaut und organisiert, aber immer strikter vom SD überwacht wurden.

„Alles, um sie loszuwerden“, titelte die Wiener Ausgabe des „Völkischen Beobachters“ am 20. November 1938. Wie die Zeitung am 14. Mai 1939 berichtete, hatte sich „die Bauernschaft einzelner Orte nicht erfreut“ darüber gezeigt, „dass gerade in ihrem Bezirk ein derartiges Lager errichtet wurde und sie, die auf ihre judenfreie Gemeinde stolz war, nun wieder eine größere Anzahl dieser höchst ungern gesehenen ‚Gäste‘ bei sich sehen muss“. Der „Völkische Beobachter“ stellte aber fest, dass dies zu den „Opfern“ zähle, „Opfer, die ihm Interesse von Volk und Reich gebracht werden müssen, Opfer, die des Zieles wohl Wert sind: Ein judenfreies Deutsches Reich.“

Zentralstelle: Gemeinsamer Aktionsraum vieler Behörden

Alle an der Auswanderung beteiligten Behörden, sowohl die konventionellen als auch spezifische NS-Behörden, sollten Beamte zur „Zentralstelle“ delegieren. Diese blieben aber weiterhin Angestellte ihres jeweiligen Ressorts. Das hervorstechendste Wesensmerkmal der „Zentralstelle“ war somit ihr arbeitsteiliger Aufbau – sie diente den verschiedenen anderen Behörden als zusammenfassendes Dach und bot ihnen ei-

nen gemeinsamen Aktionsraum. Die „Zentralstelle“ konnte sich gleichzeitig dieser Behörden bedienen, ohne selbst in den einzelnen Bereichen tätig werden zu müssen. In der „Zentralstelle“ hatten auch die Israelitische Kultusgemeinde sowie vermutlich das Palästina-Amt, das für die Auswanderung nach Palästina zuständig war, eine Expositur.

Die „Aktion Gildemeester“

Auch die so genannte „Aktion Gildemeester“, benannt nach dem Holländer Frank Gheel van Gildemeester, hatte in der „Zentralstelle“ eine Expositur. Ziel dieser Aktion war es, die Auswanderung einer möglichst großen Zahl von „nichtmosaischen“ Jüdinnen und Juden zu finanzieren - also von Österreicherinnen und Österreichern jüdischer Herkunft, die entweder konfessionslos waren oder den Übertritt zu einer christlichen Religionsgemeinschaft vollzogen hatten, durch die Nürnberger Rassegesetze aber dennoch als „Juden“ galten.

Gemäß dem gegenwärtigen wissenschaftlichen Forschungsstand lassen sich die Vorgänge, die zur Entstehung der „Aktion Gildemeester“ geführt haben, nicht vollständig erhellen. Die Verhandlungen, die ihrer Gründung gegen Ende Mai 1938 vorausgingen, hatten bereits im März begonnen. Beteiligt daran waren neben Gildemeester sowohl Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten, unter anderem auch Angehörige der Wiener Gestapo, als auch einige Jüdinnen und Juden.

Die Aktion basierte auf einer Treuhandlösung. Diese sah vor, dass vermögende jüdische Bürgerinnen und Bürger, die in die „Aktion Gildemeester“ aufgenommen wurden, ihr gesamtes Vermögen zur Verwertung und Verwaltung einem Treuhänder übergeben mussten. Die treuhändische Verwaltung war mit einem Fondsmodell verknüpft und verfolgte das Ziel, die Auswanderung armer Jüdinnen und Juden aus Österreich zu fördern. 10 Prozent des Wertes, der aus dem Erlös des eingebrachten Vermögens zu erzielen war, flossen dem „Auswanderungshilfsfonds“ der „Aktion Gildemeester“ zu und sollten widmungsgemäß für direkte Unterstützungszahlungen zugunsten auswanderungswilliger Jüdinnen und Juden verwendet werden.

Soweit die vermögenden Aktionsteilnehmer mit der Aufnahme in die „Aktion Gildemeester“ die Hoffnung verknüpft hatten, ihr Vermögen zumindest teilweise dem Zugriff des NS-Staates entziehen und in sichere Zufluchtsländer transferieren zu können, wurden sie bald eines besseren belehrt: Das „Treuhandmodell“ entpuppte sich rasch als verkappte Enteignung. Aus dem eingebrachten Vermögen wurden anfallende Steuern (einschließlich Judenvermögensabgabe und Reichsfluchtsteuer), Ausfuhr- und Passabgaben sowie die eigentlichen Auswanderungskosten gedeckt. De facto verloren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ab dem Zeitpunkt der Übergabe jede Verfügungsgewalt über ihren Besitz. Die Gesamtzahl der Fondsbeiträgerinnen und -beiträger betrug – unter Miteinberechnung aller betroffenen Familienmitglieder - rund 300 Personen.

Mit der Auflösung der jüdischen Gemeinde per Ende Oktober 1942 und der Schaffung des „Ältestenrates der Juden in Wien“ übernahm dieser auch die Betreuung der „nichtmosaischen Juden“, für die zuvor die „Gildemeester-Aktion“ beziehungsweise - als deren Nachfolgerin - die „Auswanderungshilfsstelle für Nichtglaubensjuden“ zuständig gewesen waren.

DIE GRÜNDUNG DER „ZENTRALSTELLE“ IM PALAIS LOUIS ROTHSCHILD

Mit Wirkung vom 20. August 1938 wurde vom „Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“, Gauleiter Josef Bürckel, in einem Rundschreiben an alle Partei- und Staatsdienststellen die Einrichtung einer „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ verfügt. Bürckel beauftragte den Führer des SD-Oberabschnitts Donau und Inspekteur der Sicherheitspolizei, Walter Stahlecker, mit der Leitung, der seinerseits den Leiter der Abteilung II 112 beim SD-Oberabschnitt-Donau, Adolf Eichmann, mit der Geschäftsführung betraute. Die „Zentralstelle“ für jüdische Auswanderung bezog ihr Quartier im ehemaligen Rothschild-Palais in der Prinz-Eugen-Straße 20-22. Sie wurde in den folgenden Jahren zur Schaltstelle zunächst für die Vertreibung, später für die Deportation der jüdischen Bevölkerung Österreichs.

Laut Gründungserlass sollte in Zukunft ausschließlich die „Zentralstelle“ für die jüdische Auswanderung zuständig sein. Für den Sicherheitsdienst ging es dabei vor allem auch um die Erlangung exekutiver Befugnisse sowie um die Durchsetzung seiner Linie und die Sicherung seiner Kompetenzen in der „Judenfrage“. Es ist denkbar, dass die formale Unterstellung der ja eigentlich aus dem Sicherheitsdienst hervorgegangen „Zentralstelle“ unter den Inspekteur der Sicherheitspolizei (zuerst Walter Stahlecker, dann Franz-Josef Huber) genau diese exekutiven Befugnisse absichern sollte. In diesem Sinn wäre die „Zentralstelle“ als organisatorischer Modellfall der angestrebten Fusion von Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst zu werten, wie sie dann im Herbst 1939 mit der Gründung des RSHA in Berlin endgültig realisiert wurde.

Herbert Hagen, Eichmanns bisheriger unmittelbarer Vorgesetzter in Berlin, stellte bei einer Dienstreise nach Wien Ende August 1938 fest, dass durch die „Zentralstelle“ „absolut die Linie des Sicherheitsdienstes bei der Durchführung der Judenfrage in Österreich gewährleistet ist, ohne dass eine andere amtliche Stelle die Möglichkeit oder Befugnis hätte, sich bestimmend einzuschalten“.

Der „Auswanderungsfonds“ als Vermögensträger

Nach der Gründung der „Zentralstelle“ wurde der „Auswanderungsfonds“ in die „Zentralstelle“ integriert, wobei ihm in der Folge immer mehr eine von der „Aktion Gildemeester“ unabhängige Bedeutung als Vermögensträger der „Zentralstelle“ zukam. Sowohl das Fondsmodell als auch die umschichtige Finanzierung der Auswanderung (Gelder der Reichen für die Vertreibung der Armen) spielten für die Gründungsidee der „Zentralstelle“ eine entscheidende Rolle. In Wirklichkeit war es jedoch in erster Linie die jüdische Gemeinde, die im Auftrag der „Zentralstelle“ das Konzept in die Praxis umsetzen musste. Mittels der Gelder, die wohlhabende österreichische Jüdinnen und Juden und die ausländischen jüdischen Hilfsaktionen für die Auswanderung aufbringen mussten, finanzierte sie zugleich die Flucht der Mittellosen.

Für die eigentlichen „Arisierungsmaßnahmen“ („Arisierung“ war der NS-Terminus für die Enteignung jüdischen Besitzes) vor allem im Hinblick auf Betriebe und Liegenschaften war die „Zentralstelle“ nicht unmittelbar zuständig. Zur Durchführung dieser Aufgabe war bereits im Mai 1938 innerhalb des österreichischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit die so genannte „Vermögensverkehrsstelle“, ein österreichisches Spezifikum, eingerichtet worden. Sie sollte angesichts der „wilden“ und ungeordneten Enteignungen während der ersten Monate nach dem „Anschluss“ eine „ordnungsgemäße“ „Entjudung“ der Wirtschaft unter behördlicher Aufsicht gewährleisten.

Die Zentralstelle stand jedoch in enger Verbindung mit allen übrigen NS-Stellen, die in die Entziehung des jüdischen Vermögens involviert waren, und versuchte auf diese Weise zu verhindern, dass die von ihr mit Pässen ausgestatteten Jüdinnen und Juden im Zuge ihrer Ausreise auf unerlaubte Weise Teile ihres Besitzes ins Ausland transferieren konnten.

Ruinöse Abgaben und bürokratische Schikanen im Zuge der Auswanderung

Die „Zentralstelle“ garantierte wohl, dass die Vertriebenen vor der Auswanderung die verschiedenen diskriminierenden Steuern – die so genannte Reichsfluchtsteuer und die nach dem Novemberpogrom eingeführte „Judenvermögensabgabe“ (JUVA) – an die Reichskassen abführten (die genannten Steuern betrugen jeweils 25 % des Gesamtvermögens), doch hob sie diese Steuern nicht selbst ein - dies war Aufgabe der Finanzbehörden.

Anleitung zur Erlangung eines Reisepasses sowie aller übrigen Reisedokumente

I. Grundsätzliches

Zur Vereinheitlichung sämtlicher mit der Auswanderung der Juden zusammenhängenden Agenden, wurde vom Herrn Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reiche die

Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reiche die

Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien, IV., Prinz Eugenstraße 22, errichtet.

Durch diese Maßnahme wird eine wesentliche Beschleunigung in der Erledigung der mit der Erlangung der Reisedokumente zusammenhängenden Formalitäten erreicht. Die Auswanderer werden nachdrücklichst darauf aufmerksam gemacht, nur dann um die Ausstellung eines Reisepasses anzusuchen, wenn eine Einreisemöglichkeit in das Zielland nachgewiesen werden kann und keine Steuerrückstände vorhanden sind.

Das Erträgnis dieser Umlage wird für die Förderung der jüdischen Auswanderung verwendet.

II. Ansuchen um Ausstellung eines Reisepasses

Alle Glaubensjuden, mit Ausnahme jener, die nach Palästina auswandern, wenden sich wegen Erlangung eines Passes an die Israelitische Kultusgemeinde, Wien, I., Seidenstettengasse 2-4 (Fragebogen-Ausgabe, Amtsstunden von 8-12 Uhr vormittags).

Der Glaubensjude erhält in der Kultusgemeinde, beziehungsweise im Palästina-Amt den Fragebogen mit sämtlichen Beiblättern und wird an die Gebührenbemessungsstelle im Hause der Israelitischen Kultusgemeinde, Wien, I., Seidenstettengasse 2, 3. Stock (Amtsstunden von 9-13 Uhr und von 15-17 Uhr, Sonntag von 9-12 Uhr), gewiesen. Hier ist der vollständig ausgefüllte Fragebogen vorzulegen; insbesondere ist darauf zu achten, daß die Bestätigung der Volljüdischaft vom Matrikelführer der Kultusgemeinde unterzeichnet ist und daß die unter Punkt 7 des Fragebogens (Vermögensangelegenheiten) angeführten Rubriken unbedingt lückenlos ausgefüllt werden. Wenn erforderlich, ist ein Verzeichnis der Bankguthaben, Wertpapiere (mit Angabe der Depotstelle), Hypotheken, Geldforderungen, Renten, Pensionen, sowie des Grundbesitzes in doppelter Ausfertigung dem Fragebogen beizulegen.

Glaubensjuden, deren Reiseziel Palästina ist, erhalten ihre Fragebogen beim Palästina-Amt, Wien, I., Marc-Aurelstraße 5.

Bei der Gebührenbemessungsstelle ist bekanntzugeben, welche Reisedokumente (Reisepaß, Führungszeugnis, Wohnungsnachweis, Steuerunbedenklichkeits-Bescheinigung, Bewilligung zur Mitnahme von Umzugsgut usw.) gewünscht werden. Hier erhält der Paßwerber den Gebührenbemessungsschein und die Anweisung an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Wien, IV., Prinz-Eugen-Straße 22 (Amtsstunden von 9-13 Uhr), wo er sich an die für ihn zuständige Expositur (Israelitische Kultusgemeinde, Palästina-Amt) zu wenden hat. Nichtglaubensjuden werden von der Gildemeester-Aktion an die Zentralstelle gewiesen.

Für Nichtglaubensjuden ist die Gildemeester-Aktion, Wien, I., Wollzeile 7, zuständig.

Die Inanspruchnahme anderer Organisationen oder Einzelpersonen ist unzulässig. Die Paßwerber haben sich streng an die ihnen zugewiesenen Organisationen zu halten. Bei Familien, deren Mitglieder zum Teil Nichtglaubensjuden sind, werden die betreffenden Bogen für großjährige Familienmitglieder von der Gildemeester-Aktion ausgefolgt. Die minderjährigen Kinder werden nach dem Glaubensbekenntnis des Haushaltsvorstandes behandelt.

Für jede über 14 Jahre alte Person ist ein besonderer Fragebogen auszufüllen; persönlich hat jedoch nur der Haushaltsvorstand bei der Zentralstelle für jüdische Auswanderung vorzusprechen.

Beizubringen sind:

Für die Ausfertigung von Reisepässen und anderer Reisedokumente wird von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung eine nach den Vermögensverhältnissen abgestufte Umlage eingehoben, deren Bemessung für Glaubensjuden — über behördlichen Auftrag — durch die Kultusgemeinde, für Nichtglaubensjuden durch die Gildemeester-Aktion, erfolgt.

1. Der in sämtlichen Teilen wahrheitsgetreu ausgefüllte Fragebogen.

2. Sämtliche Personaldokumente: Geburts- und Heimatschein, Meldezettel, bei Verheirateten der Trauungsschein, bei

Verwitweten der Totenschein des verstorbenen Ehepartners, bei Geschiedenen das Scheidungsdekret.

3. Bestätigung des zuständigen Wehrkreiskommandos auf Grund einer dem Fragebogen beigelegten Bestätigung des Matrikelamtes der Kultusgemeinde, daß der Paßwerber Volljude ist.
4. Bestätigung der Fachrechnungsabteilung 2B des Magistrates über die bezahlten städtischen Steuern. Das betreffende Formular, das dem Fragebogen beigelegt ist, wird von der Bezirkshauptmannschaft des Wohnbezirkes, beziehungsweise auch von der Bezirkshauptmannschaft, die für den gewerblichen Betrieb zuständig ist, bestätigt.
- Jene Parteien, die nach dem 1. Jänner 1938 übersiedelt sind, holen auch die Bestätigung der Bezirkshauptmannschaft ihres alten Wohnsitzes ein. Die endgültige Bestätigung erfolgt durch die Fachrechnungsabteilung. Die von der Kultusgemeinde abgestempelten Formulare werden in kürzester Zeit erledigt.
5. Allfällige vorhandener früherer Reisepaß.
6. Fünf Lichtbilder. Falls kein polizeilich vidiertes Lichtbild vorhanden ist, sind zwei Lichtbilder beim zuständigen Polizeikommissariate im Beisein von zwei Identitätszeugen bestätigen zu lassen.
7. Paßanweisung samt Beilage, in allen Rubriken wahrheitsgetreu ausgefüllt.
8. Ansuchen um Ausstellung eines Reisepasses (Formular liegt dem Fragebogen bei).
9. Wenn erforderlich, sind die Beilagen, betreffend die Bewilligung zur Mitnahme fremder Zahlungsmittel, sowie zur Mitnahme von Umzugsgut auszufüllen.

Paßwerber, deren Ansuchen bereits beim Paßamte in der Wehrkasse vorliegt, beheben ihre Reisepässe nach Erhalt einer Verständigungskarte, unter Vorweisung der Steuerunbedenklichkeits-Bescheinigung bei der genannten Stelle. Ausreisevermerke in österreichischen Pässen behalten ihre Gültigkeit bis 31. Dezember 1938, soweit sie von den Konsulaten der Zielländer anerkannt werden. Im Bedarfsfalle kann um die Ausstellung eines neuen Passes angesucht werden, wobei die Weigerung des betreffenden Konsulates, ein Einreisevisum zu erteilen, einwandfrei festzustellen ist.

Österreichische Pässe ohne Ausreisevermerk sind ungültig.

III. Ansuchen um andere Reisedokumente

Zur Erlangung beziehungsweise Verlängerung einer Steuerunbedenklichkeits-Bescheinigung, eines Führungszeugnisses oder eines Wohnungsnachweises, ist der Fragebogen in ähnlicher Weise auszufüllen und nach der Gebührenbemessung bei der Zentralstelle für jüdische Auswanderung einzureichen, wie bei Ansuchen um Ausstellung eines Reisepasses.

Bei den einzelnen Finanzämtern bereits eingereichte Steuerunbedenklichkeitsbescheinigungen sind unmittelbar zu beheben.

IV. Gebühren

Für die Ausstellung eines Reisepasses sind insgesamt RM 4.— (Stempel RM 1.—, Verwaltungsgebühr RM 3.—) zu entrichten. Für die Ausstellung eines Führungszeugnisses, beziehungsweise eines Wohnungsnachweises wird eine gestaffelte Gebühr bis zu RM 4.33 eingehoben. Ansuchen um Ausstellung einer Steuerunbedenklichkeits-Bescheinigung sind mit RM 1.— zu stempeln. Preis des Fragebogens samt Beilagen RM 1.—.

V. Mitnahme von Umzugsgut

Als Umzugsgut gelten alle jene im Besitze des Auswanderers sich befindenden Gegenstände, welche nicht als Reisegepäck mitgenommen werden. Für die Mitnahme von Umzugsgut ist das dem Fragebogen beigelegte Merkblatt auszufüllen und ein genaues, seiner Form nach der Vorlage entsprechendes Verzeichnis der auszuführenden Gegenstände in dreifacher Ausfertigung beizuschließen und gleichzeitig mit dem Fragebogen bei der Zentralstelle für jüdische Auswanderung einzureichen.

Wenn die Mitnahme von Werkzeuggeräten, Maschinen, Instrumenten, Kunstgegenständen, beziehungsweise von Schmuckgegenständen beabsichtigt wird, ist auch die Schätzungsurkunde eines amtlichen Schätzers über den derzeitigen Wert der Gegenstände in doppelter Ausführung beizulegen. Ferner ist nachzuweisen, seit wann sich diese Gegenstände im Besitze des Auswanderers befinden.

Auswanderer, die bereits im Besitze eines Reisepasses und einer Steuerunbedenklichkeits-Bescheinigung sind, richten ihr Ansuchen unmittelbar an die Devisenstelle, Wien, I., Schottengasse 10.

VI. Mitnahme fremder Zahlungsmittel

Um die Bewilligung zur Mitnahme fremder Zahlungsmittel (im Gegenwerte von RM 30.— pro Person), sind die dem Fragebogen beigelegten Formulare und die Erklärung betreffend Schulden gegenüber inländischen Gläubigern auszufüllen und gleichzeitig mit dem Ansuchen um die Ausstellung eines Reisepasses einzureichen.

Vorstehende Anleitung gilt in erster Linie für reichsdeutsche Staatsangehörige. Ausländer, im Besitze eines von der Konsularbehörde ausgestellten Reisepasses, die ihren ständigen Wohnsitz im Reichsgebiete haben, sind verpflichtet, vor ihrer Ausreise um die Ausstellung einer Steuerunbedenklichkeits-Bescheinigung anzusuchen. Staatenlose Glaubensjuden, beziehungsweise Ausländer, denen die zuständige Konsularbehörde die Ausstellung eines Reisepasses verweigert, wenden sich um Auskunft an die Auswanderungsberatung der Israelitischen Kultusgemeinde, Wien, Nichtglaubensjuden werden von der Gildemeister-Aktion beraten.

Sie selbst übernahm lediglich die Koordinierung des Auswanderungsprozesses und die Einhebung der so genannten „Passumlage“. Diese Sonderabgabe wurde – wie auch die Reichsfluchtsteuer – im Zuge der Auswanderung fällig. Sie wurde gestaffelt nach der Höhe des Gesamtvermögens berechnet und verblieb zur Verfügung der „Zentralstelle“. Zumindest theoretisch sollte sie einen Fonds speisen, aus dem die Auswanderung mittelloser Jüdinnen und Juden finanziert werden sollte. Ob die auf diese Weise eingenommenen Beträge aber tatsächlich großteils für die Auswanderung verwendet worden sind, lässt sich aufgrund der lückenhaften Aktenlage nicht vollständig nachvollziehen und bleibt zu bezweifeln.

Durch die Zusammenfassung der zuständigen Behörden im Rahmen der „Zentralstelle“ hatte sich die Prozedur bei der Beschaffung der Ausreisedokumente wesentlich vereinfacht. Dennoch waren nach wie vor verschiedene Behörden, unter anderem das Finanzamt zum Begleichen von Steuern, von den Auswanderungswilligen direkt anzulaufen. Auch die Probleme bei der Beschaffung der Steuerunbedenklichkeitsbescheinigung blieben zum Teil weiter bestehen. Schwierigkeiten gab es weiterhin auch deshalb, weil laut Weisung der „Zentralstelle“ die für die Erlangung eines Reisepasses notwendigen Formulare nur an Personen ausgegeben werden durften, die bereits eine Einwanderungsbewilligung besaßen. Andererseits aber war in vielen Fällen ein Reisepass die Voraussetzung für die Erlangung einer solchen.

Obwohl sich manche Verfolgungsmaßnahmen, für die die „Zentralstelle“ nicht direkt verantwortlich war, hemmend auf die Auswanderung auswirkten, profitierte sie andererseits von der Vielzahl der antijüdischen Maßnahmen und Übergriffe, denn die dadurch geschaffene Atmosphäre der Gewalt und des Terrors veranlasste die jüdische Bevölkerung zur Flucht. Die Zentralstelle ihrerseits versuchte, vor allem durch massiven Druck auf die jüdischen Organisationen die Auswanderung voranzutreiben. Sie drohte auch mit Einweisungen in Konzentrationslager, wenn innerhalb bestimmter Fristen nicht bestimmte Auswanderungszahlen erreicht würden.

Die dominierende Stellung der „Zentralstelle“ im Kontext der jüdischen Auswanderung sollte aber nicht dazu verleiten, von einer Allmacht der „Zentralstelle“ im Rahmen der antijüdischen Maßnahmen insgesamt auszugehen. Gestapo und Sicherheitsdienst verfügten bei allem Einfluss nicht über die alleinige Autorität in deren Planung und Gestaltung. In Wien war es dem Sicherheitsdienst beziehungsweise der „Zentralstelle“ zwar gelungen, die Kontrolle über die jüdischen Einrichtungen an sich zu ziehen, aber in den übrigen Bereichen der antijüdischen Politik mussten sie mit Staat, Partei und Kommune konkurrieren.

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass die „Zentralstelle“ in der Phase der Vertreibung im Grunde genommen nichts anderes war als ein Pass- und Abgaben-Amt. Bei ihr wurden keine Schiffskarten verkauft, keine Einreisegenehmigungen verschafft und keine Beratungsgespräche für Auswanderinnen und Auswanderer angeboten. Für die administrative Vorbereitung der Auswanderung sowie den gesamten Komplex der Berufsumschichtung war fast ausschließlich die jüdische Gemeinde zuständig.

Beim organisatorischen Aufbau der „Zentralstelle“ war auf eine kühle, rationale Planung, wie sie der Sicherheitsdienst allgemein für die „Lösung großer weltanschaulicher Probleme“ forderte, geachtet worden. Bei der Auswahl des Personals, das zum allergrößten Teil aus Österreich stammte, war dies hingegen nicht der Fall: Angesichts der beinahe systematischen Rekrutierung von bis dahin gescheiterten Existenzen könnte man sogar von einer „Negativauslese“ sprechen, wie sie keinesfalls den sonst üblichen elitären Ansprüchen des Sicherheitsdienstes entsprechen konnte. Etliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der „Zentralstelle“ entpuppten sich im Zuge ihrer Tätigkeit als regelrechte „Radauantisemiten“, die ihre Ziele auch mit physischer Gewalt gegen Jüdinnen und Juden durchzusetzen suchten.

Die ursprüngliche offizielle Zielvorgabe der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“, möglichst viele Jüdinnen und Juden zur Auswanderung zu drängen, konnte im Laufe der Zeit immer schwerer erreicht werden.

Bereits bei der internationalen Flüchtlingskonferenz im französischen Nobelkurort Evian am Genfersee im Juli 1938 war klar geworden, dass die Länder der so genannten „freien Welt“ größtenteils nicht bereit waren, ihre Tore für die anströmenden Flüchtlingsmassen aus Deutschland und Österreich zu öffnen. Vor allem waren die potentiellen Immigrationsländer nicht an der Aufnahme zahlloser Menschen, die aufgrund der Beraubungsmaßnahmen ihr gesamtes Vermögen verloren hatten, interessiert.

[illegible]

Hinzu kam, dass das NS-Regime durch seine eigene antisemitische Propaganda die Aufnahmebereitschaft anderer Staaten nicht gerade positiv beeinflussten. In einem Artikel im Völkischen Beobachter (Ausgabe Wien, 14. Mai 1939) hieß es etwa:

„Sämtliche Länder (...), die das Schicksal der Juden im Dritten Reich laut beweint hatten, weigerten sich zunächst, diese ‚Bedauernswerten‘ bei sich aufzunehmen. Hinter den Beileidskundgebungen erhob sich immer deutlicher der Wille, keinesfalls eine Unzahl von Schmarotzern in das Land zu lassen. Man hatte, ohne es allerdings zuzugeben, gelernt, dass der Jude wirkliche Arbeit scheut, größtenteils auch nichts gelernt hat und ausschließlich Parasit ist, dies aber auch zu bleiben wünscht.“

Illegale Transporte

Dennoch setzten die nationalsozialistischen Verantwortlichen und insbesondere der Sicherheitsdienst weiterhin auf eine Politik der Austreibung ohne Rücksicht auf Einwanderungsmöglichkeiten, wobei auch die illegale Einwanderung in verschiedene Länder vom Sicherheitsdienst gefördert wurde. Dies galt auch für die so genannten „illegalen Transporte“ nach Palästina, die nach dem „Anschluss“ zu einem Massenrettungsprogramm für verfolgte Jüdinnen und Juden wurden. Mit Wissen des Sicherheitsdienstes brachten zionistische Organisationen unter Verstoß gegen die für das damalige britische Mandatsgebiet geltenden Einwanderungsbeschränkungen tausende Jüdinnen und Juden aus dem deutschen Herrschaftsbereich auf Schiffen nach Palästina.

Nach Kriegsbeginn verringerten sich die Einwanderungsmöglichkeiten nochmals drastisch, während andererseits die jüdische Bevölkerung im deutschen Einflussbereich als Folge der Eroberungen wieder sprunghaft anwuchs.

Reisekostenzuschüsse aus dem Ausland

Seit dem Kriegsbeginn mussten auch im Ausland lebende Verwandte österreichischer Jüdinnen und Juden in großem Rahmen Fahrtkostenzuschüsse für die Auswanderung beisteuern. Insgesamt wurden bis Ende Oktober 1941 von Angehörigen in Übersee rund 1,5 Millionen Dollar für Reisekostenzuschüsse aufgebracht. Je größer der finanzielle Druck wurde, der auf der Israelitischen Kultusgemeinden lastete, und je weniger Einwanderungsmöglichkeiten zur Verfügung standen, desto höhere Kurse musste sie für die verkauften Devisen verlangen. Diese Entwicklung lief aber dem erklärten Grundsatz des Sicherheitsdienstes, vor allem die Auswanderung Mittelloser zu fördern, zuwider.

Auch die durch die nationalsozialistischen Verfolgungs- und Beraubungsmaßnahmen bedingte Massenverarmung der jüdischen Bevölkerung wirkte direkt auf die Entscheidungen der NS-Führung zurück. Die Aussicht auf zehntausende vom NS-Staat abhängige jüdische Bedürftige, die wegen fehlender Mittel nicht emigrieren konnten, bildete ein wesentliches Hindernis für die vollständige Umsetzung der Vertreibungspolitik.

VON DER VERTREIBUNG ZUR DEPORTATION

Deportation in geplante „Judenreservate“

Längerfristig führten diese Rahmenbedingungen dazu, dass die nationalsozialistische Politik von der Option der forcierten Auswanderung nach und nach abrückte und für sie – vor allem im Zusammenhang mit der Expansion in den Osten – andere Möglichkeiten, sich der jüdischen Bevölkerung zu entledigen, Gestalt annahmen. Dabei wurde zunächst die Schaffung jüdischer Siedlungsgebiete (so genannter „Reservate“) ins Auge gefasst, etwa im Gebiet des so genannten „Generalgouvernements“ (einem Teil des eroberten Polen). Im Zuge solcher Überlegungen fanden auf Eichmanns Initiative bereits im Oktober 1939 erste Deportationen

aus Wien statt. Spätestens mit den Planungen für den deutschen Überfall auf die Sowjetunion, also ab Frühjahr 1941, traten dann die Pläne zu einer direkten physischen Vernichtung in den Vordergrund.

Eine treibende Rolle im Hinblick auf den Beginn und die Intensivierung der Deportationen spielte der (aus dem „Altreich“ stammende) Baldur von Schirach, der nach seiner Ernennung zum Reichsstatthalter und Gauleiter von Wien im Sommer 1940 seinem Idol Adolf Hitler so schnell wie möglich die „Erfolgsmeldung“ des „Fest[es] des judenfreien Wien“ übermitteln und gleichzeitig für die nichtjüdische Bevölkerung zusätzlichen Wohnraum schaffen wollte. So war es wesentlich auf von Schirachs Drängen zurückzuführen, dass die ersten Massendeportationen bereits im Februar und März 1941 von Wien in das „Generalgouvernement“, Distrikt Lublin, abgefertigt wurden.

Systematische Zwangsverschickung

Die Periode der Zwangsauswanderung lässt sich nicht klar gegen die Deportationsphase abgrenzen. Vielmehr war die Zeit zwischen Kriegsbeginn und dem Stopp und Verbot der jüdischen Auswanderung im Herbst 1941 durch eine Zweigleisigkeit von erzwungener Auswanderung und Deportationen charakterisiert. Die „Zentralstelle“ verfügte nun über ein weiteres Druckmittel, um – trotz des drastischen Rückgangs der Einwanderungsmöglichkeiten – die Auswanderung weiterhin zu erzwingen: die Drohung mit der Zwangsverschickung.

Bereits in der Periode der forcierten Auswanderung war in der „Zentralstelle“ der amtliche Betrieb eingeübt worden, der dann bei der Deportation der Jüdinnen und Juden angewendet wurde. Die Wiener „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ behielt ihren ursprünglichen Namen auch noch unverändert bei, als sie sich längst in eine Zentrale zur Organisation der Deportationen verwandelt hatte. Diese Tatsache ist charakteristisch für die von der „Zentralstelle“ angewandten Methoden: Ihre Mitarbeiter operierten systematisch mit Irreführung und Täuschung der Opfer. So wurden die Begriffe „Auswanderung“ und „Abwanderung“ bewusst sowohl für die Auswanderung als auch für die Deportation benutzt. Bei den Deportationen nach Theresienstadt war von „Wohnsitzverlegung“ die Rede.

Ähnlicher Missbrauch wurde mit den Begriffen „Umschulung“ und „Umschichtung“ betrieben: So trugen zwei Lager für jüdische Zwangsarbeiter, die die „Zentralstelle“ in der österreichischen Provinz eingerichtet hatte und unterhielt (Doppl im Mühlviertel in Oberösterreich und Gut Sandhof bei Waidhofen an der Ybbs in Niederösterreich), die euphemistische Bezeichnung „Umschulungslager“.

Ausreiseverbot für Juden und die systematische Vernichtung

Die Periode der forcierten Auswanderung endete offiziell am 23. Oktober 1941. Ab diesem Zeitpunkt galt ein Ausreiseverbot für alle Jüdinnen und Juden im gesamten deutschen Machtbereich. Drei Monate nach dem Auswanderungsstopp wurde auf der so genannten „Wannsee Konferenz“ am 20. Jänner 1942 die Koordinierung aller am Massenmord an den Jüdinnen und Juden beteiligten Dienststellen beschlossen. Zu diesem Zeitpunkt war allerdings der Völkermord bereits voll im Gange. In Polen und in der Sowjetunion waren bereits über 500.000 Jüdinnen und Juden erschossen oder in Gaswagen ermordet worden.

In Österreich waren bis zum Auswanderungsverbot vom 23. Oktober 1941 weit über 130.000 Jüdinnen und Juden im Sinne der „Nürnberger Gesetze“ (von geschätzten 205.000 zur Zeit des „Anschlusses“) unter Zwang ausgewandert. Von diesen wurden allerdings später rund 16.000 in anderen europäischen Ländern wieder von den Verfolgern eingeholt und deportiert. Vor allem für die ersten Monate der NS-Herrschaft in Österreich existieren keine gesicherten Zahlen über die jüdische Auswanderung, aber auch die Zahlen für die Zeit danach können nach gegenwärtigem Forschungsstand nicht ganz präzise festgelegt werden. Unter Heranziehung unterschiedlicher Quellen lässt sich eine Zahl von schätzungsweise 35.000 für die Zeit von Mitte März bis Ende August 1938 (also bis zum Zeitpunkt der Zentralstellengründung) errechnen, wobei aber wahrscheinlich nur die „Glaubensjuden“ erfasst sind. Von den mindestens 130.000 ausgewanderten Jüdinnen und Juden sind also grob geschätzt rund 95.000 erst nach der Gründung der „Zentralstelle“ und durch deren Aktivitäten aus Österreich vertrieben worden.

Deportation in die Ghettos und Vernichtungslager

Jenen Jüdinnen und Juden, denen nicht rechtzeitig die Auswanderung gelungen war, stand das Schlimmste bevor. Sie wurden anfangs in Ghettos in den besetzten Ostgebieten abgeschoben und, sofern sie die dort herrschenden Existenzbedingungen überlebt hatten, in Vernichtungslager abtransportiert oder auf andere Weise ermordet. Insgesamt wurden aus Österreich mindestens 46.500 Jüdinnen und Juden deportiert. Unter Hinzuzählung jener Personen, die ab 1938 in verschiedene europäische Länder geflüchtet und dort später wieder in deutsche Hände gefallen waren, ist nach gegenwärtigem Forschungsstand von einer Gesamtzahl von rund 65.000 österreichischen jüdischen Opfern des Nationalsozialismus auszugehen.

In Österreich, wo nur aus Wien deportiert wurde, war ausschließlich die „Zentralstelle“ für die Organisation der Deportationen zuständig. Im „Altreich“, wo die jüdische Bevölkerung über viele verschiedene Städte verstreut lebte, kam hingegen den lokalen Staatspolizeistellen diese Aufgabe zu.

In Wien wurden die Opfer bei den so genannten „Aushebungen“ durch bei der „Zentralstelle“ beschäftigte SS-Männer gewaltsam aus ihren Wohnungen in die so genannten „Sammellager“ verschleppt. Dort fanden unmittelbar vor der Zwangsverschickung die so genannten „Kommissionierungen“ statt, wobei den Betroffenen alle noch in ihrem Besitz befindlichen mobilen Wertgegenstände sowie das Bargeld abgenommen wurden – vielfach unter Anwendung von Gewalt. Festzuhalten bleibt, dass die Opfer bereits lange vorher die Verfügungsgewalt über ihr Vermögen weitestgehend verloren hatten. Erwiesenermaßen hat sich das Personal der „Zentralstelle“ sowohl bei den „Aushebungen“ und den „Kommissionierungen“ als auch im Zuge der weiteren Verwertung des jüdischen Vermögens nicht unwesentlich bereichert. Am Ende der „Kommissionierung“ mussten die Opfer durch Unterzeichnung einer „Sondervollmacht“ ihr gesamtes ihnen noch verbliebenes Vermögen der „Zentralstelle“ überschreiben. Ihre Personaldokumente wurden zerrissen – gewissermaßen eine Vorwegnahme der bevorstehenden physischen Vernichtung.

Raub des Vermögens der Deportierten

Das Vermögen der Deportierten wurde anfangs von der „Zentralstelle“ selbst verwaltet und verwertet, wobei letztere auch Außenstände der Betroffenen eintrieb. Während zuvor zum Teil noch aufwändigere Prozeduren zur Enteignung notwendig gewesen waren, fiel mit der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom November 1941 das Vermögen der Betroffenen bei Überschreiten der „Reichsgrenzen“ – auch wenn dies unfreiwillig geschah – automatisch dem „Deutschen Reich“. Betroffen war auch das Vermögen all jener, die das „Reich“ zuvor durch Auswanderung verlassen hatten. Nach Erlass der 11. Verordnung war nicht mehr die „Zentralstelle“ für die Verwaltung und Verwertung der zurückgelassenen Vermögen zuständig. Vielmehr fiel diese Aufgabe nun direkt in die Zuständigkeit der Oberfinanzpräsidenten Wien bzw. Berlin (und damit der Finanzbehörden).

Zumindest teilweise verblieben die der „Zentralstelle“ bei den frühen Deportationen (also vor Erlass der 11. Verordnung) zugefallenen Vermögenswerte in ihrer Verfügungsgewalt, wobei sie sie nach ihrem Ermessen „zur Finanzierung der Maßnahmen zur Endlösung der Judenfrage“ verwendete. Der Reichsrechnungshof, der unter anderem überprüfen wollte, ob das jüdische Vermögen tatsächlich in die Kassen des „Reiches“ gelangte oder aber in anderen Kanälen versickerte, sprach 1942 im Hinblick auf die „Zentralstelle“ von einer „Undurchsichtigkeit der gesamten Finanzgebarung“.

DIE AUFLÖSUNG DER „ZENTRALSTELLE“

Ab Kriegbeginn gingen die Zahl der Auswanderer und damit auch der Geschäftsumfang der „Zentralstelle“ schlagartig zurück. Von nun an drängten auch die Reichsfinanzverwaltung und die oberste Finanzbehörde im ehemaligen Österreich – der Oberfinanzpräsident – auf eine Übernahme der Liegenschaft durch eine andere Stelle. Interessenten waren unter anderem die Deutsche Luftwaffe (Luftzeuggruppe 17 in Wien) und die unter prominenter Leitung stehende Südosteuropagesellschaft in Wien (Präsident war der Reichsstatthalter in Wien, Baldur von Schirach, Ehrenpräsident Reichswirtschaftsminister Walther Funk).

Auszug aus dem Palais in der Prinz-Eugen-Straße

Ungeachtet dieses Drucks gelang es der „Zentralstelle“, in der Mitte 1941 noch etwa 25 bis 30 Personen beschäftigt waren, ihren Betrieb in der Prinz-Eugen-Straße bis Sommer 1942 aufrecht zu erhalten. Allerdings war bereits im Mai desselben Jahres die Liegenschaft von der Versorgungsanstalt der Deutschen Reichspost, Dresden, um 2,23 Mill. Reichsmark erworben worden, wobei der Kaufpreis auf das Konto des Reichstreuhänders für die ehemaligen Rothschildschen Vermögen geflossen war. Einige Parzellen der Liegenschaft erwarb die Reichspost erst 1943 um weitere 59.600 Reichsmark.

Im Sommer 1942, als fast alle österreichischen Jüdinnen und Juden bereits deportiert waren, übersiedelte die „Zentralstelle“ in ein Gebäude in der Castellezgasse 35 (eine ehemalige jüdische Schule, die als Sammellager für die Deportationen genutzt worden war) und wurde im Frühjahr 1943 aufgelöst. Die Agenden für die knapp 8.000 noch in Wien lebenden Jüdinnen und Juden übernahm die Wiener Gestapo.

„ZENTRALSTELLE“: MODELL FÜR DIE ORGANISATION VON VERTREIBUNG UND DEPORTATION

Das in Wien erprobte System, Beamte aus allen an der Auswanderung beteiligten Behörden in einer Zentralstelle zusammenzufassen und die jüdischen Organisationen zu instrumentalisieren, hatte bald Anerkennung durch höchste Reichsstellen gefunden.

Dr. Franz Meyer, der stellvertretende Vorsitzende der Zionistischen Organisation Deutschlands, wurde im Februar 1939 nach Wien berufen, um dort die Arbeitsmethoden der „Zentralstelle“ kennen zu lernen und sie in Berlin zur Anwendung zu bringen. Beim Eichmann-Prozess in Jerusalem erinnerte er sich später an das Zusammentreffen mit Eichmann:

„Früher war er so ein kleiner Beamter gewesen, ein guter Bürokrat, der seinen Pflichten nachkommt, Berichte schreibt und verfasst. Hier plötzlich saß ein Mann, der in seiner Unverschrämtheit Herr über Leben und Tod war, grob, anraunzte, wir durften uns überhaupt nicht seinem Tisch nähern, wir mussten die ganze Zeit stehen.“

Die in der Wiener „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ bei der Vertreibung und später bei der Deportation der Jüdinnen und Juden entwickelten Strategien und Techniken wurden zum Modell für ähnliche Vorgangsweisen bzw. Einrichtungen im so genannten „Altreich“ sowie in den von Deutschland besetzten europäischen Ländern.

In Berlin wurden Anfang 1939 nach Wiener Vorbild die „Reichszentrale für die jüdische Auswanderung“ und eine lokale „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ geschaffen. Eichmann und ein Teil seiner Wiener Mitarbeiter wurden im Sommer 1939, nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei und der Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ im Frühjahr desselben Jahres, mit der Einrichtung einer „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ in Prag betraut.

DIE VERNETZUNG DES TERRORS IM „REICHSSICHERHEITSHAUPTAMT“

Im Herbst 1939 wurde durch die Zusammenfassung der bis dahin gesondert geführten zentralen Ämter der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in Berlin gegründet, in das die Gestapo als Abteilung IV integriert wurde.

Mit dem RSHA war die Zentrale nationalsozialistischer Terrorherrschaft geschaffen, über die nahezu die gesamte Verfolgungs- und Vernichtungspolitik des „Dritten Reiches“ gesteuert wurde.

Um die Jahreswende 1939/1940 schuf der Leiter des RSHA, Reinhard Heydrich, eine Dienststelle IV-D-4 („Räumungsangelegenheiten“), die die von der NS-Führung geplanten großen Bevölkerungsverschiebungen in den neu eroberten Gebieten des ehemaligen Polen zentral koordinieren sollte, und ernannte Eichmann zu ihrem Chef. Im Konkreten ging es in dieser Phase vor allem um die Aussiedlung der polnischen und jüdischen Bevölkerung aus dem dem „Reich“ eingegliederten Teil Polens (dem so genannten „Warthegau“). Im Zuge der beginnenden Vorbereitungen für die physische Vernichtung wurde das Referat im März 1941 unter Erweiterung seiner Zuständigkeit in IV B 4 („Juden- und Räumungsangelegenheiten“) umbenannt.

TÄTIGKEIT DES EICHMANN-REFERATS

Das Eichmann-Referat im RSHA koordinierte schließlich die technische Durchführung der Judendeportationen aus ganz Europa und wurde damit zu jenem Fachreferat, dem – mit Ausnahme des Mordvorgangs selbst – die verwaltungsmäßige Durchführung und Abwicklung der „Endlösungsmaßnahmen“ oblag und das deshalb mit weit reichenden sicherheitspolizeilichen Befugnissen versehen wurde. Das Eichmann-Referat gab die „Richtlinien zur technischen Durchführung“ der Deportationen heraus und sandte sie den für die Erfassung des zu deportierenden Personenkreises örtlich zuständigen Evakuierungsdienststellen zu. In Wien war dies die „Zentralstelle“.

Eichmann hielt auch nach seinem Weggang aus Wien engen Kontakt zur Wiener Stelle aufrecht, auch wenn zunächst für kurze Zeit der Deutsche Rolf Günther und bald darauf der Österreicher Alois Brunner die Leitung übernahmen. Nach Gründung des RSHA erhielt die Wiener „Zentralstelle“ – ungeachtet ihrer formalen Unterstellung unter den Inspekteur der Sicherheitspolizei in Wien - ihre Weisungen direkt vom Eichmann-Referat.

Alois Brunner „avancierte“ später zum führenden Deportationsfachmann bei den Zwangsverschickungen aus ganz Europa. An verschiedenen Orten, von denen aus deportiert wurde, aber auch im Eichmann-Referat im RSHA in Berlin waren Männer im Einsatz, die ihre „Karriere“ vielfach in der Wiener „Zentralstelle“ begonnen hatten. Auch die drei Lagerkommandanten des jüdischen Ghettos Theresienstadt, das der Prager Zentralstelle unterstellt war, waren Österreicher und „Eichmann-Männer“.

**DAS PERSONAL DER „ZENTRALSTELLE
FÜR JÜDISCHE AUSWANDERUNG“
UND DIE SD-BOSSE IN WIEN**

DAS PERSONAL DER „ZENTRALSTELLE FÜR JÜDISCHE AUSWANDERUNG“ IN WIEN

Die „EICHMANN-MÄNNER“

Das Personal der im August 1938 gegründeten Wiener Zentralstelle wurde ab Frühherbst desselben Jahres kontinuierlich aufgestockt, und zwar fast ausschließlich mit Österreichern. Die Betroffenen verfügten weder über Erfahrungen im Verwaltungsbereich, noch hatten sie vor 1938 der Polizei oder dem Sicherheitsdienst (SD) angehört. Nur zum Teil waren sie bereits in der Zwischenkriegszeit der SS beigetreten. Neben langjährigen NSDAP-Mitgliedern gab es auch einige so genannte „Märzveilchen“, die erst nach dem „Anschluss“ zur Partei gestoßen waren. Vor 1938 waren die Mitarbeiter der Zentralstelle zumeist nicht als besonders rabiate Antisemiten hervorgetreten.

Die „Eichmann-Männer“ gehörten mit Ausnahme von Anton Brunner alle mehr oder weniger derselben Altersgruppe an: Sie waren etwas jünger als Adolf Eichmann und etwa im selben Alter wie der Deutsche Herbert Hagen (geboren 1913), der von 1937 bis 1939 das „Judenreferat“ (die Abteilung II 112) im SD-Hauptamt in Berlin leitete und anfangs Eichmanns unmittelbarer Vorgesetzter war.

Die österreichischen SS-Männer waren beim Eintritt in die „Zentralstelle“ zumeist zwischen 25 und 30 Jahre alt. Zu ihnen zählten (in alphabetischer Reihenfolge) Ernst Brückler (geboren 1912), Alois Brunner (geboren 1912), Anton Burger (geboren 1911), Ferdinand Daurach (geboren 1912), Herbert Gerbing (geboren 1914), Ernst Girzick (geboren 1911), Richard Hartenberger (geboren 1911), Franz Novak (geboren 1913), Karl Rahm (geboren 1907), Alfred Slawik (geboren 1913), Franz Stuschka (geboren 1919), Robert Walcher (geboren 1907), Josef Weiszl (geboren 1912) und Anton Zita (geboren 1909).

Bis auf die beiden Kärntner Franz Novak und Robert Walcher stammten alle Genannten aus Ostösterreich – aus Wien, Niederösterreich und dem Burgenland – beziehungsweise ursprünglich aus den 1918 selbständig gewordenen Gebieten der ehemaligen Monarchie.

Alle hatten – wie Eichmann – in den 1930er Jahren scharfe Brüche in ihrem beruflichen Werdegang erlebt. Keinem von ihnen war es gelungen, sich in Österreich vor dem „Anschluss“ eine auch nur einigermaßen gesicherte Existenz aufzubauen, und fast alle waren über mehr oder weniger lange Zeit arbeitslos gewesen. Zum Teil waren sie nach dem Verbot der NSDAP in Österreich 1933 zur „Österreichischen Legion“ im damaligen „Deutschen Reich“ gestoßen.

Zur Zeit des „Anschluss“ arbeitete keiner von ihnen in dem Beruf, den er erlernt oder längere Zeit ausgeübt hatte. Alle suchten eine neue Anstellung, und zwar im öffentlichen Dienst beziehungsweise im Parteiapparat. Nach dem März 1938 gelang ihnen durch den Beitritt zur SS der Aufstieg in eine vermeintliche Eliteorganisation.

„In der schwarzen Uniform konnten (...) [sie] als ‚Herrenmenschen‘ agieren, konnten nach Belieben ‚jüdische Untermenschen‘ herumkommandieren, anbrüllen, erniedrigen und misshandeln. Dafür benötigten sie weder Ausbildung noch ideologische Schulung: Antisemitismus musste ihnen nicht erst beigebracht werden“, schreibt der österreichische Zeithistoriker Hans Safrian in „Eichmann und seine Gehilfen“.

Ab Sommer 1939 wurden immer wieder ganze Gruppen des Personals aus der Zentralstelle abgezogen: Nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei und der Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ wurde Adolf Eichmann zunächst mit dem Aufbau einer „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ in Prag nach Wiener Vorbild beauftragt, um die Vertreibung der Juden auch aus diesem Gebiet systematisch durchzuführen.

Ihm folgten unter anderem Anton Burger, Franz Novak, Karl Rahm, Franz Stuschka und Josef Weiszl.

Nach der Einrichtung des „Eichmann-Referats“ im Reichssicherheitshauptamt in Berlin waren auch dort viele ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wiener Zentralstelle tätig – SS-Männer ebenso wie Sekretärinnen und Fahrer.

Auch in den so genannten „Umschulungslagern“ Doppl (Oberösterreich) und Sandhof (Niederösterreich), die der Zentralstelle unterstellt und de facto Zwangsarbeitslager für Juden waren, taten SS-Männer aus der Zentralstelle Dienst – unter ihnen Slawik, Walcher, Weiszl und Zita.

Einige der genannten SS-Männer traten bei der Durchführung der Deportationen aus Wien, vor allem bei den so genannten „Aushebungen“ beziehungsweise als SS-Aufseher in den Sammellagern, besonders brutal auf. Namentlich gilt dies für Gerbing, Weiszl, Brückler, Slawik und Zita.

Die österreichischen SS-Männer aus der Wiener Zentralstelle wickelten die Deportationen so rasch und effizient ab, dass sie in den folgenden Jahren auch in anderen Ländern Europas mit ähnlichen Aufgaben betraut wurden. Sie setzten ihre gnadenlosen Menschenjagden nun in jenen Gebieten fort, in denen die Deportationen ins Stocken geraten waren oder sich verzögert hatten: zunächst im Frühjahr 1942 in der Slowakei (Slawik, Brückler, Gerbing und Walcher) sowie zwischen März und August 1943 in Saloniki (Brunner, Gerbing, Zita, Brückler und Slawik), von wo unter ihrer Mitwirkung etwa 45.000 Menschen deportiert wurden.

Ab Mitte 1943 waren einige von ihnen in Paris im Einsatz (Alois Brunner, Brückler, Gerbing, Zita und Weiszl, ferner Anton Söllner, Josef Ullmann, Josef Csasny und Max Koppel). Im Juli 1943 übernahmen Alois Brunner und seine Mannschaft das Kommando über das Sammellager Drancy bei Paris – einer Zwischenstation auf dem Weg in die Vernichtungslager. Besonders brutale Menschenjagden fanden im Herbst 1943 an der Côte d'Azur statt, wo auch viele nichtfranzösische Verfolgte Zuflucht gesucht hatten. Dort waren Alois Brunner, Brückler, Ullmann, Zita und Gerbing aktiv.

Nach der Kapitulation Italiens und der Ausdehnung der deutschen Besatzungsherrschaft auf ganz Griechenland waren dort unter anderem Burger und Slawik als Deportationsexperten im Einsatz. Ab Spätherbst 1944 beziehungsweise im Winter 1944 / 45 waren „Eichmann-Männer“ nochmals in der Slowakei tätig, diesmal unter der Leitung von Alois Brunner.

Ab Frühjahr 1944 befehligte Eichmann persönlich ein „SS-Sondereinsatzkommando“ in Ungarn, dem unter anderem noch Novak, Seidl, Girzick, Hartenberger und Slawik angehörten. Bis Ende Mai 1944 waren durch die Tätigkeit dieses Sonderkommandos bereits 116.000 Juden aus Ungarn deportiert worden.

Eichmanns Männer genossen es augenscheinlich, Herren über Leben und Tod zu sein. Sie hatten keinerlei Bedenken, persönliche Vorteile aus der individuellen und kollektiven Not ihrer Opfer zu ziehen. Sie „arisieren“ Wohnungen, bereicherten sich persönlich an den mobilen Wertgegenständen von Verfolgten und zogen einzelne Entrechtete sogar zu Sklavenarbeiten für persönliche Zwecke heran.

Das „jüdische Ghetto“ Theresienstadt – de facto ein Konzentrationslager und Durchgangslager in die Vernichtungslager – unterstand der Prager Zentralstelle und in weiterer Linie dem „Eichmann-Referat“ im Reichssicherheitshauptamt in Berlin. Alle drei Lagerkommandanten von Theresienstadt – (in chronologischer Reihenfolge) Siegfried Seidl, Anton Burger und Karl Rahm – waren Österreicher und „Eichmann-Männer“.

DAS PERSONAL DER „ZENTRALSTELLE FÜR JÜDISCHE AUSWANDERUNG“ IN WIEN

Zum Beispiel **ADOLF EICHMANN**

Eichmann wurde 1906 in Solingen (Deutschland) als Sohn eines Buchhalters geboren. Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs übersiedelte die Familie nach Linz, Oberösterreich. Eichmann arbeitete zunächst als Verkäufer, später als Vertreter bei der Vacuum Oil Company AG, einer Tochterfirma von Standard Oil. 1935 heiratete er Vera Liebls, mit der er vier Söhne hatte (geboren zwischen 1936 und 1955 in Berlin, Wien, Prag und Buenos Aires).

1932 trat Eichmann der NSDAP bei, wenig später der SS. Nach dem Verbot der NSDAP 1933 verließ er Österreich und schloss sich in Bayern der „Österreichischen Legion“ an, einer Wehrformation, die sich auf die Übernahme Österreichs durch die Nationalsozialisten vorbereitete. Ende 1934 meldete er sich freiwillig zum Hauptamt des Sicherheitsdienstes in Berlin. Ab 1935 war er im SD-Hauptamt als Sachbearbeiter in der Abteilung II 112 tätig, die sich mit der Überwachung und Kontrolle jüdischer Organisationen befasste.

Nach dem „Anschluss“ kam Eichmann als Vertreter der Abteilung II 112 zum SD-Oberabschnitt Donau in Wien. Ende August 1938 wurde der damalige SS-Untersturmführer mit der Leitung der neu gegründeten Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien betraut.

Im März 1939 wurde Eichmann nach Prag delegiert, um dort nach dem Wiener Modell eine Stelle gleichen Namens aufzubauen. In dem nach Kriegsbeginn eingerichteten Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in Berlin wurde er Leiter des Referats IV D 4 (später IV B 4), das schließlich für die organisatorische Vorbereitung und Durchführung der Deportationen aus ganz Europa verantwortlich war. Eichmann wurde im November 1941 von Heinrich Himmler zum SS-Obersturmbannführer befördert.

Nach der deutschen Besetzung Ungarns im Frühjahr 1944 leitete er dort als Chef eines „Sondereinsatzkommandos“ persönlich die Deportationen in die Vernichtungslager.

Nach Kriegsende flüchtete Eichmann aus einem US-amerikanischen Internierungslager und lebte in einem Dorf in Norddeutschland als Holzfäller. 1950 gelangte er mit Hilfe des Vatikans (Bischof Alois Hudal) über die so genannte „Rattenlinie“ nach Argentinien, wo er mit seiner Familie unter bescheidenen Verhältnissen lebte.

Er wurde schließlich in Buenos Aires aufgespürt und 1960 von einem Angehörigen des israelischen Geheimdienstes nach Israel verbracht. In Jerusalem wurde ihm 1961 der Prozess gemacht. In der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni 1962 wurde das Todesurteil durch Hängen vollstreckt. Der Leichnam wurde verbrannt, die Asche ins Meer gestreut.

DAS PERSONAL DER „ZENTRALSTELLE FÜR JÜDISCHE AUSWANDERUNG“ IN WIEN

Zum Beispiel **ALOIS BRUNNER** = „**BRUNNER I**“

Alois Brunner wurde 1912 in Rohrburn/ Burgenland geboren. Er arbeitet zunächst als Handelange-stellter und trat 1931 in die NSDAP sowie bald darauf auch in die SA ein. Er wurde arbeitslos und schloss sich schließlich in Deutschland der „Österreichischen Legion“ an. Anfang April 1938 kehrte er mit der Legion nach Österreich zurück. Im Herbst 1938 trat er dem Sicherheitsdienst bei und stieß zur „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“. Offiziell übernahm er zwar erst im Jänner 1941 deren Leitung, doch wurde er bereits 1939 – nach dem Weggang Eichmanns - zum entscheidenden Mann. Vor allem in der Phase der Deportationen prägte er – im negativsten Sinn – das Gesicht der Wiener „Zentralstelle“. Brunner wurde oft als die „rechte Hand“ von Adolf Eichmann bezeichnet und galt als dessen bester Freund.

Im April 1940 wurde Brunner zum SS-Untersturmführer, im Jänner 1942 zum SS-Hauptsturmführer befördert.

Brunner war auch maßgeblich an den Judendeportationen aus anderen Ländern Europas beteiligt: im Spätherbst 1942 in Berlin, schließlich in Griechenland, Frankreich und der Slowakei.

Nach Kriegsende lebte Brunner bis 1953 unter wechselnden Namen und Tätigkeiten in Österreich und Deutschland. Er wurde mehrmals von der US-amerikanischen und der britischen Besatzungs-macht verhaftet, aber stets wieder freigelassen. Seine Ehefrau Anni, eine ehemalige Sekretärin der Wiener „Zentralstelle“, hatte im Dezember 1945 in Wien eine Tochter von ihm zur Welt gebracht.

Mitte der 1950er Jahre floh Brunner unter dem Namen Dr. Georg Fischer nach Kairo und von dort später nach Damaskus (Syrien), wo er unbehelligt unter dem Schutz der lokalen Behörden lebte.

In Frankreich wurde Brunner bereits 1954 in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Noch 1985 brüstet er sich öffentlich damit, Wien »judenrein« gemacht zu haben.

DAS PERSONAL DER „ZENTRALSTELLE FÜR JÜDISCHE AUSWANDERUNG“ IN WIEN

Zum Beispiel **ANTON BRUNNER** = „**BRUNNER II**“

Anton Brunner wurde 1898 in Bregana im Bezirk Zagreb (Kroatien) geboren. Er kam mit seinen Eltern nach Wien und nahm als Soldat am Ersten Weltkrieg teil. In den 1920er Jahren war er Angestellter in einem Industrieunternehmen und Buchhalter; er gehörte der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaft an. In der Zeit von 1934 bis 1938 war er arbeitslos.

Nach dem „Anschluss“ 1938 trat er als Sachbearbeiter in den Dienst des „Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“. Im Amt des „Stillhaltekommissars für Vereine, Organisationen und Verbände“ in Wien war er mit der Auflösung konfessioneller – vor allem jüdischer – Vereine und der Erfassung und Verwertung von deren Vermögen beschäftigt. Spätestens seit dem Frühjahr 1939 war er Mitglied der NSDAP. Erst im Sommer 1939 wechselte Anton Brunner, der nicht der SS angehörte, in die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ in Wien über. Bis etwa Ende 1940 oblag ihm dort die Aufsicht über die jüdische „Berufsumschichtung“ zum Zwecke der Auswanderung sowie über die Liquidation der israelitischen Kultusgemeinden in der Provinz. Zur Unterscheidung von seinem zeitweiligen Chef Alois Brunner wurde Anton Brunner auch „Brunner II“ genannt.

1941 führte Anton Brunner im Rahmen der „Zentralstelle“ die Registrierung sämtlicher in Wien lebender Juden durch – eine Vorbereitungsmaßnahme für die Deportationen. Während der Deportationen wurde er binnen Kurzem der für die so genannten „Kommissionierungen“ zuständige Sachbearbeiter in den Sammellagern in Wien-Leopoldstadt. In dieser Funktion entschied er, wer von den bereits eingelieferten Personen deportiert und wer aus besonderen Gründen entlassen werden sollte. Ebenso war er in den Sammellagern für die Ablieferung der letzten Vermögenswerte durch die Opfer zuständig.

Ab Jänner 1943 war er schließlich Abteilungsleiter der Buchhaltung für den „Auswanderungsfonds Böhmen und Mähren“, Verwaltungsstelle Prag, und befasste sich in dieser Funktion mit der Verwaltung der Häuser und Liegenschaften der vertriebenen und deportierten Jüdinnen und Juden des „Protektorats“.

Wegen unzähliger Übergriffe bei der Durchsuchung der zur Deportation bestimmten Menschen in den Sammellagern in den Jahren 1941 und 1942 wurde im September 1945 vor dem Volksgericht Wien ein Verfahren nach dem Kriegsverbrechergesetz gegen Anton Brunner eingeleitet. Er wurde der Quälereien und Misshandlungen, teilweise mit Todesfolge, sowie der Verletzung der Menschenwürde beschuldigt. Wegen seiner Mitwirkung an den Deportationen wurde darüber hinaus Anklage gemäß Paragraph 5 a des Kriegsverbrechergesetzes erhoben. Dieser Paragraph stellte die Vertreibung aus der Heimat unter Strafe: Wer daran führend mitgewirkt hatte, war mit dem Tode zu bestrafen.

Anton Brunner bekannte in seinen polizeilichen und gerichtlichen Aussagen, dass er mit den Deportationen einverstanden und daher bemüht gewesen sei, deren radikale und vollständige Durchführung zu gewährleisten.

Am 10. Mai 1946 wurde Anton Brunner vom Volksgericht Wien zum Tode verurteilt und 14 Tage später hingerichtet.

DAS PERSONAL DER „ZENTRALSTELLE FÜR JÜDISCHE AUSWANDERUNG“ IN WIEN

Zum Beispiel **JOSEF WEISZL**

Weiszl wurde 1912 in Felsöderna, Rumänien, geboren. Er kam als Kleinkind mit seinen Eltern nach Wien. Weiszl war gelernter Verkäufer. Nach eigenen Angaben gehörte er in den späten 1920er Jahren der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und während des „Ständestaates“ der „Vaterländischen Front“ an. In den 1930er Jahren war er immer wieder arbeitslos.

Nach dem „Anschluss“ trat Weiszl der NSDAP bei. Sein Schwager, Wilhelm Höttl, der bereits während der Zeit der Illegalität der NSDAP für den Sicherheitsdienst der SS (SD) in Österreich gearbeitet hatte, erleichterte Weiszls Eintritt in den SD: Seit November 1938 gehörte Weiszl dem SD mit Sitz in der Wiener Theresianumgasse 14 an. Von dort wurde er der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ zugeteilt, bei der er bis Mitte 1939 im Innendienst tätig war.

Nach einem Einsatz bei der Prager „Zentralstelle“ wurde Weiszl Anfang 1940 als Lagerführer nach Doppl in Oberösterreich versetzt. In dem als „Umschulungslager“ getarnten SS-Lager, das der „Zentralstelle“ unterstand, wurden jüdische Männer zur Zwangsarbeit eingesetzt.

Ende 1941 kam Weiszl zurück nach Wien, wo er sich im Zuge der Deportationen bis August 1942 an den „Aushebungen“ von Juden und deren Überstellung in die Sammellager beteiligte. Aufgrund seiner Erfahrungen bei den Deportationen wurde er im August 1942 nach Berlin versetzt, anschließend war er von März bis Juni 1943 in Prag tätig. Im Juli 1943 wurde er nach Paris delegiert, wo er sich ebenfalls an den Judenrazzien beteiligte. Bis März 1944 gehörte er der SS-Mannschaft im Lager Drancy an – einer Transitstation auf dem Weg in die Vernichtungslager. Nach einem Einsatz in Lyon kehrte er im November 1944 nach Prag zurück.

Weiszl, ab 1943 SS-Oberscharführer, war an zahlreichen Menschenjagden in Wien, Berlin, Prag und Paris beteiligt und als Sadist berüchtigt. Er malträtierte seine Opfer mit Fußtritten, Faustschlägen und einer Reitpeitsche und wurde oft als der „Bluthund Brunners“ (seines Vorgesetzten Alois Brunner) bezeichnet.

1947 wurde Weiszl an Frankreich ausgeliefert und 1949 vom Militärgerichtshof in Paris zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. Ende 1955 wurde er auf Grund eines Erlasses, wonach alle in Frankreich internierten Österreicher in Freiheit zu setzen waren, aus der französischen Haft entlassen. Er kehrte nach Wien zurück, wo er unbehelligt von Polizei und Justiz seinen Lebensabend verbrachte. Der ehemalige SS-Lagerleiter Weiszl wurde als „Spätheimkehrer“ sogar von der Heimkehrerfürsorge erfasst.

DAS PERSONAL DER „ZENTRALSTELLE FÜR JÜDISCHE AUSWANDERUNG“ IN WIEN

Zum Beispiel **FRANZ NOVAK**

Novak wurde 1913 in Wolfsberg/ Kärnten geboren. Er gehörte schon in seiner Jugend dem „Deutschen Turnerbund“ an und trat 1929 der Hitler-Jugend, 1933 der NSDAP und der SA bei. In seinem ursprünglichen Beruf war Novak Schriftsetzer.

1934 beteiligte er sich in Kärnten am „Juliputsch“ der damals illegalen Nationalsozialisten. Nach dem Scheitern des Putschversuchs floh er zunächst nach Jugoslawien und dann nach Deutschland, wo er zur „Österreichischen Legion“ stieß. Kurz nach dem „Anschluss“ 1938 kehrte er mit der Legion nach Österreich zurück. Nach deren Auflösung trat er im Juli 1938 in die SS ein. Als sich sein Wunsch um eine Anstellung bei der Staatsdruckerei nicht erfüllte, bewarb er sich um eine Tätigkeit beim SD. Dort war er im Sommer 1938 zwei Monate lang als „Zivilangestellter“ beschäftigt, ehe er im Frühherbst 1938 der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ zugeteilt wurde. Er blieb dort aber nur etwas mehr als sechs Monate. In den folgenden Jahren wechselte er die Schauplätze seiner Karriere immer im Gleichschritt mit Eichmann: Er begleitete ihn 1939 Prag, um dort beim Aufbau einer „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ behilflich zu sein. Anschließend war Novak im „Eichmann-Referat“ des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin tätig. 1941, nach der Zerschlagung Jugoslawiens, beteiligte er sich maßgeblich an der Vertreibung von Sloweninnen und Slowenen aus der dem „Deutschen Reich“ („Gau Kärnten“) angeschlossenen „Oberkrain“.

Im „Eichmann-Referat“ war er Sachbearbeiter für „Transport- und Fahrplanfragen“: In dieser Funktion war er mit der Koordinierung der Transportzüge zu den Todeslagern befasst. Er erhielt deshalb nach dem Krieg den Beinamen „Fahrdienstleiter des Todes“.

1944 gehörte Novak dem „Sonderkommando Eichmann“ an, das in Ungarn mit der Abwicklung der Deportationen befasst war.

Von 1945 bis 1961 lebte Novak – zum Teil unter falschen Namen (unter anderem Tragbauer) – unbehelligt in Österreich. 1957 ließ er sich unter seinem richtigen Namen wieder in Österreich einbürgern. Seinen Unterhalt verdiente er als Betriebsleiter einer Wiener Druckerei.

Erst im Zuge des Eichmann-Prozesses, 1961, wurde Novak verhaftet. Es kam zu vier Prozessen in Wien und erst beim letzten (1972) zu einem Schuldspruch. Die Strafe galt durch die fünfjährige Untersuchungshaft als verbüßt. Novak starb 1984 in Wien.

DIE SD-BOSSE IN WIEN

WALTER (FRANZ WALTER) STAHLECKER

Stahlecker wurde 1900 in Sternenfels bei Maulbronn (Deutschland) geboren. Er war von Beruf Jurist. Mit einer Unterbrechung gehörte er seit 1921 (und dann wieder seit April 1933) der NSDAP an.

Ab 1934 war er Leiter der Politischen Polizei in Württemberg, ab Mai 1937 Leiter der Staatspolizeistelle Breslau. Ab 1938 war er im annektierten Österreich tätig: Er wurde am 20. Mai 1938 zum „Inspekteur der Sicherheitspolizei“ in den Wehrkreisen XVII und XVIII ernannt und fungierte als Leiter des Sicherheitsdienst-Oberabschnitts (SD-OA) Donau in Wien.

Im Juni 1939 wurde er zum „Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes“ (BdS) im „Protektorat Böhmen und Mähren“ ernannt, ab Mai 1940 war er BdS in Norwegen, ab November 1940 Ministerialrat im Auswärtigen Amt in Berlin.

Ab Juni 1941 leitete Stahlecker die in den baltischen Staaten und im Gebiet westlich von Leningrad operierende Einsatzgruppe A. In dieser Position war er maßgeblich für die Judenmassaker in Litauen verantwortlich. Im Herbst 1941 rückte er in die Stellung des BdS im „Reichskommissariat Ostland“ mit Sitz in Riga auf. In einem Gesamtbericht über seine Tätigkeit bis zum 15. Oktober 1941 meldete er die Ermordung von 135.567 Juden, Kommunisten und „Geisteskranken“ durch die Einsatzgruppe.

Stahlecker war SS-Brigadeführer (ab 1941) und Generalmajor der Polizei. Er wurde am 23. März 1942 in Riga von sowjetischen Partisanen getötet.

DIE SD-BOSSE IN WIEN

FRANZ JOSEF HUBER

Huber wurde 1902 in München geboren. Er kann angesichts seiner Schlüsselfunktionen als Inspekteur der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes sowie als Wiener Gestapochef als „nationalsozialistischer Multifunktionär“ mit einer im gesamten Deutschen Reich einzigartigen Sonderstellung gelten. Von März 1938 bis Dezember 1944 war er Leiter der Staatspolizeileitstelle Wien, der größten Staatspolizeidienststelle im Deutschen Reich (1942 rund 700 Planstellen).

Huber wurde am 22. November 1941 provisorisch zum „Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD“ im Wehrkreis XVII (der für die Reichsgaue Wien, Nieder- und Oberdonau zuständig war) ernannt und am 28. März 1942 offiziell in dieser Funktion bestätigt. Dies geht aus den Befehlsblättern des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD hervor. Hubers Vorgesetzter, der „Inspekteur der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes“, war ab November 1941 beziehungsweise März 1942 er selbst: Er leitete von da an Gestapo, Kripo, SD und Inspektorat in Personalunion.

Ende 1944 wurde Huber vom Inspekteur zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (BdS) befördert und gleichzeitig als Leiter der Wiener Staatspolizeileitstelle vom österreichischen SS-Standartenführer Dr. Rudolf Mildner abgelöst. Huber war SS-Brigadeführer (ab 1942) sowie Generalmajor der Polizei und kann als einer „der NS-Hauptverbrecher“ im nationalsozialistischen Österreich bezeichnet werden. Nach Kriegsende verstand es als hervorragender Kriminalist, alle seine Spuren zu verwischen. Als „Minderbelasteter“ erhielt er lediglich eine Geldbuße in der Höhe von 500 DM und ein Jahr Gefängnis auf Bewährung. Später konnte er unbehelligt als Buchhaltungsleiter einer Münchner Firma arbeiten.

Zu den Angaben über die Funktionen Hubers: Befehlsblatt des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Nr. 46, 1941, S. 258, sowie Nr. 13, 1942, S. 90. (Für den Hinweis sei Dr. Franz Weisz / Wien gedankt.) Die Angaben von Thomas Mang, wonach Huber bereits 1939 Inspekteur geworden sei, lassen sich mit den in den Befehlsblättern enthaltenen Informationen nicht in Einklang bringen.

STIMMEN VON VERFOLGTEN

STIMMEN VON VERFOLGTEN

ERNST CSILLAG, geboren 1928 in Wien, berichtete über die Prozeduren zur Erlangung eines Reisepasses in der Zeit vor der Gründung der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“:

„Wenn man auswandern wollte, brauchte man einen Pass. Es hat aber in Wien [vor der Errichtung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung] nur eine Stelle gegeben, wo Juden Pässe bekommen haben, und zwar am berüchtigten Polizeikommissariat im 5. Bezirk in der Wehrgasse. Dorthin sind die Leute schon vor Mitternacht mit Sesseln und Stockerln hingekommen, und bei Tagesbeginn sind dort schon Schlangen gestanden, die reichten um den Häuserblock. Die Abfertigung ist äußerst schleppend vonstatten gegangen, und rings um diesen Häuserblock sind teils uniformierte SA-Leute, teils nicht uniformierte Burschen wie Geier herumgelungert und haben zum Beispiel wahllos Leute aus der Menge rausgegriffen und misshandelt. Ich bin selber dort mit meinem Vater einige Male gestanden, man ist stundenlang auf demselben Pflasterstein gestanden und hat gesehen, wie wenige Meter entfernt Leute grundlos verprügelt worden sind. Etliche Leute sind rausgegriffen worden und sind nicht mehr zurückgekommen, nicht einmal als Verprügelte. Eines Tages ist ein SA-Mann direkt auf meinen Vater zugekommen, hat ihn grob am Arm gepackt und in ein nahes Haustor gezerrt. Mein Vater hat schon das Ärgste befürchtet. Auf einmal sagt der SA-Mann im Haustor: ‚Herr Csillag, san S’ doch net blöd und stelln S’ Ihna doch do net an, da is jo g’fährlich, und zu Ihrem Pass kommen Sie nie. Erinnern Sie sich nicht mehr an mich?‘ Der SA-Mann war ein ehemaliger Versicherungskunde meines Vaters. Der Mann war aber nicht ganz selbstlos in seinem Bestreben, meinem Vater zu helfen, denn er hat gesagt: ‚Wenn Sie mir soundso viel Reichsmark am Abend hierher bringen und mit Ihrer ganzen Familie kommen, dann verschaff ich Ihnen einen Reisepass.‘ Am Abend sind dort etliche Juden gestanden, mit ihren Familien, und haben vor Angst gezittert. Jeder hat Geld bei sich gehabt, größere Summen. Dann ist unser Bekannter aufgetaucht mit einigen anderen Kollegen, aber in Zivil, nicht in Uniform, und hat uns in ein Haustor hineingeführt, und über Kellertreppen und durch Lichthöfe sind wir von hinten ins Magistratsgebäude hineingeführt worden. Dort haben einige Beamte in Zivil bei heruntergelassenen Jalousien gleichsam amtiert. Der Ton war unheimlich höflich, meine Mutter ist mit ‚Gnädige Frau‘ angesprochen worden. Der Betrag, den wir gezahlt haben, war hoch (...) Jetzt haben wir den Pass gehabt, aber was ist ein Reisepass, wenn kein Visum drinnen ist? (...) Es wurde [in Wien] (...) zum Beispiel ein Konsulat der afrikanischen Republik Liberia eröffnet, dort haben sich etliche Juden eingefunden. Man hat dort die Pässe eingesammelt, hat größere Summen für ein Visum kassiert und hat gesagt: ‚Kommen Sie nächste Woche wieder.‘ Glücklicherweise sind meine Eltern misstrauisch gewesen und haben den Pass nicht abgegeben und nichts gezahlt, weil eine Woche darauf war von dem Konsulat keine Spur mehr.“

Aus einem Interview von Gabriele Anderl mit Ernst Csillag, teilweise abgedruckt in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Jüdische Schicksale. Berichte von Verfolgten, Wien 1992, S. 104 ff.

STIMMEN VON VERFOLGTEN

WILLY MÜLLER, geboren 1924 in Wien, berichtete über die Vorbereitungen zu seiner Flucht. Aus einem Interview von Gabriele Anderl mit **WILLY MÜLLER**.

Die hier zitierte Passage des Interviews mit Willy Müller macht deutlich, dass durch die Gründung der „Zentralstelle“ für jüdische Auswanderung die für die Ausreise erforderlichen Prozeduren zwar rationalisiert und zentralisiert worden waren, nach wie vor aber beträchtliche Hindernisse bei der Abwicklung der notwendigen bürokratischen Schritte auftreten konnten:

„Mein Vater (...) fing an, sich um eine Ausreisegenehmigung zu bemühen, auch das war nicht leicht, nachdem wir keinerlei Verwandtschaft im Ausland hatten. Zur Einreise in Amerika war ein Affidavit notwendig oder nach England ein Permit oder nach Israel, dem damaligen Palästina, ein Zertifikat. Da wir keinerlei Verwandte hatten, die die Bürgerschaft für uns übernehmen konnten, war mein Vater in erster Linie darauf angewiesen, sich um die Ausreise in ein Land zu kümmern, wo diese Bestimmungen wegfielen. Nachdem er am 10. November eingesperrt [und schließlich unter der Auflage, bis spätestens 31. Jänner 1939 auszuwandern, freigelassen]* worden war, musste er das deutsche Reichsgebiet verlassen. Die Absicht war, dass ich auch emigriere, weil für mich keine Möglichkeit bestand, eine Lehre oder ein Studium in Österreich zu beginnen, in Großdeutschland, pardon, es war ja schon Großdeutschland. (...) Nun ist es um die Beschaffung der Reisedokumente gegangen. (...) Unter anderem brauchte man die Steuerunbedenklichkeitserklärung, ein Dokument, das immer nur auf einen Monat [oder einige Monate] befristet war. Wenn man um ein Visum angesucht hat und das schließlich bekommen hat, ist inzwischen das andere Dokument abgelaufen, also es war eine Lauferei von einem Amt zum anderen, um zum Ausreisedatum alle Dokumente gleichzeitig zu haben. Das war die Zeit, als wir in die Auswanderungsstelle gehen mussten, zwecks der Ausreisegenehmigung, nämlich in die Prinz-Eugen-Straße, ins ehemalige Rothschild-Palais, wo Eichmann und Brunner I gesessen sind, die die Leitung dort hatten. Nachdem aber die Frist bis 31. Jänner schon verstrichen war und mein Vater immer noch nicht ausgewandert war, musste er jedes Mal ein Ansuchen schreiben und dann im Hotel Metropole, in der Gestapo-Zentrale, vorsprechen, mit Vorlagen, was er schon unternommen hat und warum er noch immer auf deutschem Reichsgebiet ist. Das hat sich so gezogen, bis wir im Jahr 1939 beschlossen haben, in ein Büro zu gehen, das sich mit der illegalen Auswanderung nach Palästina befasst hat.“

Teilweise abgedruckt in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Jüdische Schicksale. Berichte von Verfolgten, Wien 1992, S. 129 f.

*** IN ECKIGEN KLAMMERN: EINFÜGUNGEN DER AUTORIN ZUM BESSEREN VERSTÄNDNIS**

STIMMEN VON VERFOLGTEN

ERNST NEUMANN, 1915 in Wien geboren, berichtete in einem Interview von seinen Erlebnissen im Lager Sperlgasse, einem jener Sammellager, in denen die Jüdinnen und Juden vor ihrer Deportation zu den Vernichtungsstätten zusammengefasst wurden. Neumann beschrieb auch eine der so genannten „Kommissionierungen“ im Sammellager, bei denen über die Einteilung zu den Transporten entschieden und den Menschen vor ihrer Deportation die letzten Habseligkeiten abgenommen wurden.

„Die [ehemalige] Sperlschule war voll belegt. Es konnte niemand aus- und eingehen, nur der, der einen Passierschein hatte. (...) Es wurde schon davon gesprochen, aber es hat praktisch keiner einen Versuch gemacht zu flüchten. (...) Einerseits haben alle gewusst, dass sie auf Transport gehen. (...) Manche haben gehaut, dass sie sterben werden, manche nicht. (...) Die Leute haben viel Gepäck mitgehabt, Pakete, mehr, als sie tragen haben können. Bei der Aussortierung hat die SS die Koffer aufgemacht. Alles, was einen Wert gehabt hat, haben sie den Leuten weggenommen. Wenn sie etwas gefunden haben, was nicht erlaubt war, haben sie ihnen gleich den ganzen Koffer weggenommen, und die Leute sind ohne Koffer auf Transport gegangen, ohne alles. (...)“

Im Keller hat's einen Bunker gegeben, ein Kellerloch, ohne Fenster, ohne Licht. Ist irgendjemand einmal durchgegangen, was vorgekommen ist, oder wenn bei der Aushebung [der gewaltsamen Verschleppung der Juden aus ihren Wohnungen und ihrer Einlieferung in eines der Sammellager] irgendeiner verschwunden ist, so haben sie einen Angehörigen, der drinnen war in der Sperlschule, ins Bunkerloch gesteckt. Der ist da unten geblieben, bis der Flüchtling zurückgekommen ist. Auch bei irgendwelchen Vergehen haben sie die Leute in den Bunker gesteckt. Man ist vorbeigegangen, man hat gewusst, da sind sie drinnen. (...)“

Bei der Kommission[ierung] sind sie zusammen gesessen, der Brunner II, ich glaub', der Brunner I war damals auch da, und vielleicht noch jemand von der Zentralstelle. Da war ein Tisch, und wir sind einzeln reingerufen worden, dann hat man seinen Namen sagen müssen – Jude Soundso. Der Brunner hat den Akt gehabt, den hat er sich angeschaut, dann hat er gesagt: ‚Wartesaal' oder ‚Du kannst gehen'. Es ist nicht gesagt worden, was wirklich passiert, aber es war bekannt, was ‚Wartesaal' bedeutet, das waren die Leute, die auf Transport gehen. Sie haben ausgesiebt, und nur wir ‚Mischlinge' sind übergeblieben. Die andern sind alle auf Transport gegangen.“

STIMMEN VON VERFOLGTEN

Auch in verschiedenen **ZEUGENAUSSAGEN IM PROZESS GEGEN ANTON BRUNNER** wurden die Zustände in den Sammellagern und die Vorgänge im Zuge der „Kommissionierungen“ beschrieben:

„[In der Sperlgasse] wurde ich Brunner II vorgeführt. Der Empfang wird mit der Peitsche eingeleitet. Nach der üblichen Titulierung ‚Saujude, dreckiger‘, wurde ich in ein Zimmer des Massenquartiers zugeteilt, wo die Leute am Fußboden, alt und jung, krank und gesund, kunterbunt durcheinander lagen. Der wichtigste Tag (...) [war] der Kommissionierungstag. An diesem Tage wurden wir einzeln in Brunners II Zimmer geführt, wo er die Kennkarte* jedes Einzelnen verlangte, sie mit seiner Karte verglich und ihm den Stempel ‚evakuiert am ...‘ auf die Kennkarte drückte, seine Personaldokumente (Geburtsschein, Heimatschein etc.) zerriss und in den Papierkorb warf, womit das Todesurteil vollstreckt war. Der nächste Beamte übernahm die geldliche Angelegenheit, wie Ausfragung über Sperrkonto, Grundbesitz und so weiter. (...) Für den nächsten Tag früh ging dann die Reise auf den Aspangbahnhof, wo der Sonderzug stand. Dort wurden die Leute einquartiert [gemeint ist: in die Waggons getrieben], für jeden Waggon eine Kanne Wasser und einige Laib Brot, die Waggone wurden dann versperrt, Fenster mussten geschlossen werden.“

* Aufgrund einer Bekanntmachung des Reichsinnenministeriums vom 23.7.1938 waren Jüdinnen und Juden deutscher Staatsangehörigkeit dazu verpflichtet, bis zum Ende des Jahres 1938 eine so genannte „Kennkarte“ zu beantragen und diese bei allen Anträgen an Behörden unaufgefordert vorzuweisen.

STIMMEN VON VERFOLGTEN

Zeugenaussagen ehemaliger jüdischer Funktionäre, die nach dem Krieg im Zuge der polizeilichen Ermittlungen beziehungsweise im **STRAFPROZESS GEGEN DEN SS-MANN JOSEF WEISZL** von der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ gemacht wurden.

„Ich war als Angestellter des ‚Ältestenrates der Juden in Wien‘ in der Zentralstelle für jüdische Auswanderung tätig und habe dort SS-Mann Weiszl in seiner Tätigkeit beobachten können. Ich kann aussagen, dass Weiszl zu den schärfsten der ganzen SS-Besatzung gehörte, der mit Leichtigkeit Schläge und Ohrfeigen austeilte und überhaupt einen wilden Mann spielte (...). Es ist mir weiters auch bekannt, dass Weiszl bei den Judenaushebungen in brutalster Art und Weise vorgegangen ist, dass es bei ihm kein Erbarmen gegeben hat (...). Er hat z.B. Juden auf der Straße zusammen gefangen und sie in das Abwanderungslager eingeliefert. Er hat sich auch Übergriffe zu Schulden kommen lassen, indem er ‚arisch versippte‘ [mit einem nichtjüdischen Partner verheiratete] Juden, die vor der Evakuierung geschützt waren, mutwillig in die Sammellager einlieferte, und die dann auf Grund der Interventionen ihrer ‚arischen‘ Angehörigen nach vielen Wochen erst befreit werden konnten.“

„Ich habe oft selbst gesehen, dass der Beschuldigte [Josef Weiszl] Schläge und Ohrfeigen austeilte, und zwar ganz willkürlich, weil kein Anlass dazu da war. Es waren ungefähr 20 SS-Männer dort [in der Zentralstelle für jüdische Auswanderung], und [es] war Weiszl einer der rabiatesten. Auch Beschimpfungen wie ‚Hundsgfrast‘ und ‚Saujud‘ waren seine ständigen Redensarten. (...) Ich habe auch wiederholt gesehen, dass Weiszl Juden Fußtritte versetzt hat, wenn diese [die Juden] wegen Erlangung von Pässen angestellt waren und er beim Hinaufgehen infolge der angestellten Juden nicht gleich durchkommen konnte.“

Zeugenaussage von **WILHELM BIENENFELD** im Prozess gegen Josef Weiszl:

„Der SS-Scharführer Weiszl, als Aushebungsorgan der Zentralstelle für jüdische Auswanderung zugeteilt, war unter den Juden Wiens ein Begriff. Die Juden kannten ihn nicht nur dem Namen nach, sondern hatten unter dem Unmenschen furchtbar zu leiden. Er war der schrecklichste Ausheber und hat immer ‚Fleißaufgaben‘ gemacht, das heißt, er hat nicht nur diejenigen Juden aus Wohnungen ausgehoben, die ihm von der Zentralstelle bezeichnet wurden, sondern auch solche, die er unterwegs traf oder die im gleichen Hause, wo er eine Aushebung durchzuführen hatte, wohnten, mitgenommen. (...)“

Ich wohne [in] Wien 2, Herminengasse 16. An einem bestimmten Tage Ende 1942 bekamen 3 Scharführer die Aufgabe, die Herminengasse abzusperren und alle ‚Volljuden‘ aus dieser Gasse in das Sammellager einzuliefern. Unter diesen 3 Scharführern befand sich auch Weiszl. (...) Es war mittlerweile 12 Uhr nachts geworden, [und Weiszl] hat (...) die Juden in der Herminengasse aus den Wohnungen getrieben und dabei so einen Lärm gemacht, dass sich viele in der Herminengasse wohnende ‚Arier‘ über sein Schreien aufgehalten haben.

Ich kann aus eigener Wahrnehmung behaupten, dass sogar der als Bluthund verrufene Hauptsturmführer [Alois] Brunner, der Leiter der Zentralstelle, mit der Art des Scharführers Weiszl bei den Judenaushebungen nicht einverstanden war und oft Beschwerden über Weiszl bei ihm vorgebracht wurden.“

STIMMEN VON VERFOLGTEN

Zeugenaussage I von **WALTER SCHWARZ**, geboren 1923 in Wien;
er war ein Funktionär der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und ist als Kurier für die „Zentralstelle“
tätig gewesen:

„Ich kann aussagen, dass Weiszl der gefürchtetste von allen SS-Leuten war. Er ging stets mit einem Rohrstab zu den Aushebungen, mit welchem er die Leute schwer misshandelte. (...) Eine weitere Spezialität von Weiszl war, dass er bei den Abtransporten vom Lager Sperlgasse an die Aspangbahn selbst die Verladung der Juden durchführte, indem er die Leute mit starken Hieben derart zusammendrängte, dass es leicht möglich war, dass sie den Folgen der Verletzungen auf der Fahrt erlagen. Ich habe auch selbst gesehen, wie Weiszl eine junge Frau in dem Zimmer des Lagerführers in der Sperlgasse mit einem eisernen Stab misshandelte, bis sie zusammenfiel. Weiszl ließ aus eigenem Parkanlagen ausheben, ohne einen Auftrag dazu gehabt zu haben. Ich selbst saß über 1 Monat im [Sammel-] Lager im Bunker, da ich Pakete hineinbrachte, und kam dann nach Theresienstadt, von dort nach Auschwitz, Mauthausen und dann in die Nebenlager Melk / Donau und Ebensee. (...) Von Leuten, die von Berlin nach Theresienstadt kamen, hörte ich, dass Weiszl in Berlin noch ärger gewütet hat als hier. (...)“

Gegen Ende 1941 war ich selbst Zeuge, als Film- und Fotoaufnahmen von nackten Jüdinnen, die aus dem Lager Sperlgasse geholt wurden, angefertigt wurden. Ich musste die Scheinwerfer bei den Aufnahmen halten; dass dabei Weiszl anwesend war mit der Reitpeitsche wie immer, kann ich mich noch erinnern. Es war für ihn und die anwesenden Beamten des SD [eine] sehr gute Unterhaltung, es wurden dabei die unflätigsten Witze gerissen und die ganze Zeit über gelacht. (...)“

Als anfangs 1942 zwei jüdische Häftlinge aus dem [Sammel-] Lager Castellezgassee entflohen, wurde die Lebensgefährtin des einen ausfindig gemacht und von Weiszl in seinem Dienstzimmer verhört. Ich habe vom Hof aus gesehen, wie sie dabei mit der Reitpeitsche ganz fürchterlich traktiert wurde, (...) wobei die Frau ins Gesicht und auch sonst überall hin geschlagen wurde.“

STIMMEN VON VERFOLGTEN

Zeugenaussage II von WALTER SCHWARZ:

„Ungefähr anfangs 1942 wurde ich im Lager Sperlgasse über Vermittlung der Kultusgemeinde als jüdischer Ordner eingesetzt und als Kurier beschäftigt. Bei dieser Gelegenheit habe ich Weiszl in der unliebsamsten Weise kennen gelernt. Ich kann nur angeben, dass es sich bei Weiszl um einen (...) ausgesprochenen Sadisten [gehandelt hat].

Ich konnte einmal durch ein Hoffenster beobachten, wie er mit einem Stock eine Frau schlug, bis sie blutüberströmt liegen blieb.

Bei einer Aushebung in der Rembrandtstraße im Jahre 1942 trieb er die Leute mit einer Peitsche aus den Betten heraus und warf sie, wenn sie nicht schnell genug gingen, die Stufen herunter.

Er war bestimmt der ärgste Wüterich von allen SS-Leuten. Einmal flüchtete ein Jude (...) aus dem Lager, wurde jedoch wieder erwischt und von Weiszl derart misshandelt, dass dies sogar Brunner I beim Abtransport auf die Bahn auffiel und zu viel war, sodass Weiszl von ihm zur Rede gestellt wurde. Weiszl sagte damals: „Den Hund möchte ich am liebsten erschlagen, wegen dem habe ich jetzt von Brunner I einen Putzer bekommen.“

Weiszl hat nicht nur im Auftrag gehandelt, sondern seine eigenen Unternehmungen durchgeführt (...). Es ist des Öfteren auch vorgekommen, dass er aufs Geratewohl den Judenpark abspernte und alles zusammen fing, sogar Kinder, und ins Lager transportierte. Die Kinder fragte er dann im Lager über ihre Wohnadresse[n] aus und hob darauf die ganze Wohngemeinschaft aus. (...)

Weiszl eignete sich aus einer jüdischen Wohnung im 9. Bezirk Möbel an, die wir für ihn in seine Wohnung nach Meidling führen mussten. (...) Weiszl war auch gelegentlich mit Brunner II bei der Kommissionierung mit Juden beschäftigt. Auch bei dieser Gelegenheit misshandelte er die Leute, vor allem dann, wenn er vermutete, dass sie nicht, wie verlangt, ihr ganzes Geld und [ihren ganzen] Schmuck abgegeben haben.

Die krassesten Misshandlungen von seiner Seite an Juden fanden immer bei Aushebungen und Abtransporten der Leute aus den Lagern auf den Bahnhof statt. Seine Aufgabe war es vor allem, die Leute auf die Autos zu verladen. Damit es schneller gehe, trieb er die Leute wie Tiere, indem er mit einem Stock auf sie einschlug, auf die Autos. Sie wurden so zusammengepfercht, dass es des Öfteren vorkam, dass Leute während des Transportes, wie dies z.B. einmal am Schwedenplatz geschah, herunterfielen. Die von ihm Misshandelten, vor allem ältere Personen, waren in einem solchen Zustand, dass es des Öfteren vorkam, (...) dass alte Leute schon vor Abfahrt des Zuges tot waren. (...) Wie mir von Kollegen berichtet wurde, wütete Weiszl in der gleichen Weise auch in Berlin und Prag.“

STIMMEN VON VERFOLGTEN

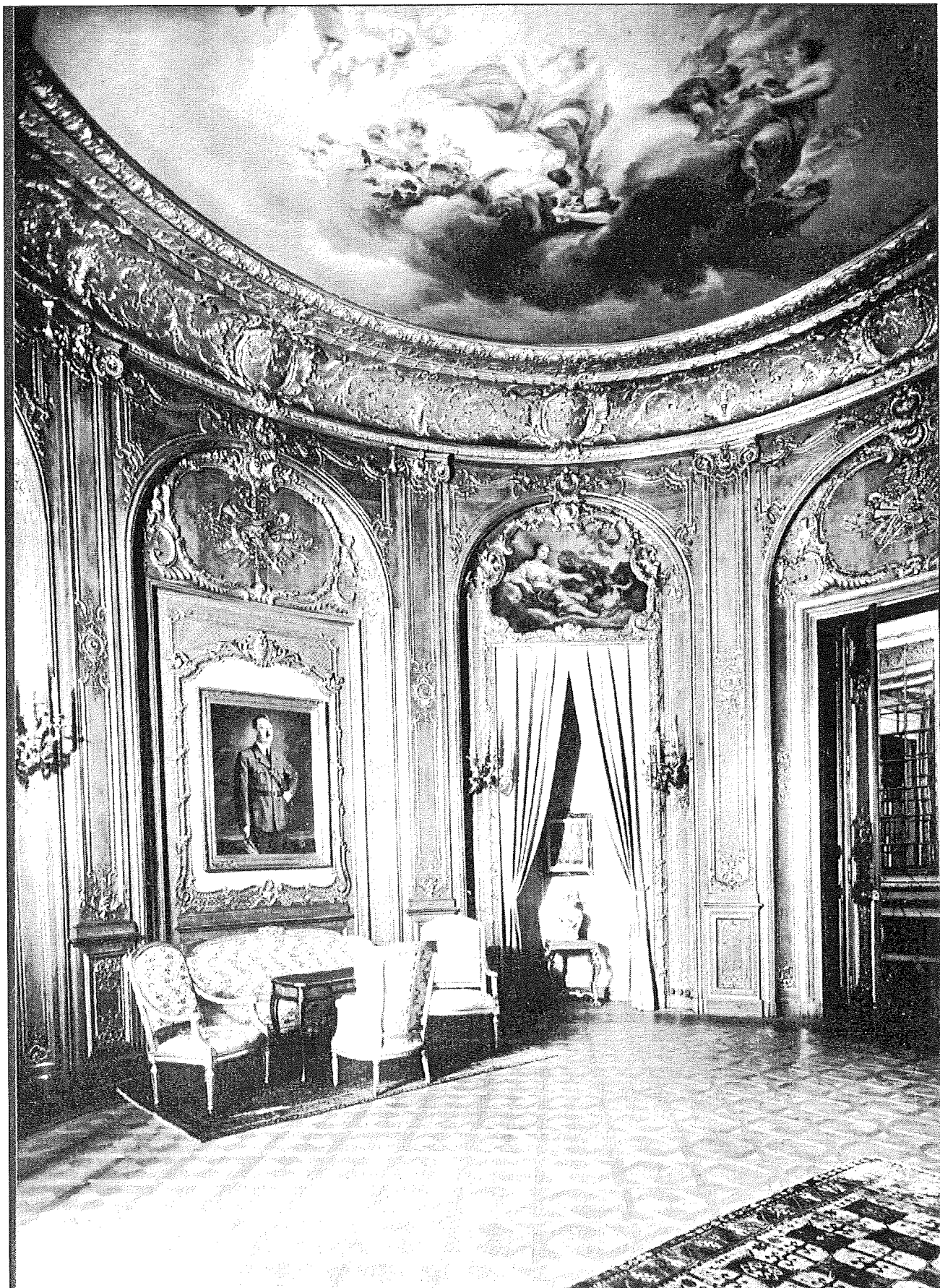
Die einzige Angehörige des österreichischen Zweigs der Familie Rothschild, die nach dem Krieg in ihre Heimat zurückgekehrt ist, ist **BETTINA LOORAM-ROTHSCHILD**. In der folgenden Interviewpassage geht es um die Beraubung ihrer Familie durch die Nationalsozialisten und um das neuerliche Unrecht, dass ihr nach Ende des Krieges vom wiedererstandenen österreichischen Staat zugefügt worden ist.

Zitat aus dem Vorwort zu Thomas Trenkler, Der Fall Rothschild. Chronik einer Enteignung, Wien 1999.

Aus einem Interview mit **BETTINA LOORAM-ROTHSCHILD**:

„Meiner Familie gelang 1938 die Flucht – über die Schweiz, Frankreich und England nach Amerika. Onkel Louis wurde in Wien gefangen genommen, monatelang eingesperrt und nur gegen Lösegeld – das gesamte Vermögen – freigelassen. Die Nazis beschlagnahmten die Familiengüter, die Besitzungen und Kunstgegenstände.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden fast alle Kunstwerke aufgefunden und schließlich zurückerstattet. Doch die [österreichischen] Behörden verweigerten die Ausfuhr. Nur im Gegenzug für die Widmung vieler wertvoller Bilder und Objekte an österreichische Museen würde der Rest der beiden Sammlungen das Land verlassen dürfen, sagte man uns. Meine Mutter, Clarice, und mein Onkel Louis hatten keine andere Wahl: Sie mussten zustimmen. Denn wir waren, auch wenn der Name Rothschild anderes vermuten lässt, völlig pleite.“



Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

Im Palais Louis Rothschild nach dem Auszug der „Zentralstelle“. (1943). Die Räumlichkeiten werden jetzt unter anderem von einem unter deutschem Protektorat stehenden „Europäischen Post- und Fernmeldeverein“ genutzt.

AUSSAGEN VON TÄTERINNEN UND TÄTERN UND ANGEHÖRIGEN VON NS-INSTITUTIONEN

Anmerkung:

Die folgenden Zitate stammen aus Verfahren gegen ehemalige Angehörige der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ nach 1945 vor dem Volksgericht Wien beziehungsweise aus dem Verfahren gegen Mitarbeiter des RSHA vor dem Kammergericht Berlin in den 1960er Jahren. Bei den Nachkriegsaussagen ist allerdings stets zu bedenken, dass die Betroffenen bemüht gewesen sind, sich selbst vor einer Verurteilung zu schützen und deshalb ihren Anteil an den jeweiligen Taten herunterzuspielen und ihre eigene Rolle zu beschönigen.

AUSSAGEN VON TÄTERINNEN UND TÄTERN UND ANGEHÖRIGEN VON NS-INSTITUTIONEN

Aussage von **FRANZ NOVAK**:

„Nun war mit der Durchführung der Auswanderung ein großer Papierkrieg verbunden, das heißt, die Auswanderungsbewerber mussten die verschiedensten Dokumente beibringen, z.B. eine Steuerunbedenklichkeitsbescheinigung vom Finanzamt, polizeiliches Führungszeugnis, eine Umzugsgutgenehmigung für ihre Möbel (...), die Devisenstelle war eingeschaltet, Pässe und Visa wurden benötigt. Die Einreisegenehmigungen der Bestimmungsländer wurden schon von der Kultusgemeinde von Anfang an beigebracht. (...) Der Weg war dann so, dass der auswanderungswillige Jude sein Antragsformular in der Annahmestelle, wo ich tätig war, abgab.

Dieses kam in eine Tasche, der Jude machte vorerst seinen Weg von einer Außendienststelle zur anderen, die ja (...) alle im Rothschild-Palais gesammelt waren. Dort reichte er z.B. um die steuerliche Unbedenklichkeit ein, etc. Bei mir in der Dokumentenannahme gab er den Antrag auf Auswanderung ab, und nun kamen alle weiteren Dokumente von den übrigen Behörden, wie Pass etc. in der Folge in diese Tasche hinein. Wenn alle Unterlagen beisammen waren, gab ich die gesammelten Dokumente in der erwähnten Tasche an die Dokumentenausgabe weiter. An jedem Abend kam ein Angehöriger der Kultusgemeinde (...) zu mir herauf und erkundigte sich, wer schon fertig wäre, d. h., welcher Jude schon alle nötigen Papiere zur Auswanderung beisammen hätte. Ich gab ihm die Namen bekannt, und diese wurden dann durch die Kultusgemeinde zur Empfangnahme der Auswanderungspapiere vorgeladen und erhielten die Papiere durch die Dokumentenausgabe ausgefolgt. Bei Ausfolgen des Passes wurde die Bezahlung einer Umlage verlangt.“

AUSSAGEN VON TÄTERINNEN UND TÄTERN UND ANGEHÖRIGEN VON NS-INSTITUTIONEN

Zeugenaussage des EHEMALIGEN SS-MANNES ERNST GIRZICK:

„Ich machte damals im Rothschild-Palais im Parterre auf Zimmer 10 Dienst und hatte anfänglich das Aufgabengebiet ‚Befristete Aufenthalte‘, ‚Einreichung der Ausreisepapiere und Sichtvermerke‘ und ‚Stellung von Enthaftungsanträgen im KZ‘ bei Vorliegen ausreichender Ausreisepapiere zugewiesen. Später, als die Ausreisemöglichkeiten immer mehr zusammenschrumpften, war ich mit der Zusammensiedlung der Juden in Wien als Vorbereitung für die Evakuierung [die Deportation] beauftragt. (...) Es war ja bereits so, dass sämtliche Juden mit wenigen Ausnahmen aus der gesamten Ostmark in Wien in verschiedenen Judenvierteln konzentriert waren, wo anfänglich verschiedene Familien zusammen wohnen mussten und von wo aus später dann die Juden in die Durchgangslager, so z.B. in die Schule[n] Castellezgasse (...) und Malzgasse kamen. Wie bereits erwähnt, war es mein Aufgabenbereich, diese Zusammensiedlung der Juden durchzuführen. Der praktische Vorgang war so, dass ich z.B. den Judenrat [gemeint ist die Führung der jüdischen Gemeinde] beauftragte, sämtliche Juden aus dem 13. Bezirk usw. auf unsere Dienststelle vorzuladen, und zwar jeden Tag einige. Zum Teil luden wir auch selbst die Juden vor und beauftragten sie, sich innerhalb einer Frist von vier Wochen ein Quartier im 2. Bezirk zu besorgen (...), ansonsten sie durch die Kultusgemeinde zu jüdischen Familien eingewiesen werden würden. So wurden sämtliche Juden in den so genannten Judenbezirken, insbesondere in den [sic!] 2. Bezirk, konzentriert.

Als dann die Evakuierungen begannen, kamen von Berlin aus dem Referat IV B 4 zuerst die Richtlinien herunter. Diese stellten den zu erfassenden Personenkreis, Ausnahmen von der Evakuierung, vermögensrechtliche Behandlung usw. fest.

Auf der Zentralstelle existierte nun eine Kartei sämtlicher in Wien wohnhafter Juden. Dann wurde vom Referat IV B 4 angeordnet, dass zu bestimmten Terminen Transportzüge mit jeweils 1000 Personen zu einem bestimmten Zielbahnhof abzugehen hätten. Auf Grund dieser Kartei wurde[n] im Zusammenhang mit den Evakuierungsterminen und Zahlen dann jeweils durch die Zentralstelle die Juden schriftlich aufgefordert, sich an einem bestimmten Tag in einer der vorgenannten Schulen einzufinden und ihnen bekannt gegeben, was sie mitnehmen durften und welche vermögensrechtliche[n] Maßnahmen zu treffen waren. Die vermögensrechtlichen Erklärungen mussten sie dann im Lager, also in den Schulen, unterschreiben.

Anfänglich kamen aufgrund der schriftlichen Stellungsbefehle genug Juden, um die vorgesehenen Transporte auffüllen zu können. Später leisteten die Juden den Befehlen oft nicht mehr Folge, weshalb sie dann von Judenkommandos, den so genannten JUPOS [Juden, die für Hilfsdienste bei den Deportationen herangezogen wurden], unter Aufsicht von SS-Männern ausgehoben und in die Durchgangslager verbracht wurden. Grundsätzlich wurden die Juden familienweise ausgehoben, also Eltern mit allen Kindern und allen Verwandten, ohne Rücksicht auf Alter und Gesundheitszustand. (...) Es wurden demnach alle Juden abgeschoben, soweit sie unter die Richtlinien fielen und soweit sie greifbar waren (...). Mittels LKWs wurden die Juden zum Aspangbahnhof verbracht und dann unter Bewachung von Angehörigen der Schutzpolizei zu den Zielbahnhöfen überführt. Dies war die Tätigkeit der Zentralstelle im Großen gesehen in Wien.“

AUSSAGEN VON TÄTERINNEN UND TÄTERN UND ANGEHÖRIGEN VON NS-INSTITUTIONEN

Zeugenaussage des EHEMALIGEN **SS-MANNES RICHARD HARTENBERGER**:

„Ich selbst war nie illegales Mitglied der NSDAP, sondern bin erst nach dem Anschluss zur NSDAP und zur SS gestoßen. Ich habe das graphische Gewerbe erlernt und war als Steindrucker tätig. Nebenbei war ich Schwimmlehrer. (...) Nach dem Anschluss habe ich mich (...) um eine andere Arbeit umgesehen und kam anfangs 1939 durch Bekannte zum Inspekteur der Sicherheitspolizei im Theresianum [Gemeint ist der SD in der Theresianumgasse], dem auch die Zentralstelle für jüdische Auswanderung unterstand. Ich wurde kurz darauf, also anfangs 1939, zur Zentralstelle, die damals noch von Eichmann geleitet wurde, abkommandiert, war SS-Bewerber und machte anfänglich bei der Wache Dienst (...), wurde aber dann später vorwiegend als Ordonanz verwendet. (...) Ich musste z.B. von den Finanzämtern die Steuerunbedenklichkeitserklärungen einholen usw. (...) Später wurde Brunner I [Alois Brunner] Leiter der Wiener Zentralstelle. Die Wiener Judenmaßnahmen sind ja bekannt: zuerst die Auswanderung, später die Konzentrierung der Juden in gewissen Bezirken Wiens bzw. im Lager [Gemeint sind die Sammellager], die in Schulen untergebracht waren. Von dort wurden dann die Juden in verschiedene Lager [Konzentrationslager], z.B. Theresienstadt, verbracht. (...) Im Sommer 1941, glaublich Juni oder Juli, wurde ich nach Berlin in das Reichssicherheitshauptamt ins Referat IV B 4 abkommandiert. Damals war ich noch SS-Unterscharführer. Mein letzter Dienstgrad war ab 1943 SS-Untersturmführer. Auch in Berlin wurde ich als Ordonanz verwendet und war sehr viel unterwegs, und zwar nicht nur in Berlin, sondern überhaupt im Reichs- bzw. im besetzten Gebiet. So war ich auch in verschiedenen KZ, z.B. Theresienstadt [und] Auschwitz. Ferner bin ich auch sehr viel im Generalgouvernement herumgereist. Ich musste immer Kurierpost abliefern oder holen.

(...) Wenn ich nach Auschwitz und Theresienstadt kam, war mein Eintreffen bereits avisiert. Es durfte ja normalerweise niemand in das Lager hinein. (...) Unter meine Aufgaben fiel u. a. auch, Postkarten in die Lager, so z.B. nach Auschwitz, zu bringen und solche wieder abzuholen. Zu Tarnungszwecken und um die Öffentlichkeit zu beruhigen wurden nämlich Postkarten in die Lager gebracht, die die Juden ausfüllen mussten und die dann weitergeleitet wurden. Der Zweck war die Tarnung des tatsächlichen Geschehens, man wollte nämlich die Öffentlichkeit und insbesondere die Judenschaft, soweit sie noch nicht in Lagern waren, beruhigen und über das wahre Schicksal täuschen. Mir war der Zweck dieser Fahrten sowie allen anderen auch [in] der Dienststelle im Referat IV B 4 klar. Teilweise waren die Karten mit fingierten Absendern versehen, und zwar fingiert insofern, als Namen aufschrieben, die als Orte überhaupt nicht existierten. So z.B. ‚Waldsee‘. (...)

Anfänglich, schon 1939 oder 1940, war uns das Schicksal der Juden insofern bekannt, als wir wussten, dass diese unter härtesten Bedingungen zum Arbeitseinsatz herangezogen wurden und sie dabei automatisch früher oder später zugrunde gehen müssten. Dann kam der Begriff ‚Endlösung‘ auf, und zwar in meiner Berliner Zeit, darunter wurde automatisch die Ausrottung der Juden verstanden. Schon 1941 oder 1942 sickerten dann immer mehr Nachrichten durch, sei es von Leuten, die von Lagern auf unsere Dienststelle kamen, sei es durch das Lesen der Akten auf unserer Dienststelle selbst, dass die Juden nunmehr direkt getötet wurden. Es waren mir und uns allen z.B. die Tätigkeiten der Einsatzkommandos (Stahlecker usw.) bekannt, dass diese nämlich im Osten hinter dem Frontgebiet Juden liquidierten. Auch der Begriff ‚Sonderbehandlung‘ war uns allen als Tötung geläufig. Schließlich wussten wir schon ab 1942, dass die Juden in den Lagern vergast wurden, dass Krematorien bestanden und dass auch z.B. den Getöteten die Goldzähne gezogen wurden. (...) Wenn auch offiziell nichts darüber mitgeteilt wurde, so war es allen im Referat IV B 4 bekannt, dass die Juden vergast wurden, und nicht nur den SS-Angehörigen, sondern haben es auch die weiblichen Schreibkräfte z.B. gewusst. (...) Ich kann nur nochmals sagen, dass, wenn auch Eichmann zumindest mir persönlich nie etwas über solche Judenmaßnahmen gesagt hat, es im ganzen Referat IV B 4, von den Schreibkräften angefangen bis nach oben bekannt war, dass die Juden systematisch getötet wurden. Es war uns auch bekannt, dass die arbeitsfähigen Juden zum Teil ausgesondert und, solange sie konnten, zur Arbeitsleistung herangezogen wurden, während die nicht arbeitsfähigen Juden liquidiert wurden.

(...) [Franz] Novak hat dort [im Reichssicherheitshauptamt] hauptsächlich Transportfragen bearbeitet und ist in Kontakt mit dem Reichsverkehrsministerium gestanden. Die Technik der Evakuierung war so, dass z.B. vom Referat IV B 4 an irgendeine Stelle durchgegeben wurde, dass nun von dort Juden abzutransportieren seien. (...) Nur trat Novak mit dem Reichsverkehrsministerium in Verbindung, um die nötigen Transportmittel bereitgestellt zu erhalten. Es wurden dann Fahrpläne erstellt und den Stellen, von wo aus evakuiert werden sollte, bekannt gegeben, dass am soundsovielten die Transportzüge einlangen. Daraufhin wurden die zu evakuierenden Juden bereitgestellt und verladen. Der Abgang des Zuges und das Eintreffen im Bestimmungslager wurde[n] dann dem RSHA gemeldet.

(...) [Ich wurde] dann von Berlin zum Lager Vulkow versetzt, wo Baracken als Notunterkünfte für die [kriegsbedingte] Verlegung des Referates IV B 4 durch ein Arbeitskommando [von] Theresienstädter Juden gebaut wurden. Ich war dort der Wachkommandant. Von dort aus wurde ich glaublich im April [1944] (...) nach Budapest abkommandiert.“

AUSSAGEN VON TÄTERINNEN UND TÄTERN UND ANGEHÖRIGEN VON NS-INSTITUTIONEN

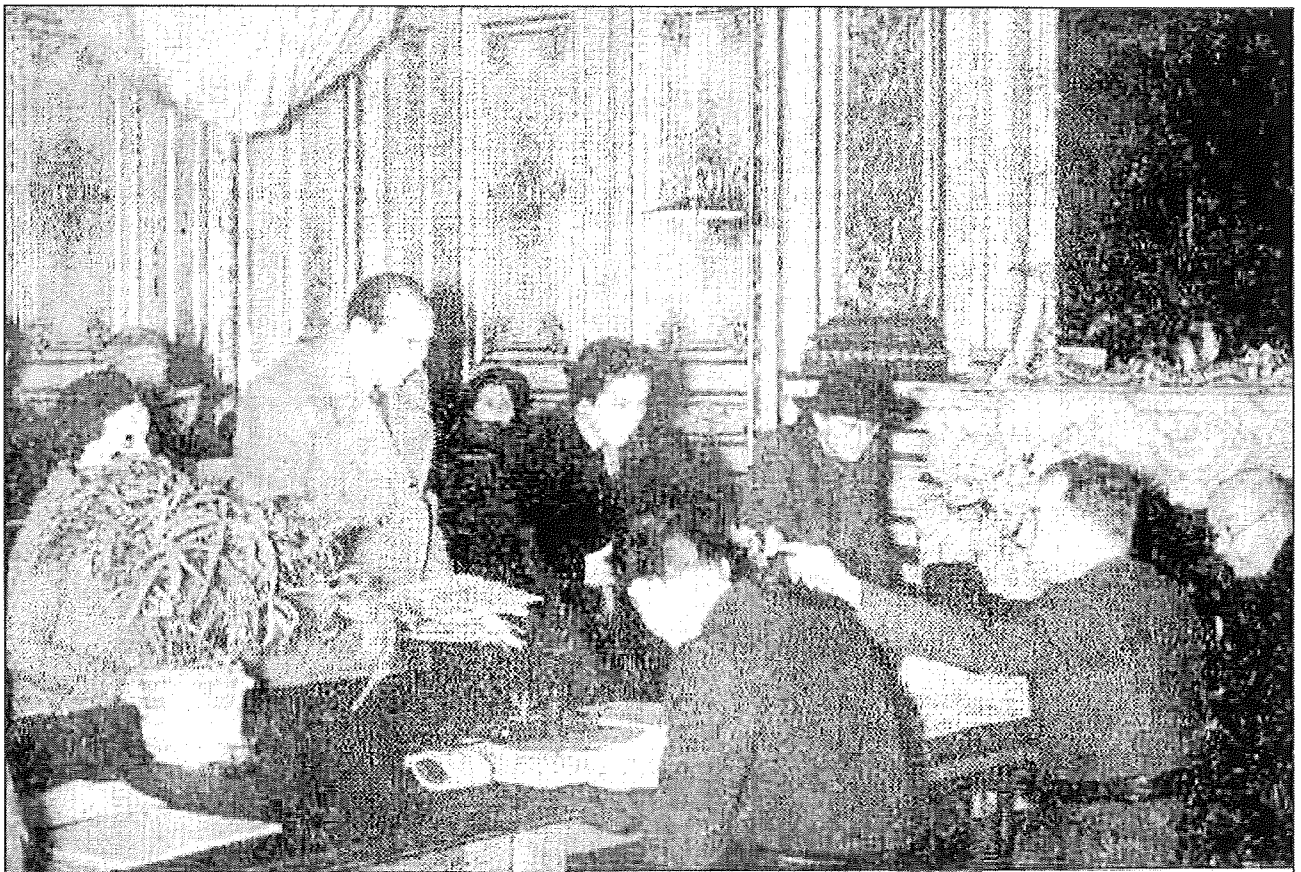
Aussage von **ERIKA SCHOLZ**, geboren 1924 in Wien, war zuerst Schreibkraft bei der „Zentralstelle“ in Wien, später im „Eichmann-Referat“ im Reichssicherheitshauptamt in der Kurfürstenstraße 116 in Berlin gewesen. Dort waren ihr zahlreiche Schriftstücke zur Reinschrift vorgelegt worden, in denen es um die Deportation und in verschlüsselter Form um die Ermordung tausender Menschen ging. Unter den im Zuge des RSHA-Verfahrens einvernommenen Schreibkräften und einem Großteil der SS-Männer war Scholz ein Ausnahmefall: Sie gab zu, dass jeder im Amt gewusst hätte, dass die „evakuierten“ Juden in den Tod geschickt worden seien.

„Ich bin von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung [in Wien], bei der ich kurze Zeit zuvor als Stenotypistin eingestellt worden war, im April 1941 zum Referat IV B 4 [„Eichmann-Referat“] des Reichssicherheitshauptamtes nach Berlin versetzt worden. (...) Soweit ich mich erinnere, endete mein Dienst im Referat IV B 4 in Berlin etwa Ende Jänner, anfangs Februar 1944. (...) Den Hinweis auf die mir obliegende Verschwiegenheitspflicht hatte ich (...) schon bei Aufnahme meiner Tätigkeit bei der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien erhalten. (...) Etwa um die Jahreswende 1941/42 (...) wurde ich als Schreibkraft (...) [Franz] Novak zugewiesen.

(...) Die Richtlinien zur technischen Durchführung der Evakuierung von Juden nach dem Osten (Izbica bei Lublin) vom 4.6.1942 habe ich (...) geschrieben und beglaubigt. (...) Richtlinien der (...) Art hat, wie ich mit Sicherheit weiß, Novak entworfen und mir diktiert. (...) Erinnern kann ich mich auch daran, dass die Richtlinien zur technischen Durchführung der Evakuierung von Juden nach dem Osten (KL Auschwitz) vom 20.2.1943 auf die Arbeit von Novak zurückgehen. Ich entsinne mich daran, dass Novak auch mit untergeordneten Stapo-Dienststellen [Staatspolizei- bzw. Gestapo-Dienststellen] in meinem Beisein telefoniert hat. Es hat sich dabei um Anrufe gehandelt, die sich auf die Bereitstellung von Transporten bezogen haben. (...) [Novak war] nicht nur für die technische Bereitstellung des Transportmaterials zuständig, sondern auch für Fragen, die die Zusammensetzung des abzutransportierenden Personenkreises betrafen.“

Erika Scholz waren auch Berichte vorgelegt worden, die in ihrer abschließenden Form von Eichmann erstellt worden waren und aus denen sich der jeweilige Stand der so genannten „Endlösung der Judenfrage“ ergab (Fortsetzung Zitat):

„Wenn z.B. von 10.000 aus dem Reichsgebiet evakuierten Juden gesprochen wurde, ergab die Summe der dem Arbeitseinsatz zugeführten und der nach dem Osten abtransportierten Juden wiederum 10.000 Personen. Ich war mir seinerzeit darüber im Klaren, dass die angeblich nach dem Osten abtransportierten Juden getötet worden waren. Zu dieser Überzeugung bin ich aus folgenden Gründen gekommen. Einmal war mir bekannt, dass von den Konzentrationslagern oder sonstigen Deportationsziellorten Meldungen eingingen, in denen vermerkt war, wie viel[e] der Juden dem Arbeitseinsatz zugeführt worden waren und wie viel[e] ‚sonderbehandelt‘ worden waren. (...) Zum anderen hat man von Urlaubern, die aus dem Osten kamen, hören können, dass dort draußen Massenerschießungen von Juden vorgekommen seien und dass diese in Massengräbern beerdigt worden seien. Für jeden, der denken wollte, war damit klar, was unter den in unserem Schriftverkehr verwendeten Ausdrücken ‚Sonderbehandlung‘, ‚Abbeförderung nach dem Osten‘ und unter dem Generalbegriff ‚Endlösung der Judenfrage‘ allein zu verstehen war. Ich bin daher auch der Auffassung, dass jeder im Referat IV B 4 wusste, was gespielt wurde. (...) Wenn ich (...) der Auffassung bin, dass jeder der gleichen Überzeugung hat sein müssen wie ich, so beruht das darauf, dass ich mir sage und gesagt habe, dass jeder Mensch mit einigermaßen gesundem Menschenverstand aus den Gesamtumständen im Zusammenhang mit dem, was wir im Referat zu bearbeiten hatten, entnehmen konnte und musste, was mit den Juden, die nach dem Osten gekommen waren, wirklich geschieht.“



Aufnahme: Blaul

Sachlich, aber korrekt werden die einzelnen Gesuche von den deutschen Beamten erledigt. Die bombastischen Säle des Rothschild-Palastes bilden einen merkwürdigen Rahmen für das dort herrschende Leben

DANACH:

DIE ROTHSCHILD-PALAIS VOM AUSZUG DER „ZENTRALSTELLE FÜR JÜDISCHE AUSWANDERUNG“ BIS ZU IHREM VERKAUF

IN DEN LETZTEN KRIEGSJAHREN

Bis 1945 von NS-Stellen genutzt

Während, wie erwähnt, spezielle Dienststellen der Reichspost nach dem Auszug der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ das Palais Louis Rothschild übernahmen, blieb das Palais Alphonse Rothschild de facto in der Hand des SD, auch wenn sich im Grundbuch im Jahr 1942 für das Palais in der Theresianumgasse 16-18 eine Änderung findet: Das Eigentumsrecht für das Deutsche Reich blieb zwar weiterhin aufrecht, doch wurde als Verwaltungszweig statt des „Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei“ die „Reichsfinanzverwaltung“ eingetragen. Obwohl ein entsprechender „Überlassungsvertrag“ unterzeichnet worden war, konnte die NSDAP, genauer der Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS, die Liegenschaft weiterhin für Zwecke der Dienststelle des Inspektors der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes nutzen.

Bombentreffer

Die Gebäude in der Theresianumgasse 14 und 16-18 sowie Schmöllergasse 3 wurden am 18. November 1944 durch einen Fliegerangriff schwer beschädigt. In das Gebäude Theresianumgasse 16-18 schlug im Bereich Schmöllergasse eine Bombe ein, die das Stiegenhaus und die anschließenden Zimmer zu Ruinen machte. Der Mitteltrakt wurde durch Granatbeschuss schwer in Mitleidenschaft gezogen.

Die Gebäude wurden aber gleich wieder einigermaßen in Stand gesetzt. Gemäß einem Schreiben des Inspektors der Sicherheitspolizei und des SD in Wien wurden die Instandsetzungsarbeiten „vorwiegend mit Gefangenen, den Verhältnissen des totalen Krieges entsprechend, provisorisch vorgenommen“. Die zuständige Baufirma Heidenwaag berechnete für die gestellten Gefangenen pro Kopf und Stunde etwa 1/4 Reichsmark.

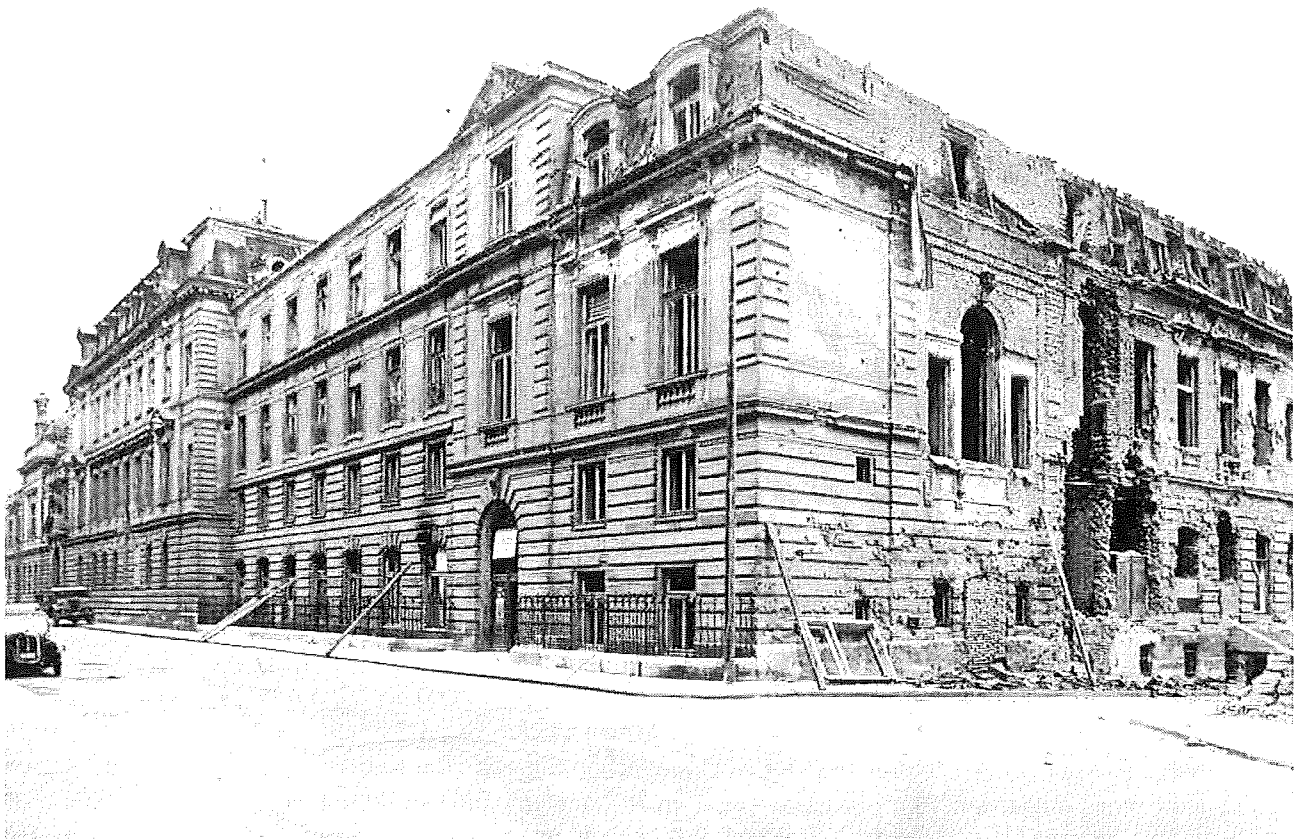
Auch das Palais von Louis Rothschild in der Prinz-Eugenstraße 20-22 war im April 1945 durch Bombentreffer teilweise zerstört worden, blieb aber noch in einem Trakt bewohnbar.

Nach 1945

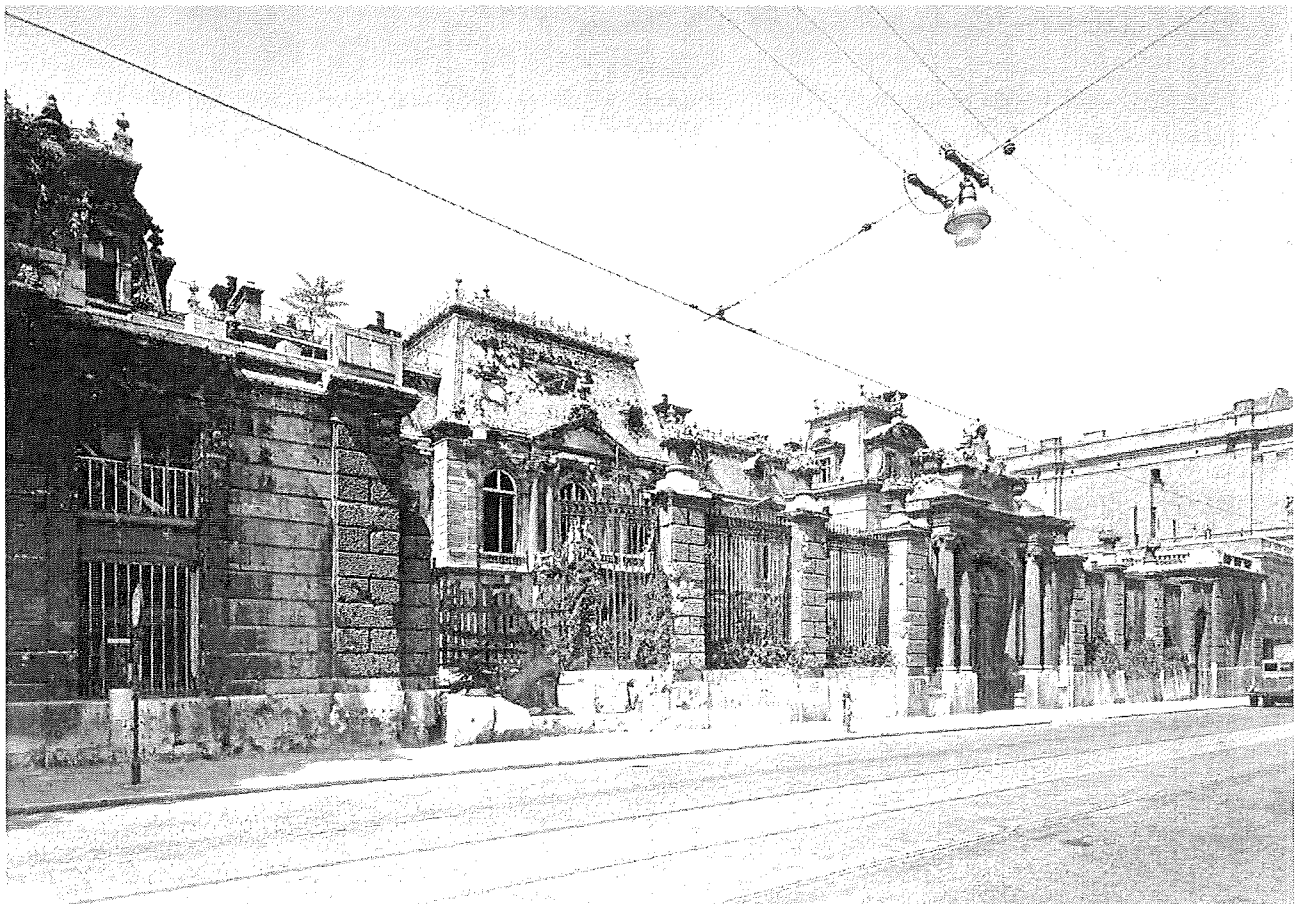
Die Sowjets ziehen ein

Beide Rothschild-Palais wurden nach der Befreiung vom nationalsozialistischen Terror durch die sowjetische Besatzungsmacht mit Beschlagnahme belegt. Das Palais in der Prinz-Eugen-Straße wurde nach dem Krieg als Wohn- und Sportstätte für Mitglieder der Roten Armee genutzt. Die Liegenschaft (EZ 228, 229 und die erst 1942 eröffnete EZ 1414) wurde unter die treuhändige Verwaltung des Liquidators der Einrichtungen des Deutschen Reiches der Republik Österreich (Post- und Telegraphenverwaltung) gestellt; de facto konnte diese Verwaltung aber nicht ausgeübt werden, da das Gebäude sofort nach der Befreiung Wiens von der Besatzungsmacht in Verwendung genommen worden war.

Ende 1946 belief sich der Wert der Liegenschaft (ausschließlich des Altmaterialwertes der Gebäudereste) gemäß einem Gutachten des Schätzungsamtes der Stadt Wien auf 39.150 Schilling.



Die zerstörten und ausgeplünderten Rothschild-Palais kurz vor ihrem Abbruch. Archiv der Kammer für Arbeiter u. Angestellte für Wien (oben das Palais Alphonse Rothschild in der Theresianumgasse, unten das Palais Louis Rothschild in der Prinz-Eugen-Straße).



Plünderungen – auch durch Österreicherinnen und Österreicher

Das Gebäude in der Theresianumgasse wurde in den Nachkriegsmonaten sowohl von der Zivilbevölkerung als auch von Angehörigen der sowjetischen Besatzungsmacht, die es für einige Zeit nutzte, systematisch ausgeplündert. Schließlich ließ die von der Finanzlandesdirektion bestellte Hausverwaltung auch noch die verbliebenen mobilen Werte (Holzmaterialien, Heizungsradiatoren etc.) abtransportieren – vorgeblich, um sie sicherzustellen.

In einem von der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und das Burgenland stammenden Aktenvermerk von 14. Juni 1945 hieß es:

„Seitdem nun das Haus von diesen [den sowjetischen] Truppen geräumt ist, wird es von der Zivilbevölkerung geplündert. Vom Inventar ist fast nichts mehr vorhanden; es wird die Inneneinrichtung zerstört. Auch die Türen und die geschnitzte und vergoldete Wandtäfelung wird [sic!] zerstört. – Hausbesorger ist keiner da, weil die SS ihre eigenen Angestellten hatte.“

Die Alleinerbin nach dem verstorbenen Besitzer Alphonse Rothschild, seine Frau Clarice Rothschild, erhob 1947 über ihren Wiener Rechtsvertreter schwere Vorwürfe gegen die Hausverwaltung. Diese habe durch die Kündigung des Aufsichtspersonals Plünderern Tür und Tor geöffnet und ihr Desinteresse damit begründet, dass das Gebäude ohnedies zur Rückstellung gelangen werde.

Rückstellung der Gebäude an die Rothschild-Erben

Die Liegenschaft in der Theresianumgasse wurde 1947 an Clarice Rothschild rückgestellt. Ein Wiederaufbau kam angesichts der Kriegsschäden und der wirtschaftlichen Situation der Familie allerdings nicht in Betracht. Louis Rothschild stellte am 10. Februar 1947 einen Rückstellungsantrag betreffend die Liegenschaft in der Prinz-Eugen-Straße. Mit Bescheiden vom 2. Februar bzw. 28. März 1950 wurde dem Antrag rechtskräftig stattgegeben.

Verkauf, Abbruch und Neubauten an den Palais-Standorten

Das schwer beschädigte Palais in der Theresianumgasse wurde 1950 von der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien um etwa 3 Millionen Schilling gekauft und anschließend abgebrochen. Die Arbeiterkammer benötigte Bauland, Baumaterial und Grünflächen für ein neues Lehrlingsheim.

In ganz Wien suchte man damals nach brauchbaren Steinen für den Wiederaufbau. So sind auch Steine des ehemaligen Rothschild-Palais in der Theresianumgasse für die Wiederinstandsetzung des Stephansdoms verwendet worden. Dasselbe war beim Bau des Franz-Domes-Lehrlingsheims der Fall, das der Architekt Roland Rainer an Stelle des Alphonse-Palais in den Jahren 1951/52 für die Arbeiterkammer errichtete und das später – in den 1980er Jahren - ebenfalls abgerissen wurde. Heute steht an seiner Stelle das Adolf-Czettel-Bildungszentrum der Wiener Arbeiterkammer mit dem Theater Akzent.

Die Arbeiterkammer Wien erwarb Anfang 1954 das Grundstück mit dem zerbombten Palais Louis Rothschild in der Prinz-Eugen-Straße um 4 Millionen Schilling. 1955 erfolgte der Abbruch des Gebäudes, wobei die Sprengung am 15. Jänner stattfand. Es war zugleich der Begräbnistag des bei Montego Bay auf Jamaika ertrunkenen Louis Rothschild – des letzten der Wiener Rothschilds. Heute steht an der Stelle des Rothschild-Palais das 1957 bis 1960 von den Architekten Franz Mörth, Heinrich Vana und Alexis Franken erbaute Haus der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte.

ARCHIVKOOPERATIONEN UND LITERATURAUSWAHL

Benützte Archive

Archiv des Bundesdenkmalamts Wien

Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde Wien

Archiv der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Bundesarchiv Berlin

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Wien

Central Archives for the History of the Jewish People (CAHJP), Jerusalem

Österreichische Nationalbibliothek

Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik

Sozialwissenschaftliche Bibliothek der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Wiener Stadt- und Landesarchiv

Yad Vashem Archives, Jerusalem

Verwendete Literatur (Auswahl)

ANDERL, Gabriele, Emigration und Vertreibung, in: Erika Weinzierl / Otto D. Kulka (Hrsg.), Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft, Wien – Köln – Weimar 1992, S. 167-337.

ANDERL, Gabriele, Die „Zentralstellen für jüdische Auswanderung“ in Wien, Berlin und Prag – ein Vergleich, in: Tel Aviver Jahrbuch für Deutsche Geschichte 1994, S. 275 ff.

ANDERL, Gabriele, Flucht und Vertreibung 1938 – 1945, in: Traude Horvath / Gerda Neyer (Hrsg.), Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Wien – Köln – Weimar 1996, S. 235-275.

ANDERL, Gabriele, Die "Umschulungslager" Doppl und Sandhof der Wiener Zentralstelle für jüdische Auswanderung, in: David. Jüdische Kulturzeitschrift. Teil 1: 15. Jg., Nr. 58, September 2003, Teil 2: 16. Jg., Nr. 60, März 2004 (auch über die Homepage des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes abrufbar: www.doew.at)

ANDERL, Gabriele / Rupnow, Dirk (redaktionelle Mitarbeit: Alexandra-Eileen Wenck), Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution. Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 20/1, Wien - München 2004.

ANDERL, Gabriele, Die Zentralstellen für jüdische Auswanderung in Wien und die Lagerkommandanten des Ghettos Theresienstadt, in: Institut Theresienstädter Initiative / Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Theresienstädter Gedenkbuch, Prag 2005, S. 157-180.

CESARANI, David, Adolf Eichmann. Bürokrat und Massenmörder. Biografie, Berlin 2004.

DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES (Hrsg.), Jüdische Schicksale. Berichte von Verfolgten (Erzählte Geschichte, Band 3), Wien 1992.

HAFNER, Georg M. / SCHAPIRA, Esther, Die Akte Alois Brunner. Warum einer der größten Naziverbrecher noch immer auf freiem Fuß ist, Frankfurt / M. 2000.

HAIDER, Edgard, Verlorenes Wien. Adelspaläste vergangener Tage, Wien – Köln – Graz 1984 [zu den beiden Rothschild-Palais siehe S. 140 ff.].

- HEIMANN-JELINEK**, Felicitas, Von Arisierungen und Restituierungen: Zum Schicksal der Rothschild'schen Kunst- und sonstigen Besitztümer in Wien, in: Theodor Brückler (Hrsg.), Kunstraub, Kunstbergung und Restitution in Österreich 1938 bis heute, Wien – Köln – Weimar 1999, S. 76 ff..
- KOBLIZEK**, Ruth / **SCHNABERTH**, Gernot, 50 Jahre Schlaganfallzentrum Rosenhügel. 90 Jahre Nathaniel Freiherr von Rothschild'sche Stiftung für Nervenranke in Wien, Wien 2002.
- LANG**, Jochen von, Das Eichmann-Protokoll. Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre, Berlin 1982.
- MANG**, Thomas Franz, Retter, um sich selbst zu retten. Die Strategie der Rückversicherung. Dr. Karl Ebner, Leiter-Stellvertreter der Staatspolizeileitstelle Wien 1942-1945, unveröffentlichte Diplomarbeit, Wien 1998.
- MANG**, Thomas, „Gestapo-Leitstelle Wien – Mein Name ist Huber“. Wer trug die lokale Verantwortung für den Mord an den Juden Wiens? Münster 2003.
- MORTON**, Frederic, Die Rothschilds. Ein Portrait der Dynastie, Wien 1992.
- MOSER**, Jonny, Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938-1945, Wien 1999.
- MÜLLER-TUPATH**, Karla, Verschollen in Deutschland. Das heimliche Leben des Anton Burger, Lagerkommandant von Theresienstadt, Hamburg 1994.
- PÄTZOLD**, Kurt / **SCHWARZ**, Erika, "Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof". Franz Novak - der Transportoffizier Adolf Eichmanns, Berlin 1994.
- POHANKA**, Reinhard, Pflichterfüller. Hitlers Helfer in der Ostmark, Wien 1997 [siehe dort u.a. die Biographien von Alois Brunner, Adolf Eichmann und Franz Novak]
- RABINOVICI**, Doron, Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938-1945. Der Weg zum Judenrat, Frankfurt / M. 2000.
- RÜRUP**, Reinhard, Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“. Eine Dokumentation, Berlin 1987.
- SAFRIAN**, Hans, Beschleunigung der Beraubung und Vertreibung. Zur Bedeutung des „Wiener Modells“ für die antijüdische Politik des „Dritten Reiches“ im Jahr 1938, in: Constantin Goscler / Jürgen Lillteicher (Hrsg.), „Arisierung“ und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989, Göttingen 2002, S. 61 ff.
- SAFRIAN**, Hans, Eichmann und seine Gehilfen, Frankfurt / M. 1997.
- TRENKLER**, Thomas, Der Fall Rothschild. Chronik einer Enteignung, Wien 1999.
- TUCHEL**, Johannes / Schattenfroh, Reinold, Zentrale des Terrors. Prinz-Albrecht-Straße 8: Hauptquartier der Gestapo, Berlin 1987.
- VENUS**, Theodor / **WENCK**, Alexandra-Eileen, Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 20/2, Wien – München 2004.
- VOGEL**, Rolf, Ein Stempel hat gefehlt. Dokumente zur Emigration deutscher Juden, München / Zürich 1977.
- WEISZ**, Franz, Die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien 1938-1945. Organisation, Arbeitsweise und personale Belange, unveröffentlichte Dissertation, Wien 1991.
- WILDT**, Michael (Hrsg.), Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation. München 1995.
- WILDT**, Michael, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2003.
- WILDT**, Michael (Hrsg.), Nachrichtendienst, politische Elite und Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, Hamburg 2003.
- WOJAK**, Irmtrud, Eichmanns Memoiren. Ein kritischer Essay, Frankfurt – New York 2001.

NACHWORT ZUR ZWEITEN AUFLAGE

Auf Initiative von Fritz Klenner, einem der Pioniere der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung in Österreich, wurde 1990/91 das Institut zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern in der AK Wien eingerichtet. Es wird von der AK Wien und dem ÖGB getragen. Zu den Aufgabenstellungen des Instituts gehörte es von Anfang an, auch die politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die die Entwicklung der Interessenvertretungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer berühren, in seine Forschungs- und Informationsarbeit einzubeziehen. Dabei kommt der Kooperation mit universitären und außer-universitären Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern eine große Bedeutung zu.

Eine der Publikationen, die in unserer Schriftenreihe herauskamen, ist die Biographie der jungen Rosa Jochmann unter dem Titel „Nie zusehen, wenn Unrecht geschieht“. Das genaue Hinsehen auf die geschichtlichen Entwicklungen und ihre Folgen für die aktuelle Situation in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist eine der Aufgaben, mit denen das Institut einen Beitrag auch zur demokratischen Festigung leisten kann und soll. Die Auseinandersetzung mit dem Unrechtsregime des Nationalsozialismus und das Erinnern daran waren und sind dabei immer einer der Schwerpunkte unserer Arbeit gewesen. Seit mehreren Jahren läuft in diesem Rahmen das Projekt „Gedächtnisübung“, bei dem es darum geht, möglichst viele Informationen aufzufinden und öffentlich zu machen und weitere Forschungsarbeit anzuregen, die sich mit jenen Bereichen der nationalsozialistischen Terrorherrschaft beschäftigen, die die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung – und damit auch der Kammern für Arbeiter und Angestellte – direkt und indirekt berühren. Dazu zählen etwa die Themen „Betriebswiderstand“ und „Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter“ und das Bemühen, die Geschichte jener Frauen und Männer der Vergessenheit zu entreißen, die als engagierte und mutige Antifaschistinnen und Antifaschisten Widerstand leisteten und 1945 aus den Konzentrationslagern oder der Emigration zurückkehrten und den Aufbau der Inneninteressenvertretungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Zweiten Republik wesentlich mitprägten. Dazu gehört aber ebenso – und nicht zuletzt – das Erinnern an den und die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Holocaust, auch wenn sie die Geschichte von AK und ÖGB nur indirekt berühren. Dafür steht zum Beispiel das Projekt „Der nationalsozialistische Terror in den ‚arisierten‘ Rothschild-Palais“, dessen erstes Ergebnis die Gedenkinstallation an der Fassade des AK-Bildungszentrums in der Theresianumgasse war und in dessen Rahmen als weiteres Ergebnis die vorliegende, jetzt aktualisierte und erweiterte Broschüre der Öffentlichkeit übergeben wurde.

An dieser Stelle sei der Dank an alle jene Mitarbeiterinnen, Helferinnen und Helfer ausgesprochen, die das Erscheinen ermöglicht haben. An erster Stelle sei dem starken Frauenteam gedankt, das hinter der Publikation steht: Gabriele Anderl als Forscherin und Autorin, Doris Hecht-Aichholzer, die die Redaktionsarbeit besorgte und meiner Kollegin im Institut Sabine Lichtenberger, die das Projekt „Rothschild-Palais“ seit Jahren wissenschaftlich und organisatorisch betreut. Ein Danke aber auch an Lothar Hölbling vom Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Brigitte Bailer-Galanda vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands und Elisabeth Tuschl vom Archiv der AK Wien für ihre gute und kollegiale Kooperation. Die Hilfestellung durch Sozialwissenschaftliche Bibliothek der AK Wien ist bei diesem wie auch bei vielen anderen unserer Projekte unverzichtbar und verdient sich deshalb ebenfalls ein Dankeschön. Das gilt ebenso für die Hilfestellung durch Imma Melzer und Walter Löffler von der Kommunikationsabteilung der Wiener Arbeiterkammer, ohne deren Unterstützung die Publikation nicht möglich gewesen wäre. Unbedingt genannt werden müssen aber auch die Kolleginnen in den Sekretariaten, die die Aufgabe, uns andere zu organisieren wie immer bestens gemeistert haben. Gedankt sei weiters dem Leitungsteam der Wiener Arbeiterkammer Präsident Herbert Tumpel, Direktor Werner Muhm und Direktor-Stellvertreterin Johanna Ettl, die das Projekt „Rothschild-Palais“ immer engagiert gefördert haben.

Der Forschungsschwerpunkt „Gedächtnisübung“ ist ein permanenter. Die vorliegende Fassung der Broschüre „Orte der Täter“ wird im Juni 2007 erstmals bei der Holocaust Studies Tagung „Arbeit und Vernichtung“ präsentiert, die die AK Wien und das neue Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust Studien in Kooperation mit der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und dem Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien durchführen. Und auch das wird ganz sicher kein Schlusspunkt sein.

Brigitte Pellar

Institut zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern in der AK Wien

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
VORWORT DES PRÄSIDENTEN UND DES DIREKTORS DER KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR WIEN	3
DIE „ARISIERUNG“ DER ROTHSCHILD-PALAIS IN WIEN	5
DIE „WIENER ROTHSCHILDS“ UND IHRE WOHNsitze	6
Familie Rothschild (5) • Das Palais Prinz-Eugen-Straße – Louis Rothschikd (5) • Das Palais Theresianumgasse – Alphonse Rothschild (5)	
Info-Kasten: MITGLIEDER DES ÖSTERREICHISCHEN ZWEIGES DER FAMILIE ROTHSCHILD (6)	
VERTREIBUNG UND RAUB DURCH DAS NATIONALSOZIALISTISCHE REGIME	7
Alphonse Rothschild: rechtzeitig entkommen (7) • Louis Rothschild: ein Jahr in Gestapo-Haft (7)	
DER NATIONALSOZIALISTISCHE TERRORAPPARAT	8
DIE GEHEIME STAATSPOLIZEI (Gestapo)	8
DER SICHERHEITSDIENST (SD)	8
Info-Kasten: DIE NATIONALSOZIALISTISCHEN TERRORORGANISATIONEN (9)	
DER NS-TERRORAPPARAT IM EHEMALIGEN ÖSTERREICH	12
DIE GESTAPO 1938 – 1945	12
DER SICHERHEITSDIENST	12
DAS WIENER BELVEDERE-VIERTEL: EIN ZENTRUM DES NS-TERRORAPPARATS	13
Info-Kasten: KONZENTRIERTER TERROR AM BERLINER PRINZ- ALBRECHT- GELÄNDE (13)	
Die Rothschild-Palais in der Theresianumgasse als Sitz des SD (14) • Informationen aus Akten der Ehemaligen DDR (14) • Theresianumgasse – Prinz-Eugen-Straße: Der Sicherheitsdienst und die antijüdische Politik im annektierten Österreich (14)	
POLITIK DER VERTREIBUNG	16
BÜROKRATISCHE HINDERNISSE FÜR DIE AUSWANDERUNG	16
INSTRUMENTALISIERUNG DER JÜDISCHEN ORGANISATIONEN	16
Info-Kasten: Jüdische Organisationen (16)	
Veränderte Aufgaben für die Israelitische Kultusgemeinde (17) • Nunmehrige Hauptaufgabe der Kultusgemeinde: Die Organisation der Auswanderung (17) • Deviseneinnahmen und ihre Verwendung (18)	
ZENTRALISIERUNG DER AUSWANDERUNGSPROZEDUREN IN DER PRINZ-EUGEN-STRASSE	18
DIE „ZENTRALSTELLE FÜR JÜDISCHE AUSWANDERUNG“	21
VORGESCHICHTE IN BERLIN	21
DAS ZIEL: EIN „JUDENFREIES“ WIEN	21
„Zentralstelle“: Gemeinsamer Aktionsraum vieler Behörden (21) • Die „Aktion Gildemeester“ (22)	
DIE GRUNDUNG DER „ZENTRALSTELLE“ IM PALAIS LOUIS ROTHSCHILD	22
Der „Auswanderungsfond“ als Vermögensträger (23) • Ruinöse Abgaben und bürokratische Schikanen im Zuge der Auswanderung (23) • Das Personal: Eine Negativauslese (27)	
GESCHLOSSENE GRENZEN	27
Illegale Transporte (28) • Reisekostenzuschüsse aus dem Ausland (28)	
VON DER VERTREIBUNG ZUR DEPORTATION	28
Deportation in geplante „Judenreservate“ (28) • Systematische Zwangsverschickung (29) • Ausreiseverbot für Juden und die systematische Vernichtung (29) • Deportation in die Ghettos und Vernichtungslager (30) • Raub des Vermögens der Deportierten (30)	
DIE AUFLÖSUNG DER „ZENTRALSTELLE“	31
Auszug aus dem Palais in der Prinz-Eugen-Straße (31)	
„ZENTRALSTELLE“: MODELL FÜR DIE ORGANISATION VON VERTREIBUNG UND DEPORTATION ..	31
DIE VERNETZUNG DES TERRORS IM „REICHSSICHERHEITSHAUPTAMT“	31
TÄTIGKEIT DES EICHMANN-REFERATS	32

	Seite
DAS PERSONAL DER „ZENTRALSTELLE FÜR JÜDISCHE AUSWANDERUNG“ UND DIE SD-BOSSE IN WIEN	33
STIMMEN VON VERFOLGTEN (DOKUMENTATION)	43
AUSSAGEN VON TÄTERINNEN UND TÄTERN UND ANGEHÖRIGEN VON NS-INSTITUTIONEN (DOKUMENTATION)	53
DANACH: DIE ROTHSCILD-PALAIS VOM AUSZUG DER „ZENTRALSTELLE FÜR JÜDISCHE AUSWANDERUNG“ BIS ZU IHREM VERKAUF NACH DER RESTITUIERUNG	60
IN DEN LETZTEN KRIEGSJAHREN	60
Bis 1945 von NS-Stellen genutzt (60) • Bombentreffer (60)	
NACH 1945	60
Die Sowjets ziehen ein (60) • Plünderungen – auch durch Österreicherinnen und Österreicher (62) • Rückstellung der Gebäude an die Rothschild-Erben (62) • Verkauf, Abbruch und Zweckbauten an den Palais-Standorten (62)	
ARCHIVKOOPERATIONEN UND LITERATURAUSWAHL	63
NACHWORT	65

ISBN 978-3-7063-0344-6

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien, Telefon (01) 501 65

